INTERIM

Infoladen
Koburger Str. 3 · 04277 Leipzig
Telefon (0341) 3 02 65 04
www.nadir.org/infoladen_leipzig

auswärts
3 DM

Wöchentliches Berlin-Info

2,50 DM



Nr. 240

13. Mai 1993

Hallo,
am ersten Mai feierte die Interim ihr fünfjähriges Jubiläum. Bislang klammheimlich und unter Ausschluß der Öffentlichkeit. Dank einer Initiativ einiger engaierter Leserinnen und Leser soll sich das jetzt ändern, und deshalb findet am 18. Juni ein Interim - Sommerfest statt. Schon mal vormerken: ab 22 Uhr im EX. Weitere LeserInnen, die sich an der Organisation und Durchführung des Festes beteiligen wollen, werden noch gesucht.
Hin und wieder kommt es vor, daß uns Briefe von euch nicht erreichen. Das kann verschiedene Ursachen haben und ist nicht unbedingt gleich ein Grund zur Beunruhigung. Schreibt uns bitte trotzdem immer, wenn ihr eine Zuschrift vermißt. Für die Gruppe, die uns am 21.4. eine Zuschrift zukommen lassen wollte, tut es uns besonders leid. Gebt ihn uns einfach nochmal, und wir melden uns wenn wir wissen was aus dem letzten geworden ist.
Liebe Grüße und viel Kraft wünschen wir Dieter, Günther und klaus im Knast Tegel, die sich seit mittlerweile 48 Tagen im HS (hungerstreik) gegen ihre menschenunwürdigen Haftbedingungen befinden. Wir hoffen, daß euer Kampf gegen die Sicherungsstation B5 Erfolg haben wird und werden euch nach Kräften unterstützten.

Inhalt

Impressum

Herausgeberin:
Interim e. V.
Gneisenaustr. 2a
1000 Berlin 61

Redaktionsanschrift: s. o.

V.i.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag



Ordner
Protokoll zur Antifa-Mobilisierung in Dänemark (für alle, die hinfahren)
-Presseartikel zur Anti-DVU-Aktion in Bremen
-Kampagne gegen Wehrpflicht zurm Tag S
- Recherchen und Recherchenmacher zum Artikel zu M.A.
-Gay Skinhead Movement
-zum Mord an Ercan
-Senatspressedienst zu Olympia und ähnlichen Projekten

Es hätte (noch) schlimmer kommen können...

Eine kurze Bewertung der 1.Mai-Demo

Unmittelbar vor der Demo sahen die Befürchtungen von schlimmmsten PessimistInnen ungefähr so aus:
RIM gegen Autonome, türkische Gruppen gegen RIM, die Dev Sol massakriert sich selbst, die Bullen gegen alle, und neben dem Ganzen ein politischer Streit zwischen überwiegend türkischen Stalin-Fans und dem Gros der Autonomen.
Beste Aussichten also, um eine politische Tradition, die sich nach `89 zunehmend entleert hat, in Grund und Boden zu rammen; zumal die Vorbereitung, mit Peinlichkeiten gespickt, überwiegend formal geführt wurde.

Entsprechend war dann am O-Platz die verbreitete Stimmungslage:
Die eigenen Inhalte waren zu Hause geblieben, Transparente kaum zu sehen. Wir waren einfach physisch anwesend; die Stimmung lau.
Dann die RIM, wie befürchtet: hochgerüstet, mit Lauti in Kampfwagenmontur; und der Eindruck, wenn wir es überhaupt schaffen sollten, sie rauszuschmeißen, würde dies einige Verletzte, möglicherweise auch Schwerverletzte kosten.
Ließ man den Blick ein paar Meter weiter schweifen, kam der sogenannte Internationalistische Block ins Bild: Herrlich, gleich vorneweg Genosse Stalin und seine vier Freunde in Postergröße auf dem ersten Transparent dieses Blocks, und dahinter, im lockeren Abstand postiert, ein dutzend ParteigängerInnen einer der diversen TKP-ML´s mit ebensovielen Fahnen. Vergleichbar auch die anderen türkischen ML-Gruppen.
Die ohnehin schon laue Stimmung sank auf Null. Kaum welche auf dem Platz, die in dieser Situation für sich nicht erwogen hätten weg zu gehen, was dann einige "Konsequente" (insofern sie überhaupt zum O-Platz gefunden hatten) auch taten.
Schließlich ging der Aufmarsch los, der genannte Block mit Stalin vorneweg (das vereinbarte Leittansparent war auf Pappschildgröße zusammengeschmolzen, auf dem kaum lesbar, die Stoßrichtung der Demo angegeben war) und durch ein eigenes (Leit-)Transpi davon abgetrennt der in der O-Straße merklich anschwellende Autonome Demonstrationszug.
An dieser Stelle möchte ich nur ein paar Amerkungen zu den Auseinandersetzungen mit der RIM abgeben, da die Ereignisse selbst relativ genau in der letzten Interim geschildert wurden.
Nachdem sich die mutigen RIMs also auf brutalste Weise in den lockeren Kinderblock geprügelt hatten, nachdem sie von einigen Ketten gestellt worden waren, die im Begriff waren die RIM aus der Demo rauszuschmeißen, kamen ja bekanntlich die Bullen an und erledigten dies auf ihre Weise, worauf das bekannte Geklatsche von einigen Leuten begann.
Abgesehen davon, daß man dieses Geklatsche vielleicht aus der vorangegangenen Anspannung erklären kann, auch abgesehen davon, daß uns diese ungewollte Intervention der Bullen viele zusätzlichen Verletzte (auf beiden Seiten) erspart hat, ist es auch Ausdruck einer gewissen Naivität den Bullen gegenüber, wie sich später ja noch zeigte. Außerdem erwies sich in dieser Situation unsere Schwäche mit der RIM selber fertig zu werden. Obwohl wir die Verblüffung der meisten über das Geklatsche teilen, finden wir die Empörung darüber auch ein wenig hochgespielt. Denn bekanntermaßen drängt sich niemand um den Platz in der ersten Reihe, wenn e. um besagte Auseinandersetzung geht. Entsprechend mäßig war dort auch die Beteiligung gewesen (wenn man von den Flaschenwürfen einmal absieht).

Daß wir uns beim Angriff der Bullen nicht solidarisch mit der RIM verhalten haben (und beispielsweise die Bullen angegriffen), ist Ausdruck für ein klares und kühles Verhältniss, das die meisten mittlerweile entwickelt haben: Solidarität ist ein Wechselverhältnis, das die positive Resonanz der einen Seite verhindert, wenn von der Anderen durchgängig unsolidarisch gehandelt wird. (Absprachen gebrochen werden, Knüppel zwischen die Beine geworfen werden, Funktionalisierung, Chaotisierung bis zur physische Gewalt angewandt werden.) Alles andere könnte nur als unsere eigene Blödheit bezeichnet werden, d.h. wir würden uns selbst nicht mehr ernst nehmen.

Zusammenfassend würde ich die Demo folgendermaßen beurteilen:

* Die Demonstration war politisch (nach außen) ausdruckslos:
Ihre Vorbereitung wurde nicht zur inhaltlichen Auseinandersetzung zwischen verschiedenen Gruppen genutzt. Am Tag selbst trabten wir wie eine Hammelherde durch die Staßen, ohne Stimmung, mit wenig Parolen und ohne Transparente. Aus dem Demonstationszug heraus wurde (außer zu Olympia) nichts angegriffen oder thematisiert. Und die Auseinandersetzungen mit den Bullen waren auch nur peinlich. Diese politische Ausdruckslosigkeit ist auch meine wesentliche Kritik am 1.Mai.
* Die befürchtete Selbsmassakrierung von Dev Sol auf der Demo ist ausgeblieben. (Dafür gab es am gleichen Abend noch einen Toten.)
* Auch wenn es angesichts der ganzen Verletzten durch die RIM und auch angesichts des Bulleneinsatzes zynisch klingen mag, würde ich sagen, sind wir bezüglich der RIM noch einmal mit einem blauen Auge davongekommen. Wenn wir sie auch nicht mit eigener Kraft aus der Demo geschmissen haben, so wurde doch verhindert, daß sie sich einfach über einen breiten Konsens hinwegsetzen.
* Der sogenannte internationalistische Block an der Spitze der Demo, der sich ja vor allem aus den Gruppen des "revolutionären 1.Mai Plenums" zusammensetzte gab ein eher klägliches Bild ab. Obwohl tonnenweise plakatiert worden war und teilweise sogar in Westdeutschland mobilisiert wurde, steht die Mobilisierungsfähigkeit dieser Gruppen ganz offensichtlich in keinem Verhältnis zu ihrem vollmundigen Auftreten in der Vorbereitung. Die Gruppen, die in der Vorbereitung (zurecht) die Selbstisolation der Szene beklagt hatten, marschierten nun einträchtig neben Stalin-Posters einher, die ja bekanntlich besonders anziehend auf die Leute wirken. Entsprechend reihten sich die DemoteilnehmerInnen im hinteren Teil der Demo ein, was der Demo-Spitze mit ihren wenigen und lockeren Ketten teilweise groteske Züge verlieh.

**Die zusammengefasste Botschaft dieses Jahr (,wie in abgeschwächter Form schon in den vergangenen) lautet also: Eine revolutionäre 1.Mai Demonstration hat stattgefunden; und soundsoviele Leute sind dabei mitgelatscht. Das ist nun wirklich keine allzu ermutigende Message, aber vielleicht müssen wir uns auch mit diesem Ergebniss zufriedengeben, angesichts der (diversen) Abgründe, die sich dieses Jahr auftaten.

Und so dürfen wir uns dann alle wieder freuen , wenn in Februar in der Interim die neue/alte? Vorbereitungsgruppe ihre Existenz verkündet. Vielleicht wäre das ja eine Gelegenheit, diesmal vielleicht wirklich einiges anders zu machen. Und vor allem Anlass für mehr Gruppen sich politisch auf einander zu beziehen.
Dadurch, daß die Demo nicht völlig in den Abgrund gebohrt wurde, ist uns diese Gelegenheit noch einmal gegeben. Es hätte auch anders kommen können. Und das ist für mich das positivste Ergebnis dieses Jahr.

Vier praktische Vorschläge, was "wir" am 1.Mai 94 besser machen könnten:

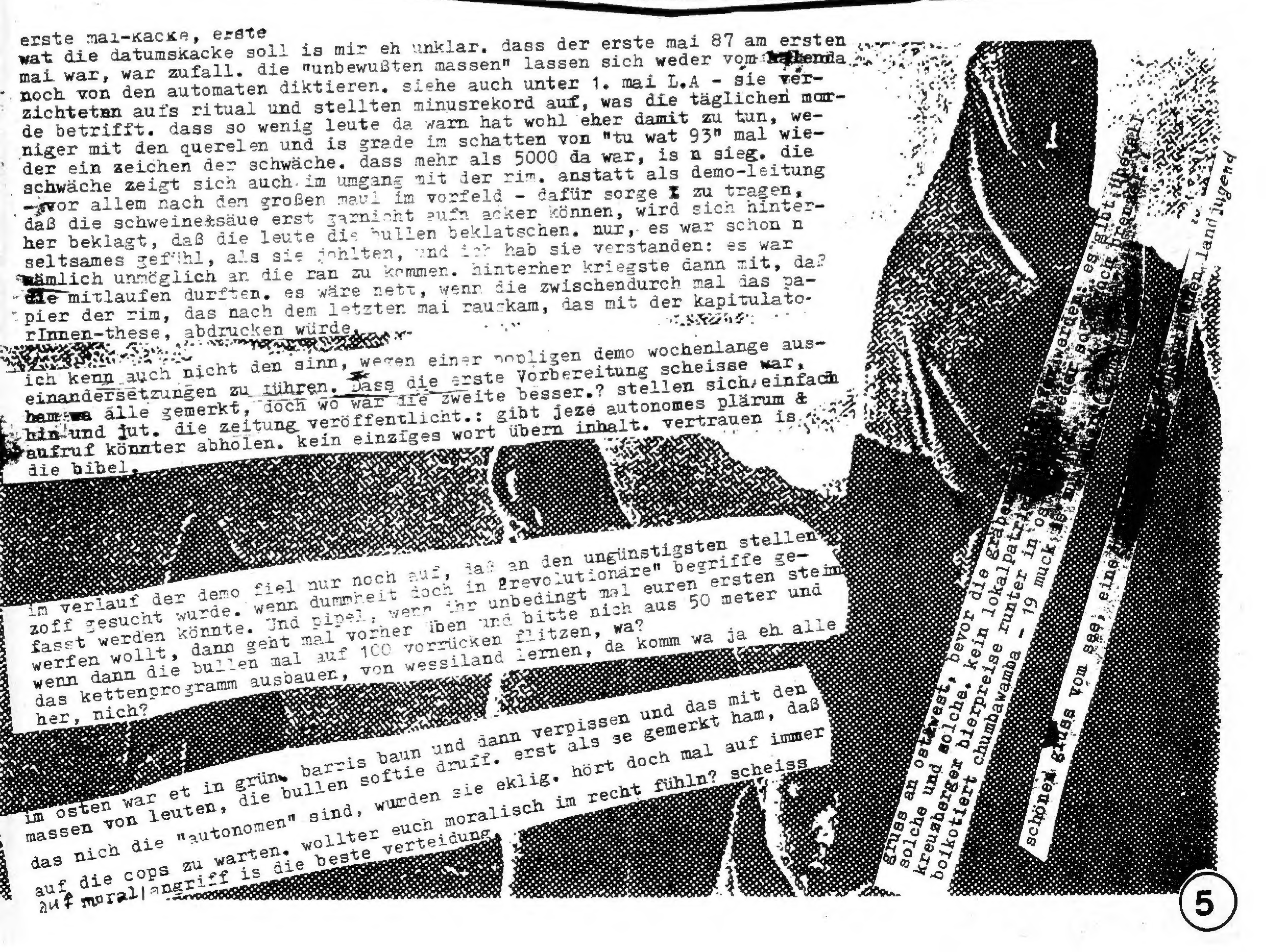
1. wir entwickeln einen Minimalkonsens für die Vorbereitung der autonomen 1.Mai-Demo der etwa so aussehen könnte: wir sind undogmatisch und antiautoritär (d.h. antistalinistisch) und die Theorien der "triple oppression" im weitesten Sinne sind Konsens (d.h. der Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit kann nicht der Hauptwiderspruch der Welt sein). Wer damit nicht einverstanden ist, soll doch seine eigene Demo am Herrmannplatz oder sonstwo machen, aber uns bitte nicht als Füllmasse für seine Miniparteichen benutzen. Sollte dies nicht durchsetzbar sein, machen wir unsere eigene Demo ab 13.00 Uhr Wassertorplatz. Die Abstimmung mit den Füssen innerhalb der Demo ist doch eindeutig mit 300 zu 10.000 zugunsten des autonomen Blocks ausgegangen.

2. wir versuchen, die demo wieder inhaltlich zu füllen. Dies muß nicht unbedingt gleich ein ausgearbeiteter Forderungskatalog sein, aber wir sollten trotzdem uns zu aktuellen gesellschaftlichen Konflikten durch und mit der Demo verhalten und positionieren. Dieses Jahr haben wir uns ja nicht einmal zu unseren ureigensten Themen wie Olympia oder die Hauptstadtplanung verhalten, geschweige denn zu dem ganzen sozialen Angriffen von Oben, die im Moment laufen oder zu den Kämpfen der Flüchtlinge. So wie dieses Jahr verkommt der 1.Mai entgültig zu einem Showlaufen, das sich nur noch auf sich selbst bezieht. Uns bleibt zwar der Trost "die Stärkste der Parteien zu sein" - aber darauf können wir auch verzichten.

3. wir nehmen die Kritik von diversen Ost-Gruppen erst und beschränken die Route der Demo wieder auf einen größeren Kiezspaziergang durch Kreuzberg und Neukölln. Ganz abgesehen davon, daß die z.T. "menschenleeren" Gebiete zwischen Kreuzberg und dem Alex den Bullen Angriffe auf die Demo sehr erleichtern.

4. die Antifa versucht "unter der Hand" eine Struktur anzubieten, an der wir uns orientieren können, falls es die Faschos nächstes Jahr wieder wagen sollten, auf die Straße zu gehen. D.h. Treffpunkte für jeden Stadtteil vorzubereiten, wohin dann von der 1.Mai-Demo mobilisiert werden kann im Falle des Falles. Aber auf keinen Fall mehr so wie dieses jahr, daß alle vereinzelt nach Lichtenberg fahren und dort dann von den Bullen einkassiert werden.

Häberle & Pfleiderer





Wir gehen nicht unter in unseren Niederlagen.....?

Ohne Zweifel gab es in diesem Jahr vor und während des 1.Mai eine Menge Fehler und Verquickungen ungünstiger Umstände. In diesem Text soll versucht werden, die gesamte Entwicklung darzustellen, nach Fehlern zu suchen um so die Möglichkeit zu haben, es nächstes Mal anders zu machen. Es geht nicht um die Frage, wer/welche Fraktion denn jetzt "schuld" ist. Die Konflikte, die am 1.Mai aufgebrochen sind, sind allesamt schon älter. Und wie der leidige Konflikt mit der RIM, sind sie uns dies Jahr alle zusammen am 1.Mai auf die Füße gefallen.

1. Die Vorbereitung

Das erste Vorbereitungstreffen wurde von einer Gruppe organisiert, von denen einige schon seit Jahren den 1.Mai in Kreuzberg mit vorbereiten. Dieses Jahr sollte die Vorbereitung von einem breiteren Spektrum getragen werden als in den Jahren zuvor, aus der Überlegung heraus, daß die 15 000 - 20 000 Demo-TeilnehmerInnen der letzten Jahre nicht alles Autonome gewesen sein können. Es wurden gezielt Gruppen außerhalb des autonomen Spektrums angesprochen, von denen zu den ersten Treffen nur ein Bruchteil kam. Autonome Gruppen wurden nicht "ausgeladen".Einige Gruppen (z.B. Infoläden) wurden direkt eingeladen. Wir sind davon ausgegangen, daß bei Interesse diejenigen, die nicht direkt angesprochen wurden, von allein kommen würden, zumal es in diesem Jahr eine öffentlich bekannt gemachte Anlaufstelle und wie immer viele persönliche Kontakte gab.

"DGB-Brückenschlag"

Die Diskussionen in den ersten Wochen waren von dem Versuch einer gemeinsamen Standortbestimmung geprägt. Es gab in der Hauptsache zwei Richtungen : einmal die mehr "traditionelle": 13 Uhr O-Platz, inhaltlich an die Kämpfe des letzten Jahres (NoOlympia, Antifa, Rassismus,...) anknüpfend. Und dann gab es eine andere Fraktion innerhalb des Plenums, die sich stärker auf ArbeiterInnen und deren Kämpfe beziehen wollte. Die Formel vom "Brückenschlag" tauchte auf. Dabei ging es nie darum, Gemeinsamkeiten mit dem DGB zu demonstrieren. Es ging darum, zu denen eine Verbindung herzustellen, die trotz massiver Kritik am DGB mitlaufen, weil ihnen die bisherige Kreuzberger 1.Mai Demo keine akzeptable Alternative bot (Siehe erstes Protokoll, Interim 228 : " Die Arbeit an der Demo selber soll ein Brückenschlag sein zwischen a) Szene-Linken, Gewerkschafts-Linken und Ini-Linken, b) 'AusländerInnen' und 'Deutschen', c)'Ossis' und 'Wessis' "). Im Plenum gab es um diesen Punkt immer wieder heftige Diskussionen, da die Idee dieses Brückenschlages auch im Plenum selbst heftig umstritten war.
Die Kritischen GewerkschafterInnen zogen sich Ende März aus der gemeinsamen Vorbereitung heraus, mit der Begründung, trotz des Demobeginns um 10.30Uhr am Alex würden es letztendlich zwei Demos geben. Die inhaltlichen Diskussionen bis zu diesem Zeitpunkt waren zwar recht spannend gewesen, sind aber mit dem Weggang der Kritischen GewerkschafterInnen hinfällig geworden, da sie als einzige das Schwergewicht auf ArbeiterInnenkämpfe gelegt hatten.
Schon zu dieser Zeit zeigten einige Leute ein Interesse an der diesjährigen 1.Mai-Vorbereitung - leider nur in Form von Papieren in der Interim, die oft für viele im Plenum keine ernstzunehmende Kritik sondern Anpisserei darstellten. Z.B. der Vorwurf, wir wollten mit den DGB-Bonzen zusammen arbeiten. Z.B., wir würden durch ein vorgefertigtes Konzept die Demo spalten, weil wir uns Gedanken über die Route machen. Wann ist schon einmal eine Demoroute öffentlich auf einer VV beschlossen worden? Schade, daß die KritikerInnen nicht schon da zum Plenum gekommen sind!

RIM

Der Fehler des Vorbereitungsplenums bezüglich der RIM lag darin, daß wir eine angefangene Diskussion immer wieder verschoben haben. Eine Gruppe brachte den Vorschlag ein, die RIM zu den Vorbereitungstreffen einzuladen - nicht, weil wir die so toll finden, sondern als Versuch, den Schaden so gering wie möglich zu halten. Von den meisten anderen Gruppen wurde dieser Vorschlag sofort abgelehnt (steht auch so im Protokoll, Interim 233). Dadurch, daß wir den Punkt immer wieder verschoben haben, haben wir unnötige Verwirrung gestiftet. Trotzdem läßt sich daraus noch nicht der Vorwurf ableiten, das 1.Mai-Plenum als Ganzes wolle mit der RIM zusammenarbeiten. Ebenso wie wohl die meisten anderen, waren wir nie besonders erfreut über die Vorstellung, die RIM würde mit einem eigenen Lauti auf der Demo auftauchen. Aandererseits hatten wir aber auch kein Interesse an gewalttätigen Auseinandersetzungen auf der Demo, weil das auch in der Vergangenheit den Demos eher geschadet hat.
Das Problem mit der RIM läßt sich nicht im Rahmen einer Demovorbereitung lösen. In dem Zusammenhang kann es immer nur darauf hinaus laufen, sich möglichst gut auf die Prügelei vorzubereiten. Der Konflikt mit der RIM muß politisch gelöst werden, d.h. in der politischen Alltagsarbeit. Es reicht nicht, sich über ihr Erscheinen bei Demos aufzuregen, aber sie ansonsten zu ignorieren.

Die VV am 1.April...

..ist bei vielen als eine Art schlechter Aprilscherz angekommen. Die Verschleppung der Diskussion um dei RIM ist uns massiv auf die Füße gefallen. Die VV war geplant als Diskussionsforum um die inhaltliche Bestimmung der Demo. Wir wollten zu den Entwicklungen im Plenum und zu den Vorwürfen, wir wollten eine Zusammenarbeit mit dem DGB, Stellung beziehen. Dazu kam es nicht, weil die RIM sofort das Thema war. Es ist verständlich, daß einige Leute keinen Bock hatten, mit der RIM in einem Raum zu sitzen. Entgegen einigen Vermutungen wurde die RIM von uns nicht eingeladen. In der Auseinandersetzung vermischten sich dann zwei verschiedene Punkte : einmal die Forderung, die RIM solle sofort aus dem Raum verschwinden und andererseits die Frage nach der Haltung des Vorbereitungsplenums zur RIM im Allgemeinen und auf der 1.Mai-Demo im Besonderen.
So, wie der Auszug der Autonomen von der VV dann gelaufen ist, hätte ein Weggehen nicht nur eine Abgrenzung von der RIM, sondern auch von anderen ausländischen GenossInnen bedeutet. Ausländische ML-Gruppen und sonstige KommunistInnen wurden mit der RIM in einen Topf geworfen, das ganze wird gut durchgeschüttelt und fertig war das von "dogmatischen Gruppen und ML-Sekten dominierte" Plenum.

Das autonome Vorbereitungsplenum

Vier Wochen vor dem 1.Mai bekommen Teile der Autonomen Angst um "ihren " Tag. Aus der VV am 1.April formiert sich ein eigenständiges Plenum. Die Selbstkritik, die immer wieder geäußert wird ("wir wissen, daß es jetzt schon viel zu spät ist") hält das autonome Plenum nicht von einem harten Konfrontationskurs ab. Die Fronten verhärten sich, es geht dem autonomen Plenum nicht um eine Zusammenarbeit mit dem ersten Plenum. Zwei Wochen vor dem 1.Mai erscheinen Teile des Plenums auf dem Treffen des ersten Plenums mit der Forderung nach den ersten beiden Blöcken samt Lautis und dem Leittranspi. Wir, das erste Vorbereitungsplenum, dürfen auf der von uns seit Monaten vorbereiteten Demo hinten im dritten Block auch mitlaufen, sogar mit einem eigenen Lauti. Genauso, wie wir mit diesem "Putsch" hätten rechnen müssen, mußten die Autonomen mit unserer Ablehnung rechnen Als Begründung für diese Forderung der Autonomen kamen einmal die "großen inhaltlichen Differenzen". Die konten allerdings auch in längeren - auch privaten - Diskussionen nicht gefunden, bzw von einigen Autonomen genauer erklärt werden. Als zweite Begründung kam das Argument, wir hätten nicht das Vertrauen der Szene, aufgrund der ML-Dominanz im Plenum. Zwei Wo- chen vor der Demo teilten wir diese Einschätzung nicht. Als dann auf der Demo der erste Block tatsächlich wesentlich kleiner war als der autonome Block, spielten da m.E. noch andere Gründe eine Rolle.

Das Imperium schlägt zurück

Spätestens seit dem "Putschversuch" zwei Wochen vor der Demo hatten die Vorbereitungen nichts mehr mit dem Versuch zu tun, gemeinsam revolutionäre Politik in dieser Stadt zu machen. Die gesamte Demo wurde zum Machtspiel : welche Fraktion ist die stärkere, die "bessere". Die Auseinandersetzung um verschiedene Inhalte wurde nicht geführt, statt dessen wurde geklüngelt und gemauschelt So zog z.B. der ASTA der TU seine finanzielle Unterstützung für Plakate des ersten Plenums zurück - nach gemachter Zusage und nachdem die Plakate bereits gedruckt waren.
Im Finanzausschuß des ASTA sitzen Vertreter des autonomen Plenums, die natürlich einiges zu dieser Entscheidung beigetragen haben. Die Zusagen für Lautsprecherwagen

und Anlage wurden wenige Tage vor der Demo ohne Begründung wieder zurückgezogen. Die Interim macht ihren gesamten Einfluß geltend und mobilisiert gegen das erste Vorbereitungsplenum.
Es gibt eine verstärkte Hetze gegen KommunistInnen ("ist doch prima, wenn die sich gegenseitig erschießen, dann sind wir den Ärger los").
Die Ursachen für diese Entwicklung liegen tiefer. In den letzten Jahren gab es verstärkt auch aus den eigenen Reihen Kritik an autonomer Politk " Die Autonomen" sind schon längst keine ernst zunehmende politische Kraft mehr, machen mehr oder weniger immer noch hauptsächlich Ghettopolitik und schlittern an gesellschaftlichen Entwicklungen vorbei. Es gibt Ansätze, etwas zu verändern, etwas Neues zu schaffen - auch mit Teilen der Autonomen. In diesem Sinne ist der Titel des autonomen Aufrufs "Auf zu neuen Ufern" ganz richtig. Aber der Rest ? Mit verändertem Datum könnte es glatt als Aufruf von 1989 durchgehen. Wo sind denn die neuen Inhalte ? Diskussionen um Inhalte wurden von den VertreterInnen des autonomen Plenums zwei Wochen vor dem 1.Mai abgelehnt.
Statt dessen drängt sich der Eindruck auf, Teile der Autonomen wollten , komme was wolle , an "ihrer" Tradition festhalten : Hilfe, da ist was Neues, das kennen wir nicht, das wollen wir nicht ! Als "inhaltliches" Argument kommt immer wieder der Stalinismusvorwurf und die "Hierarchie" in den "ML-Sekten".

Die "Stalinismusdebatte"

Eine tiefergehende Auseinandersetzung um Stalinismius, bzw. um die Frage, wie trotz allem eine gemeinsame Politik möglich sein kann, wurde schon des öfteren für nötig befunden (meistens immer um den 1 Mai herum), aber immer wieder vertagt. Bereits nach dem 1.Mai 1991 gab es den Versuch einer Arbeitsgruppe zu diesem Thema...die autonomen KritikerInnen glänzten durch Abwesenheit.
Bei der ganzen Diskussion wird nie in Betracht gezogen, daß es vor allem ausländische Parteien und Organisationen sind, die sich Stalin auf ihre Fahnen schreiben bzw. malen. Alle "Stalinisten" auszugrenzen hieße, einen Großteil der hier lebenden ausländischen Linken auszuschließen. Es wird zu wenig hinterfragt, wieso, aus welcher Geschichte heraus Stalin als " Klassiker" interpretiert wird. Die Ablehnung des Stalinismus ist nicht nur plumper Antikommunismus, sondern hat auch seine Ursachen : Auslieferung deutscher Revolutionäre an das Nazi-Regime, die K-Gruppen in den Siebzigern, Stalinismus in der EX-DDR. Das ist aber meist auch schon alles, was dann von KritikerInnen an inhaltlichen Argumenten kommt.(Dabei wäre anzumerken, daß die Autonomen bis 1989 die Ex-DDR z.T. stärker verteidigt haben als einige ausländische kommunistische GenossInnen). Auf einer Demonstration Stalin-Transparente anzugreifen, hat nichts mehr mit inhaltlicher Auseinandersetzung zu tun, sondern zeigt vielmehr ein gewisses Maß an Intoleranz und Nicht-Verstehen-Wollen anderen gegenüber. Um es noch einmal klar zu sagen: es geht hier an dieser Stelle nicht darum, Stalin zu verteidigen oder zu kritisieren. Es geht darum zu klären, wie trotz allem eine Zusammenarbeit möglich ist. Genauso wie deutsche Linke mehr Einfühlungsvermögen von den ausländischen GenossInnen fordern, können eben diese verlangen, daß sich die KritikerInnen mit ihren Gründen, sich positiv auf Stalin zu beziehen, ernsthaft auseinandersetzen.

2) Die Demo

Die Demo selbst war ein ziemliches Fiasko - aber: es hätte schlimmer werden können. Im Nachhinein ist es leicht zu sagen: es wäre doch besser gewesen, wenn der autonome Block vorn gelaufen wäre. Aber wer hätte zwei Wochen zuvor schon sagen können, daß der erste Lautsprecherwagen aufgrund technischer Probleme zusammenbricht und somit unser Konzept über den Haufen geworfen wird ? Oder wer hätte vorhersagen können, daß sich die ersten Ketten kurz nach Demobeginn entschließen, doch lieber im autonomen Block zu laufen ? Das Vorgehen der Bullen dagegen war vorhersehbar... Auseinandersetzungen und Streitereien im Vorfeld einer Demonstration werden von ihnen immer dankbar genutzt. Und so konnten sie dieses Mal ihr Konzept prima durchsetzen : die Demo aufzumischen, viele - vor allem junge - Leute zu verhaften und eine Situation zu schaffen, in der sich immer mehr Menschen überlegen, ob sie überhaupt noch auf Demos gehen sollen. Trotz der Streitigkeiten im Vorfeld dürfte die Demo gezeigt haben, daß es (entgegen den Behauptungen im Aufruf des autonomen Plenums) sehr wohl einen gemeinsamen Feind gibt. Wenn in dem Aufruf die Rede davon ist, die Fronten verliefen auch zwischen den eigenen Reihen, ist Beifallgeklatsche für die Bullen nur eine logische Konsequenz daraus. Es stellt sich die Frage, welche Konsequenzen sich für weitere -insbesondere 1.Mai - Demos ergeben. Diese Demo war nichts Gemeinsames, von allen linken Kräften dieser Stadt Getragenes. Insofern war es eine ehrliche Demo : Unterschiede wurden nicht mit einem platten "Wir-Gefühl" unter den Tisch gekehrt. Die Demo war - genauso wie die gesamte Vorbereitung - Bestandteil einer Entwicklung hin zur Spaltung. Es liegt an allen - "den" Autonomen ebenso wie den "bösen ML-Kadern" - herauszufinden, ob so eine Spaltung gewollt ist bzw. wie sich trotz Unterschiede gemeinsame revolutionäre Politik machen läßt.

Für einen starken, gemeinsamen, revolutionären 1.Mai 1994 !!

Teile des revolutionären 1.Mai-Plenums

E.A. Info zum ersten Mai

Hallo Leute ! Hier einige Infos unsererseits zum ersten Mai. Uns sind ca 14o Leute gemeldet worden, die Bullen reden von 169 Festnahmen. Wir wußten von 15 Vorführungen vor den Haftrichter,davon 9 mit Haftverschonung und 6 ohne. Davon sind uns nur ein Teil durch Freunde/innen oder Bekannte mitgeteilt worden, der andere Teil konnte auf anderem Weg herausgefunden werden. Da es insgesamt aber 24 Vorführungen gegeben hat, sind 8 Leute vorgeführt worden ohne das eine Anwältin bzw. ein Anwalt dabei war, 5 Leute davon sind sang- und klanglos im Knast verschwunden... wir wissen teilweise bis heute nicht die Namen.
DAS ÄRGERT UNS!!!!!!
Es hätten zum Beispiel Leute die auch eingefahren waren, sich Namen von Mitgefangenen merken oder aufschreiben können und uns durchgeben können, falls sie eher rauskommen!!!!
Macht euch noch mal Gedanken darüber,wie ihr auf Demos geht, trefft verbindliche Absprachen über Treffpunkte falls ihr euch verliert, merkt euch Namen und Geburtsdaten usw. und kümmert euch rechtzeitig um fehlende Leute!!!!!
Menschen,die Kontakte in andere Städte, besonders in den Osten haben, könnten uns helfen, indem sie E.A.-Infomaterial zum Verhalten auf Demos und bei Festnahmen dort verteilen.
Außerdem brauchen wir wie immer Gedächtnisprotokolle zu Festnahmen und Polizeiübergriffen, außerdem Fotos und Videoaufnahmen.
Wir sind wie immer Dienstags von 20-22 Uhr im Mehringhof zu erreichen.

Tschüs- E.A.

P.s.: die Frau, die ihre Tasche einem Demonstranten gegeben hat, kann sie bei uns abholen!

AUTONOMER BEIFALL für die BULLEN ?!

Natürlich habe ich geklatscht, als die Bullen den RIM-Lauti samt erleuchtete Schläger aus der Demo rausführten.
Der 'Beifall' der Leute (für die Bullen? / für den Rausschmiß? / für die Aussicht, daß die Gonzalo-Truppe gleich futsch sein wird?) war meiner Erinnerung nach mächtig und ganz und gar nicht nur von einigen wenigen Leuten getragen. Und der 'Beifall' kam spontan; kein Mensch hat den 'Motor' dafür machen müssen. Wenn aber rd. 200 Leute (und davon geh ich aus) spontan 'Beifall' klatschen (wofür und aus welchen -einzelnen- Motiven heraus auch immer), dann ist diese Gefühlsäußerung ERNST zu nehmen. Mit einer einfachen und unbegründeten Denunziation aus unserem Lauti: "Wir finden solch ein Verhalten Scheiße." (Interim 239, S.7) ist das nicht abzutun.
Das war allerdings während der RIM-Provo nicht die einzige Demonstration von Geschlossenheit: das zornige und wütende :"Haut ab! Haut ab! Haut ab!", das Minuten zuvor ebenso von Hunderten von Leuten gerufen worden war, um die RIM aufzufordern, die Demo zu verlassen, zählt auch dazu. Das war derjenige Moment, wo die RIM vollkommen (sowohl räumlich als auch politisch) isoliert war: allein, mitten auf der O-Str. ein kleines, fanatisches Häufchen, das selbst eine so eindeutige Aufforderung (Haut ab!) nicht einmal mehr selbstständig begreifen kann -- doof blieben sie stehen und warteten; blieben selbst noch, als die ersten Bullen (rd. 30) vom O-Platz her in aller Ruhe aufzogen und sich (mit dem Rücken zu uns) also GEGEN die RIM stellten.
KEIN Mensch hätte die RIM aufgehalten, sich zu verpissen. Aber die Präsidenten-Garde blieb und ließ sich schließlich völlig von den Bullen umzingeln.
Ich habe weder gesehen, daß der RIM-Fähnrich, noch daß die RIMs insgesamt nach der Umzingelung verdroschen wurden. Das scheint allerdings Fakt zu sein; und DAFÜR zu applaudieren eine Sauerei!
Für mich war es am 1.Mai allerdings SO, daß die Bullen die RIM aus der Demo einfach herausgeführt haben. ((Daß ich das nicht genauer mitbekommen hab, liegt nicht an mir, sondern daran, daß ich mit den Folgen des vorhergehenden Verhaltens der RIM genug zu tun hatte: Bekannte suchen, Kinder suchen, Verletzten helfen....))

Erinnern wir uns:
Der revolutionäre 1.Mai Kinderblock wurde durch die beginnende Schlägerei auseinander gedrängt: der hintere Teil floh in die nächsten Hauseingänge, der vordere in die Demo.
Die Prügelei erfasste dabei schnell die ganze Breite der O-Str.: 50 oder 60 Leute in sich schlagende Grüppchen verheddert. Schlagstöcke, die die Gonzalo-Truppe vorher noch mit kleinen Taschentuch-Fähnchen albern kaschiert hatte, dreschen jetzt wahllos um sich. Fliegende Seltersflaschen, Steine und Fontänen sprühende Bierbüchsen sorgen dafür, daß die 'Reichweite' der Schlägerei bis in die Demo hineingeht und sich die Leute vor dieser Bedrohung in Richtung Adalberstr. in Sicherheit zu bringen versuchen.
Der ganze Tumult schiebt und drückt sich die O-Str. bis fast zur Adalbert rauf, wo sich dann das Fußvolk des Pappschild-Präsidenten um seinen Wagen sammelt, blutig geschlagene Menschen zurücklassend, von einer wütenden Demo umgeben.
Wenn du -wie ich- das Vergnügen hattest, mit T-Shirt und Turnschuhen bewaffnet, dieser Schlägerei vom O-Platz bis zur Adalbert ausgesetzt zu sein, dann stellt sich vielleicht auch bei dir -wie einer es ebenso in der Interim schrieb- ein gewisses Gefühl der "Erleichterung" ein, wenn sich dieser hirnlosen Gewalt eine andere Gewalt (=Bullen) entgegenstellt, die eine erneute Eskalation offenbar unterbinden will. Wenn zu diesem Gefühl der Erleichterung noch das o.g. hinzukommt, nämlich, daß ich mitkriege, wie schließlich eine Gruppe weiß-behelmter Hohlköpfe eine andere Gruppe von Hohlköpfen umringt, um dann gemeinsam einen Abgang zu machen, dann versteh ich durchaus, daß ich diese ganze Szene mit höhnischem Gelächter und Beifall quittierte.

Ich teile NICHT die Meinung, daß ich mich damit auf die Seite der Bullen gestellt habe. Ebenso wie sich diejenigen, die mit der "Klatscherei nicht einverstanden waren" und "an dieser Ecke die Demo" verließen, NICHT "auf die Seite der RIM stellen wollten" (Interim 239, S.7).

Und ich finde es schade, daß sich der Schreiber (S.12) für sein Gefühl der Erleichterung, daß die Bullen eingriffen, schämt. Wofür schämst du dich ? Dafür, daß du keinen Bock hast, zu einem ebensolchen Dresch-Flegel zu werden, wie die RIMs ? Was beschämt dich daran, daß die Bullen, wie du schreibst, "unsere Arbeit" machen, "weil wir nicht mehr weiter wissen" ?
Natürlich wissen wir weiter! Und die Bullen machen nicht UNSERE, sondern IHRE Arbeit - dazu später. Es gibt nur viele Leute in der Scene, die -so wie ich und wohl auch du- vor einer organisierten und militanten Gegenwehr gegen die RIM zurückschrecken. ((Wobei sich in den Diskussionen der letzten Zeit offenbar die -richtige- Haltung durchzusetzen scheint, daß eine militante Lösung die falsche ist.)) Wie auch immer: ich akzeptiere das Zurückschrecken vor Gewaltanwendung ebenso, wie ich in den letzten Jahren wieder und wieder um diejenigen Frauen und Männer gebangt habe, die sich den Gorgonzola-SchlägerInnen in den Weg gestellt haben !
Da muß sich keine/r für nix schämen!

In den verschiedenen Texten der letzten Interim wurde das Applaudieren weitgehend verurteilt; begründet wurde allerdings selten. Eine Begündung ging so: "Diese Aktion (das Runterholen des RIM-Fähnrichs durch die Bullen, d.V.) wurde dann auch noch schwachsinnigerweise von vielen aus dem weiteren Umfeld dummdreist beklatscht. Kein Check, daß die Bullen uns genauso fertig machen, wie die weitere Demo ja zeigte, noch nie mitbekommen, oder was ?!"
Und eine Seite weiter (S. 10) findet es ein anderer Autonomer ausm Norden Berlins zwar "panne, daß einige (wenige) dabei ((bei der Entwaffnung der RIM durch die Bullen, d.V.)) Applaus klatschten", dennoch konnte er sich eine gewisse "Schadenfreude nicht verkneifen". Nun ja, lieber Autonomer ausm Norden Berlins, wer bei der Entwaffnung der RIM nicht "Buh!" gerufen, sondern, so wie du, zuschaute und sich ansonsten klammheimlich freute, na, der hat doch auch ein Stück weit zugestimmt, oder ? So groß ist der Unterschied zwischen dir und den von dir denunzierten Leuten nicht.
Und ganz richtig bemerken die Leute auf Seite 9, daß die "weitere Demo gezeigt hat", daß die Bullen uns "genauso fertig" gemacht haben, wozu allerdings zu sagen ist, daß u.a. auch die Wahl der Demo-Route den Bullen spätestens ab der Köpi genügend Gelegenheit dazu ließ! Teilweise konnten sie Dreier-Spalier locker nebenher laufen lassen; eine gute Voraussetzung, um dann ,je nach Belieben, 'Vermummte' rauszuholen. Unsere 'Einladung zum Tanz' ist also von den Bullen weidlich genutzt worden! Nur: Kritik an dieser Routen-

Planung, die ja wohl im Effekt das 'Applaudieren' weit in den Schatten stellt, konnte ich in den Beiträgen nirgends finden.

Was mich abseits davon noch beschäftig, ist das Verhältnis der Bullen zur RIM. Im Interim-Text S. 7 war zu lesen, daß der RIM-Lauti die Vorkontrollen, ohne gefilzt zu werden, passieren konnte. Dann ließen sich die Bullen ewig Zeit, bis sie gegen die RIM vorgingen, holten sich Verstärkung, verdroschen sie und führten sie schließlich ab. Die Bullen gehen in ihrer Konfrontation mit der RIM also auf Nummer sicher.
Aber warum erst den Waffentransporter durch die 'Kontrollen' lassen und schließlich doch entwaffnen und verhauen ?
Eins scheint mittlerweile sicher: wenn's Streß gibt mit der RIM, verlassen anschließend viele Leute die Demo - oder, so wie es dieses Jahr vielleicht schon war, bleiben immer mehr von vorherein weg. Ein 'Ergebnis', das die Bullen natürlich begrüßen; und so scheint das Durchlassen durch die Vorkontrollen und das anschließende Entwaffnen (nach getaner 'Arbeit') nur zwei Seiten derselben Medaille zu sein. Schließlich können die Bullen medienwirksam ihrem 'gesetzlichen Auftrag' nachkommen; im übrigen aber wage ich mal die Spekulation, daß von den abgeführten RIMlern keine/r mit allzugroßen Anklagen zurechen hat. Mich würde interessieren, ob die RIMis tatsächlich in den Knast verfrachtet wurden und unter Anklage stehen, oder ob sie nach dem Abführen in 'Unterbindungsgewahrsam' gesteckt wurden; bis unsere Demo vorbei war. Hat da irgendeine/r was Konkretes gesehen ?
Ich wäre also kaum verwundert, wenn bei der nächsten Gelegenheit unsere 'revolutionären' Pfadfinder wieder putzmunter mitmischen dürfen; gestärkt durch ihren 'Sieg' über die Demo der KapitulatorInnen am 1.Mai '93, die wiedermal die Bullen holten, um sich hinter ihnen zu verstecken.

Schön wärs, wenn die, die mit mir überhaupt nicht übereinstimmen, zum Griffel griffen, und mal was aufmalten dazu.

euer Haudraufundschluß

Liebe Leute,

am Ablauf des diesjährigen 1.Mai und der Vorbereitung gibt es ja so einiges zu kritisieren, aber das lassen wir erstmal beiseite. Was uns total nervt, ist aber, daß sich alle über den Applaus für die Bullen aufregen, als sie die RIM abräumen. Die Bullen sind natürlich unser Gegner, aber das heißt doch nicht, daß sie nicht auchmal was richtiges tun können. Und die RIM abzuräumen, nachdem sie sich da reingeprügelt haben, wie üblich ohne Rücksicht, und schwere Verletzungen inkauf nehmend, ist doch begrüßenswert. Jedenfalls sehen wir nicht, wo die Leute gewesen sein könnten, die in der Situation die RIM aus eigener Kraft aus der Demo hätten drängen können, wie die SchreiberInnen in der letzten Interim so nett blauäugig behaupten. Das hätte dann wirklich leicht Tote geben können, und zwar auf unserer Seite, und da können wir das doch ruhig die Bullen machen lassen. Jedenfalls haben wir so schon genug von denen abgekriegt, als daß wir uns von den verbalen Helden sagen lassen, was wir hätten tun sollen. Wir haben uns einfach gefreut, daß die RIM entfernt wurde, von wem auch immer. Und, übrigens, die RIM ist für uns mindestens ebenso Gegner wie die Bullen.

In dem Sinne so long
autonome ClaqueurInnen

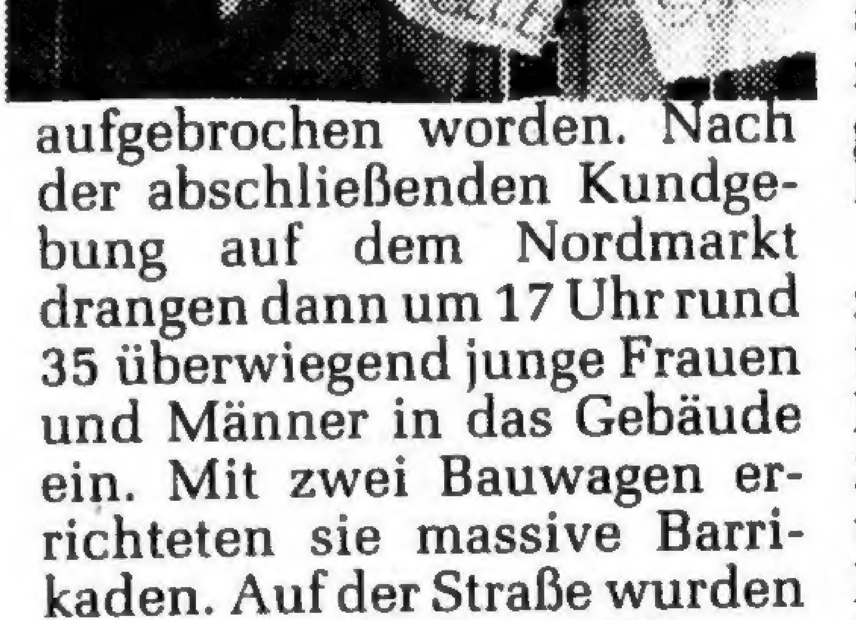
Dortmund: Holsteinerstr.16 geräumt

(-eck) Kurz nach Mitternacht griff die Polizei zu. Sieben Stunden nach der gewaltsamen Besetzung des Hauses Holsteiner Straße 16 stürmten Beamte des Sondereinsatzkommandos in der Nacht zum Sonntag das seit längerem unbewohnte fünfgeschossige Gebäude an der Ecke Brunnenstraße in der Nordstadt. Es war leer. Die 35 Besetzer waren durch einen Hinterausgang getürmt.

Eine „alternative Mai-Demonstration", angemeldet von der Organisation „Roter Punkt", war am Mittag des 1. Mai Ausgangspunkt von Krawallen und eines Polizeieinsatzes, der in der Nacht 180 Beamte vor Ort sah.

350 Teilnehmer, darunter vermummte Gewalttäter, zogen um 13.30 Uhr vom Nordwar", sagte Ernst-Wilhelm Herget, Chef des Schutzbereichs Nord und Gesamtleiter des Einsatzes. Bis 19 Uhr hatten 60 Anrufer aus der Nachbarschaft die Polizei alarmiert („Schmeißt das Pack da raus"), der Hausbesitzer hatte Anzeige erstattet.

Um 23.45 Uhr hatten die Beamten den Bereich für Anwohner und Schaulustige gesperrt. Ein gepanzertes Fahrzeug räumte mit lautem Getöse die Bauwagen zur Seite. Die Feuerwehr leuchtete die Szene taghell aus. Über Leitern drangen Beamte des Sonderkommandos auf den Dachmarkt aus durch die Innenstadt. Dabei flogen Bierflaschen gegen die Scheibe eines Streifenwagens, mit Zwillen wurde auf Kradfahrer und Straßenbahnen geschossen, Pflastersteine donnerten gegen die Commerzbank am Burgtor und ein Sex-Kino an der Münsterstraße. Während des Zuges war bereits um 13.58 Uhr das zugemauerte Haus Holsteiner Straße 16



aufgebrochen worden. Nach der abschließenden Kundgebung auf dem Nordmarkt drangen dann um 17 Uhr rund 35 überwiegend junge Frauen und Männer in das Gebäude ein. Mit zwei Bauwagen errichteten sie massive Barrikaden. Auf der Straße wurden Feuer entzündet, Pflastersteine zusammengetragen.

„Wir mußten eingreifen, weil offensichtlich eine längerfristige Besetzung geplant boden ein und durchkämmten das Haus. Von den Besetzern – darunter nach Polizeieinschätzung überwiegend auswärtige Chaoten – keine Spur.

Einsatzende 0.30 Uhr. Fazit: Zwei Festnahmen im Vorfeld der Räumung sowie ein Besetzer, der das Haus gegen 22.30 Uhr mit einer Rauchvergiftung verlassen hatte. Herget: „Insgesamt ein unbefriedigendes Ergebnis. Hausbesitzer und Stadt sind jetzt gefordert".

Das Gebäude wird zunächst wieder zugemauert. Polizeibeamte sichern es vorläufig.



Vor dem Sturm auf das Haus Holsteiner Straße 16: Die Barrikaden werden beseite geräumt. Foto: Nils Foltynowicz

1.MAI -so nie wieder ,oder doch!?

Einschätzung des diesjährigen 1.Mais und den Darauffolgenden!!!

Streit,Verwirrung und Orientierungslosigkeit prägten den diesjährigen Tag im Vorfeld! Durch die Konzeptlosigkeit im voraus,konnte man kaum etwas Offensives erwarten.Die Niederlage oder der Rückschritt war vorprogrammiert.
Daß dies jedoch gnadenlos ausgenutzt wird ,hat sich kaum jemand klar gemacht.
Faschisten haben ihre Chance genutzt und konnten mit über 100 DEUTSCHEN GESINNUNGSKAMERADEN fast ungestört aufmarschieren!
Das sollte in den Gedanken an den diesjährigen 1.mai im Vordergrund stehen und nicht unbedingt traditionelle Auseinandersetzungen mit der RIM(Auch wenn diese fast genauso wichtig sind)!Das sollten sich alle klar machen,die immer noch an die traditionellen 1.Mai - Demos in Kreuzberg und Neukölln glauben!
1 Woche vor dem Festtag war vielen Leuten klar,die FAP wird versuchen wieder aufzumarschieren.Konkrete Vorwürfe sind denen zu machen ,die sich wie immer in Kreuzberg tummelten und mit den Bullen einen aussichtslosen Kampf erprobten.Genauso der Demovorbereitung,warum kann man auf einer Demo nicht einigen 100 wenigstens klar machen ,daß Lichtenberg ein wichtigeres Aktionsfeld ist.Trotz den vielen Bullen die dort die Faschisten schützten.Mit einem etwas größeren Block hätten die Bullen es wesentlich schwerer gehabt die Leute abzufangen und zu zerstreuen.Dazu hätte es nur einen KONKRETEN TREFFPUNKT BEDURFT;warum gab es diesen nicht???????
Vorwürfe auch dem AUTONOMEN PLENUM,wieso habt ihr euch dann nicht auf faschistische Aktionen konzentriert.Haben euch die hunderte von Stalin/Mao /lenin Transpis auf dem O-Platz nicht ein wenig erschreckt???.
Man muß sich fragen,was einigen Leuten wichtiger ist???!!!Eine tolle Demo ,angeführt und dominiert von Alkis/Dogmaten und K-Gruppen(auch wenn der Hauptteil der Demo dann doch eher Autonomes Spektrum war)oder der konkrete Angriff auf die NAZISCHWEINE!!???
Der 1.Mai ist doch ein Tag der Unterdrückten und deren Protest verbunden mit SoliDariTÄT untereinANDER und nicht der Tag der Unterdrücker und Faschisten.Eine klare Zielrichtung und ein klares Konzept ist es doch sehr viel eher sich in Lichtenberg mit denen zu konfrontieren,die DAS ausüben,was wir sonst immer angegriffen haben oder eszumindest versuchten zu tun!!!!Dort haben Faschisten und Bullen Hand in Hand gearbeitet. Antifas wurden angegriffen,festgenommen oder niedergebrüllt und vertrieben(der Großteil!) ---nur nebenbei ,wäre es bei der 10.00 UHR Demo-Zeit geblieben,hätte man unter Garantie noch sehr viel mehr auf die Beine stellen können!!-----

KONSEQUENZEN UND AUSSICHTEN

Keine 1.Mai Demo mehr ,die nicht klar die Konfrontation mit den Faschisten und Beschützern am direkten Ort will!!! Sie müssen im nächsten Jahr auf jeden Fall angegriffen werden da sie 100%ig mit wahrscheinlich noch mehr stolzen Deutschen aufmarschieren werden!
Nicht nur nächstes Jahr am 1 .Mai ,sie müssen ständig angegriffen werden,insbesondere die FAP muß zerschlagen werden !
Was haben wir denn schon davon,wenn in Kreuberg oder Mitte sich hunderte von Leuten mit "GEGEN NAZIS" Pullovern und Aufnähern auf der ach so revolutionären Demo mit Alk besaufen/den Bullen zuklatschen,weil sie die RIM festnageln und kurz darauf wieder irgendwelche bedepperten Flaschenwürfe aus der 12.Reihe auf die Bullen starten.
Ebenfalls muß klar sein ,für solche Auseinandersetzungen müssen doch Vorraussetzungen geschaffen werden.Wenn man weiß in Lichtenberg versuchen einige Antifas die Faschoaktion zu verhindern kann ich doch nicht mit ruhigem Gewissen in Kreuzberg auf die Bullen losgehen,da stehe ich doch einen Schritt hinter meiner Zielrichtung.
Nächstes Jahr also die Demo direkt bei den Faschos,egal wie!Die,die sich zu so etwas eh kaum verhalten oder halt einige Leute aus dem Osten,die mal für einen Tag den Faschostreß aus dem Weg gehen wollen ,die werden sich von alleine um 13.00Uhr auf dem O-Platz versammeln.Für dieses braucht man aber keine 5 Monate Vorbereitungsstuß.Lieber auf die konkrete Verhinderung des Faschoaufmarsches setzen,denn dort können wir sehr viel deutlichere Akzente setzen,als im umstrukturiertem Kreuzberg.
Die Bullen/dieses System wird die Faschisten schützen und dann ist klar,daß autonomer Antifaschimus nicht nur mit"Nazis Jagen" zu tun hat.
Sollte dann dieses erreicht sein oder aber auch nicht kann doch am Abend ein gemeinsames Fest stattfinden!

TRADITIONEN BRECHEN-FAP ZERSCHLAGEN!

AUF ZUM TAG X NACH BONN!BONNzen ANGREIFEN!

GRUß AN ALLE DIE IN LICHTENBERG AM 1.MAI DIE FASCHOS IN DIE SCHRANKEN WEISEN WOLLTEN!!!

Die "Denkfabrik Europa der Völker" wollte am 1. und 2. Mai im Berliner Grunewald eine ihrer halbjährlichen Konferenzen machen.
Das konnte verhindert werden.
Die Geschäftsleitung der Tagungsortes wollte die Faschisten nicht mehr, nachdem
-Ihnen mitgeteilt wurde, wer sich da trifft
-Der Konferenzsaal übel zu stinken anfing
-Ein paar Denkfabrik Teilnehmer ein paar in die Fresse gekriegt haben und ihnen Infomaterial abhanden kam.
Da wollten sie nicht mehr.
Die Bullen haben danach wild Urlaubsgäste gefilzt und sich unbeliebt gemacht!

Unabhängige Antifa-Gruppen

Krawall vor dem Objektiv: Rowdies raubten Kamera

Ein Gruppe Vermummter mißhandelte und beraubte am Sonnabend im Grunewald auf dem Parkplatz hinter dem Forsthaus Paulsborn Manfred W. (56). Der Ausflügler hatte beobachtet, wie einer der Täter in die Einfahrt zum Parkplatz „Krähenfüße" warf. Als er das fotografieren wollte, stürzten sich sechs Vermummte auf ihn, warfen ihn auf ein geparktes Auto und raubten die Kamera.

Etwa zur gleichen Zeit wurde am selben Ort der Tourist Jean-Jacques H. aus der Schweiz von zwei Unbekannten von hinten auf den Kopf geschlagen und zu Boden gerissen. Die Männer raubten ihm sein Bargeld.

lpn

BM 3.5.

Guten Tag !

Sie sitzen hier, wahrscheinlich seit längerem das erste Mal wieder raus aus der Stadt, und Sie genießen es auszuspannen!

Dabei würden wir Sie bestimmt nicht stören, wenn es hier nicht um eine sehr wichtige Sache ginge.

Inmitten des bunten Treibens findet hier heute eine Konferenz statt. Faschistische und national konservative Politiker von Republikanern oder der Deutschen Liga und auch honorige Professoren von verschiedenen Universitäten treffen sich ab 15.00 Uhr in diesem Gasthof.

Sie werden sich auf dieser Konferenz, die sie **"Denkfabrik Europa der Völker"** nennen, damit beschäftigen, wie sie ihren Einfluß in das realpolitische Geschehen ausbauen können. In Äußerungen auf voran gegangenen Treffen dieser Art bekundeten diese Schlips- und Kragen-Faschisten Sympathie mit den Schlägerhorden von Rostock, Hoyerswerda, Mölln etc.

Sie diskutierten zum Beispiel einen **"Reichsverfassungsentwurf"** mit dem faktisch alle heute noch verankerten Grund- und Menschenrechte beseitigt werden sollen und z. B. ausländische Menschen zum reinen Sklavendasein degradiert werden sollen. Sie fordern die Wiederherstellung Deutschland in den Grenzen von 1914!

Desweiteren machten sie sich Gedanken, wie die "Bewegung" mit ihren "Parteien" zu harmonisieren sei.

Und unter der "Bewegung" verstehen sie den schlagenden Arm der rechten Bewegung, der den Terror gegen ausländische Menschen und alle Andersdenkenden organisiert. Desweiteren sogenannte Denkzirkel, wie heute hier einer stattfinden soll. Als Partei favorisieren sie "Die Republikaner".

Ob sie nun mit dem Baseballschläger ausländische Menschen jagen oder dies schriftlich und verbal propagieren: Sie sind Faschisten und gehören aus dem öffentlichen Leben gebannt. Die Anstifter des rassistischen Terrors, gerade die in Schlips und Kragen haben bisher über 30 Tote in der Bundesrepublik zu verantworten.

Die Tatsache, daß auch Professoren oder Bundestagsabgeordnete der CDU, wie Heinrich Lummer Kontakte zu ihnen pflegen ist ein Skandal; ist beängstigend.

Genau deshalb sind wir heute hier. Wir werden diese Konferenz verhindern, so wie wir jede Zusammenkunft von Faschisten, von der wir erfahren, verhindern werden. Ihnen darf nicht der Raum gegeben werden, sich zu entfalten. Schon einmal gab es bunte, sonnige Tage, wie den heutigen, an denen sich die Nazibewegung Stück für Stück formierte, ehe sie dann in gigantischen Aufmärschen die ganze Welt ins Verderben stürzte.

Soweit darf es nie wieder kommen, und es liegt an Ihnen und an uns, dies zu verhindern: jeden Tag und überall. Heute ist dazu eine Gelegenheit.

Wir fordern Sie auf, alles zu versuchen, damit dieses Treffen der "Denkfabrik" hier heute nicht stattfinden kann!

Kein Fußbreit den Faschisten!

Ihren schleichenden Einzug in die Gesellschaft verhindern!

Unabhängige antifaschistische Gruppen

ViSdP: H. Weg, Arndtstr. 18, 1/61



"Psychobullen üben fleißig für ein neues 33"

Überlegungen zum FAP-"Aufmarsch" am 1.Mai 93 in Lichtenberg und den Gegenaktionen

Leider wissen wir nicht viel über die Zeit vor dem NPD-Verbot in den 50er Jahren. Wir schätzen aber, daß der FAP-"Aufmarsch" vom 1.Mai in Lichtenberg die erste richtige Faschodemo in Berlin seit dieser Zeit - wenn nicht sogar seit noch längerer Zeit - war.
Am 1.Mai dieses Jahres jedenfalls lief die braune Soße 1,5 Stunden übers Berliner Pflaster - bis auf kleinere Handgreiflichkeiten und Sprechchöre unbehelligt.
Für uns 40 AntifaschistInnen, die an ihrer Demo dranwaren, war es deprimierend, vor allem, weil wir alle das Gefühl hatten, daß die Demo hätte verhindert werden müssen und können. Tatsächlicher Ort, Zeit und Demoroute wurden - trotz des Verwirrspiels mit der Anmeldung einer Kundgebung am Thälmannpark - am Morgen des 1.Mai bekannt.
Desweiteren wurde vor und während der Demo (FAP) von uns aus Lichtenberg ständig das Infotelefon angerufen, über die aktuelle Situation draußen berichtet und um Weitergabe - zwecks breiter Mobilisierung - an den Lautsprecherwagen auf der revolutionären 1.Mai-Demo gebeten.

Woran lag es, daß nicht mehr Leute nach Lichtenberg rausgefahren sind ?

An der Trägheit der "autonomen Masse", die lieber wie jedes Jahr am 1.Mai durch den Kiez spaziert ? Oder wären Teile davon bei "verläßlichen" Informationen über den Lautsprecherwagen für die Verhinderung des FAP-"Aufmarsches" spontan mobilisierbar gewesen ?
An der Konzeptionslosigkeit der Antifa ? Oder wurden unsere Konzepte (in unauffälligen Kleingruppen rausfahren, versuchen, an die Faschodemoroute ranzukommen und sich dann zur Gegendemo formieren) nur nicht umgesetzt ?
An der massiven Bullenpräsenz in Lichtenberg ? Oder an der gezielten Verunsicherung, die von den ca.300 Bullen und 100 Zivis, die die Faschodemo schützten, ausging ?
An unseren Informationsstrukturen ? Oder haben die Bullen autonome Informationsstrukturen inzwischen soweit durchschaut, daß sie sie jetzt gegen uns nutzen ?

Wir denken, daß unsere Strukturen, Vorbereitung und die Bereitschaft hätten ausreichen müssen, die FAP-Demo wie letztes Jahr zu verhindern. Wir glauben, daß der Knackpunkt dieses Jahr ein ausgefeilteres Bulleneinsatzkonzept war.
Das Konzept 92 war, daß der BGS den Faschoaufmarsch schützen sollte, also die Antifas durch Schlagstockeinsatz etc. von den Faschos fernzuhalten.
Das Konzept 93 war, die Gegendemo durch gezielte Verunsicherung schon im Vorfeld zu verhindern. Die Maßnahmen der Bullen waren: Zivis fuhren für die Faschos Fahrwachen im Kiez. Die Faschos durften erst loslaufen, als der Kiez fast frei von Antifas war. Dies wurde durch Personenkontrollen, Durchsuchungen, Platzverweise und ASOG errreicht. Dazu kamen Gerüchte, die die Bullen bewußt streuten (O-Ton Zivi bei einer Vorkontrolle: "Ihr habt noch mal Glück, daß wir euch angehalten haben, da draußen machen 600 Glatzen Jagd auf Linke").
Provokationen - ein Ziviauto mit vier Glatzen wurde von Antifas angegriffen, dies gab Anlaß für weitere Festnahmen, teilweise mit Anklage wegen Landfriedensbruch.
So kam es dazu, daß beim Infotelefon viele und widersprüchliche Informationen, bzw. Desinformationen ankamen, hauptsächlich von Leuten, die gar nicht selbst an der FAP-Demoroute dranwaren, sondern von den Bullen "zurückgeschickt" wurden. Die Bullen wollten, daß genau solche verunsichernden Informationen weitergegeben werden. Denn es war klar für sie, daß es eine Mobilisierung vom Lautsprecherwagen nach Lichtenberg raus gegeben hätte, wenn die Informationen verläßlicher und realistisch geklungen hätten, und daß dann viele Leute spontan rausgefahren wären und die Faschos (und die Bullen) in Lichtenberg wieder hätten rennen müssen.

Wir glauben, daß diese "Psychostrategie" der Bullen lange vorbereitet war. Dabei ging es ihnen nicht nur darum, daß 80 Glatzen in Ruhe durch Lichtenberg marschieren konnten, sondern der Einsatz war auch ein Test dafür, wie schon eine Mobilisierung auch zu anderen Themen (Olympia...) in Zukunft verhindert werden kann.

P.S. Dieses Papier soll kein Verbesserungsvorschlag sein, sondern sind Überlegungen, die wir uns nach dem 1.Mai gemacht haben, um zu verstehn, wie es dazu kommen konnte, daß die Faschodemo nicht von uns verhindert wurde. Diskutiert das auch mal in euren Gruppen.

Einige unabhängige Antifas

DVU-Landesparteitag erfolgreich verhindert

Am 27.3.1993 wurde der DVU-Landesparteitag Bremen in Ottersberg (15 Km östlich von Bremen) erfolgreich verhindert.Von dieser Aktion wollen wir berichten und haben auch noch was dazu zu sagen.

Etwa eine Woche vorher erfuhren Bremer Antifas von dem geplanten Parteitag.Es war durchgesickert,daß sich die DVUlerInnen in Oyten und Bremerhaven an Sammelpunkten einfinden sollten,um von dort mit Bussen zum geheimgehaltenen Veranstaltungsort gebracht zu werden.
Da im Vergleich zu bisherigen Anti-DVU-Aktionen eine längere Mobilsierungszeit zur Verfügung stand,wurde eine größere Aktion vor Ort beschlossen.Nach mehreren schleppenden Vorbereitungstreffen bestand jedoch die allgemeine Befürchtung,daß die Aktion mangels Masse und Entschlossenheit,wie so oft in den vergangenen Jahren,in Erfolglosigkeit und Frust endet.
Umso erfreuter waren dann alle,als sich am Samstag Morgen ca.200,größtenteils militante Antifas in Oyten am geplanten DVU-Treffpunkt versammelten.Leider mußten einige Leute mangels Autos am Bremer Treffpunkt zurückbleiben.Da in Oyten offensichtlich keine Bullen anwesend waren,konnte ungestört gegen die eintreffenden Faschos vorgangen werden.
Eintreffende DVU-Pkws wurden mit Farbeiern beworfen und zum Teil entlüftet.Der als Kontaktmann fungierende Gerhard FELDMANN aus Bremen (DVU-Kader, Beiratsmitglied HB-Neustadt) wurde erkannt und angegriffen.
Ein leer eintreffender Reisebus der Firma "H.W. Reisedienst" aus Osterholz wurde umstellt und entlüftet.Nachdem es keinen DVUlerInnen gelang,in den Bus zu steigen,versuchte der Busfahrer in Panik mitten durch die Blockade zu fahren.Dabei wurde er durch eine eingehauene Scheibe mit CS-Gas besprüht.Daraufhin setzte er zurück und fuhr weg.
Da sehr früh bekannt wurde,daß sich der Veranstaltungsort in der Ottersberger Gaststätte "Ottersberger Giebel" befindet,gabs die schnelle Entscheidung,diesen zu blockieren.Es folgte eine ziemlich chaotische Abfahrt in Oyten und ein ebenso unkoordiniertes Rumgegurke und Sammeln in Ottersberg.
Nachdem alle Antifas aus Oyten weg waren,krochen die Faschos aus ihren Löchern und einige Bullenwagen fuhren vor.
In Ottersberg blockierten die Antifas den Gasthof,in dem sich bereits etwa 20 DVUlerInnen aufhielten.Einigen gelang es,die Heizungsanlage im Anbau lahmzulegen.
Währenddessen sammelten sich gegenüber die ersten Bullengruppen aus dem Landkreis, die auch gleich schützend eingriffen,als der DVU-Reisebus aus Bremerhaven eintraf.
In dem Bus saßen ca.15 DVUlerInnen. Gerüchten zufolge soll auch Gerhard Frey im Bus gesessen haben,was aber nicht bestätigt werden kann.Durch die Unentschlossenheit der Antifas konnte der Bus ungeschoren davonkommen und fuhr in Begleitung eines Polizeihubschraubers zurück nach Bremerhaven
Im Umfeld der Blockade wurden mehrere DVU-Pkws demoliert.Bei einer kurzen Auseinandersetzung um einen Fotoapparat bekam ein Bulle was aufs Auge.Ansonsten war die Situation entspannt und die Leute machten es sich vor der Gaststätte bequem.Es hatte den Anschein,daß außer den 30 Bullen vor und hinter der Kneipe nichts weiter zu befürchten war.Deshalb wurde z.B. kurz überlegt,nach Lilienthal zu fahren,um näher an dem befürchteten Ausweichort Bremerhaven zu sein.Dieses wurde ungeschickterweise über Megaphon verbreitet,womit die Bullenpräsenz im Raum Lilienthal zu erklären ist.
Was die meisten allerdings nicht wußten,war die Tatsache,daß sich an den Ortseingängen bereits größere Polizeikräfte sammelten.Die Bullen hatten begonnen,aus ganz Niedersachsen und Bremen ein großes Bullenaufgebot nach Ottersberg zu schicken. Aus Aurich war eine Hundertschaft unterwegs, aus Bremen rollten Wasserwerfer an.
Die Blockade fing an zu bröckeln.In den Seitenstraßen wurden mehrere Leute durchsucht und überprüft.Spätestens jetzt wurde es allen klar, daß der beste Zeitpunkt zum geschlossenen Abzug bereits verpaßt war.Ohne weitere Absprachen machten sich alle auf den Heimweg.
Die in Richtung Lilienthal fahrenden Leute wurden zum Großteil kontrolliert,überprüft und gefilzt.Spätestens während der Abfahrt konnten alle sehen,daß jede Kreuzung in der Umgebung durch vollbesetzte Bullenwagen überwacht war.
Insgesamt wurden von ca.20-30 Personen die Personalien überprüft.Außerdem wurden diverse Gegenstände beschlagnahmt..

Seit langem also mal wieder eine erfolgreiche Verhinderungsaktion.was aber nicht darüber hinwegtäuschen kann,daß in der Vorbereitung, Mobilisierung und bei der Aktion selbst entschieden zu wenig Leute (mit)beteiligt waren. Leider fiel es besonders schwer,mit einigen Gruppen aus der Umgebung verbindliche Absprachen zu treffen.Die angestrebte Aktionsinfrastruktur (EA,Koordinierung,Blockade,Infodienst) konnte von den BremerInnen allein nur eingeschränkt errichtet werden.
Bereits bei Bekanntwerden des Veranstaltungsortes und der Fahrt dorthin,spätestens jedoch in Ottersberg fiel die Koordinierung fast völlig zusammen.
Z.B. wurde auf dem Vorbereitungstreffen nicht überlegt,was zu tun ist,wenn die Antifas ungestört zum Veranstaltungsort gelangen können.
Dementsprechend war die Situation in Oyten. Sinnvoll wäre es gewesen,bei Bekanntwerden des Veranstaltungsortes mit allen ein gemeinsames Vorgehen zu beschließen,dann z.B. im Konvoi in die Nähe des Lokals zu fahren und gemeinsam gegen die Gaststätte vorzugehen (Besetzung war möglich).
Ein weiterer Punkt ist,daß bei den zunächst nur schwach vertretenen Bullen leider viele vergaßen,daß das nicht so bleiben würde.Diese Leichtsinnigkeit hätte fatale Folgen haben können.

Was sich auf Dauer auch ändern muß,ist das zu passive Verhalten bei solchen Aktionen: Kleingruppen von Faschos,die nicht in das übliche Naziklischee passen,können sich ungestört im Umfeld absprechen.Nazi-RentnerInnen werden nicht vertrieben,weil den Leuten außer "Nicht-umhauen-können-weil-zu-alt" anscheinend nichts anderes einfällt.Gute Möglichkeiten an Infos heranzukommen werden nicht genutzt (Personalien,Aktentaschen,Kfzs etc.).
Natürlich läßt sich nicht alles über Vorbeitungstreffen klären,das grundsätzliche Verhalten entwickelt sich eben aus gemeinsamer,alltäglicher Praxis und einem guten Schuß Spontaneität.Was nicht ist,kann noch werden.

Fazit: Wenn nur wenige Leute zu Vorbereitungstreffen,wo wichtige Absprachen für Aktionen und Demos getroffen werden,kommen und noch weniger Menschen bereit sind,-auch kontinuierlich- fest Aufgaben zu übernehmen,wird es auch in Zukunft schwierig bleiben,Treffen von Faschos planvoll und gezielt zu verhindern.

Autonome Antifa HB

Ach ja, eins haben wir noch vergessen:
Und zwar Öffentkichkeitsarbeit bei Aktionen: was in diesem Fall gar nicht gelaufen ist. Obwohl Flugis zur Aktion und zur DVU vorhanden waren, war niemand bereit sie zu verteilen. Auch andere Möglichkeiten (Mega, Transparente, usw) unsere Aktion und unsere Inhalte zu vermitteln wurden überhaupt nicht genutzt, so daß für Außenstehende außer einem " wilden Mob " nichts rüberkam. Wenn antifaschistisches Denken und Handeln nicht weiterhin isoliert bleiben soll, muß unbedingt mehr und bessere Öffentlichkeitsarbeit laufen.



Das internationale Nazitreffen in Dänemark verhindern!

Kein Freiraum für Auschwitzlügner und Geschichtsfälscher

Vom 17. Mai (Montag) bis zum 22. Mai 1993 (Sonnabend) organisiert der Herausgeber der neonazistischen Zeitschrift "Die Bauernschaft", Thies Christophersen, unter der Tarnbezeichnung "Nordische Dichtertagung" eine internationale Nazi–Versammlung in Dänemark. Hinter diesem harmlos klingenden Titel verbirgt sich ein Treffen von Funktionären eines weltweit auftretenden Netzes von FaschistInnen, die die fabrikmäßig organisierte Ermordung von Jüdinnen und Juden durch die Nazis leugnet (sogenannte "Auschwitz–Lüge").

Zu diesem Teffen ruft neben Christophersen auch das "Förderwerk Mitteldeutsche Jugend" auf, eine Nachfolgeorganisation der verbotenen terroristischen "Nationalistischen Front".

Diese hat 1991 und 1992 die Propaganda der "Auschwitz–Lüge" zu einem ihrer Schwerpunkte gemacht. Ein von ihr geplanter Kongreß im bayrischen Roding wurde von der Polizei aufgelöst.

Thies Christophersen selbst ist eine zentrale Figur im Netz der internationalen "Auschwitz–Lügner". 1944 als "SS–Sonderführer für Pflanzenschutz" im KZ Auschwitz / Nebenlager Raisko eingesetzt, fühlt er sich berufen, die Nazi–Verbrechen zu leugnen und zu verharmlosen. Seine 1972 erschiene Broschüre "Die Auschwitz–Lüge" wurde zur Bibel unverbesserlicher Faschisten.

Trotz Verbot wurden von dieser Broschüre wohl über 100 000 Exemplare verbreitet. Als ihm 1986 für seine Hetzpropaganda in der BRD Haft drohte, zog er sich nach Dänemark / Kollund zurück. Dort konnte er bislang nicht zur Rechenschaft gezogen werden, wurde aber trotz in Deutschland laufendem Haftbefehl auch nicht ausgeliefert. Er arbeitet seit langem mit international aktiven Nazis wie z.B. Ernst Zündel aus Kanada zusammen.

Einige der von Christophersen angekündigten Redner, so Manfred Roeder, Udo Walendy, Roland Bohlinger, W. Stäglich, Wolfgang Juchem und Dr. Hans–Christian Petersen sind führende Vertreter der Strömungen der deutschen Faschisten, die sich die Leugnung der geplanten Massenvernichtung von Juden und Jüdinnen zur Hauptaufgabe gemacht haben.

Nazi–Terroristen geben sich ein Stelldichein

Bei den zu dem Treffen eingeladenen "Referenten" handelt es sich allerdings nicht nur um führende Köpfe dieser von den Nazis momentan mit Nachdruck betriebenen Geschichtsfälschungskampagne. Sie besetzen auch Führungpositionen im Terrornetzwerk der Rechten.

Zum Beispiel: Manfred Roeder: er wurde 1982 zu 13 Jahren Gefängnis verurteilt, weil er mit seiner Bande mehrfach Flüchtlingsunterkünfte in Brand gesteckt und dabei Menschen umgebracht hatte.

Zum Beispiel: Gerd Honsik: er wurde schon 1962 wegen Anschlägen zu vier Gefängnis verurteilt. Erst 1992 wurde er erneut, dieses Mal wegen einer Hetzschrift, zu einem halben Jahr Gefängnis verurteilt.

Zum Beispiel: Dr. Hans–Christian Pedersen: er ist im schleswig–holsteinischen und süddänischen Raum kein Unbekannter.
Seit Jahren verbreitet er mit der faschistischen "Söruper Rundschau" menschenverachtende Hetzparolen. Pedersen terrorisiert seit Jahren seine Nachbarn und AntifaschistInnen mit tätlichen Angriffen. Dabei schreckt er auch nicht vor brutalster Gewaltanwendung zurück.

Offensive der Geschichtsfälscher

Seit einigen Jahren versuchen deutsche und internationale Nazis mit ihren schamlosen Geschichtsfälschungen verstärkt Propaganda zu machen. Indem die industriell betriebene Vernichtung von Jüdinnen und Juden durch die Nazis bestritten, die Kriegsschuld Deutschlands geleugnet und Hitlerdeutschland als das "wahre" Opfer des 2. Weltkrieges dargestellt werden, sollen NaziDeutschland und seine verbrecherischen Methoden nachträglich gerechtfertigt werden. Daß die Nazis gerade in den letzten Jahren diese unglaublichen Lügen verstärkt verbreiten, hat mit der politischen Lage in Deutschland zu tun: Nachdem rassistische Einstellungen in Deutschland stark an Boden gewonnen haben, hoffen die FaschistInnen auch andere Teile des Nazi–Gedankengutes wieder hoffähig machen zu können. Im In– und Ausland versenden sie dazu breit gestreut ihre pseudowissenschaftlichen Schriften.

Der nun in Dänemark geplante Kongreß ist Bestandteil der Koordination und Ausweitung dieser Aktivitäten :

– Der Brückenschlag zwischen Altnazis und jungen FaschistInnen, die Straßenterror und Zerstörung jüdischer Mahnmale organisieren, soll gefestigt werden.

– Einige der Teilnehmenden sind in traditionell faschistischen Organisationen wie den REP aktiv. Das zeigt deutlich : mag es nach außen Abgrenzungsbeschlüsse zur terroristischen Nazi–Szene geben : bei dieser Thematik gibt es keinerlei Berührungsängste.

– Die Anwesenheit von Ernst Zündel (Kanada), David Irving (England) und Prof. Robert Faurisson (Frankreich), also von den führenden internationalen Vertretern des "Revisionismus", wie sich die Auschwitzlügner selbst verharmlosend bezeichnen, dient dem Austausch von Erfahrungen : Wo läßt sich am ungestörtesten arbeiten ? Wo sind die antifaschistischen Kräfte am wenigsten aktiv ? usw.

Nicht zufällig hat Chistophersen seinen Wohnsitz und den Nazi–LiteraturVerlag nach Dänamark verlegt; nicht zufällig auch soll dort das Treffen der faschistischen Geschichtslügner stattfinden. Während ihre Aktionsmöglichkeiten in Deutschland aufgrund von Verurteilungen zumindest ein wenig eingeschränkt sind, kann in Dänemark die hier verbotene Hetze ungehindert betrieben werden. Und so droht die Gefahr, daß die in Deutschland verbotenen Nazi–Organisationen einen immer größeren Teil ihrer Aktivitäten ins Ausland, u.a. nach Dänemark verlagern.
Dabei ist die Tatsache, daß solche NaziTreffen stattfinden können, nicht nur eine nachträgliche Verhöhnung der Opfer des Nazi–Terrors, sonder auch ein Schlag ins Gesicht der WiderstandkämpferInnen in Dänemark. Wir werden nicht zulassen, daß diesen Geschichtsfälschern noch mehr Bewegungsspielraum zugestanden wird. Wir treten dafür ein, das internationale Nazi–Treffen vom 17. – 22. Mai zu verhindern.

Erster Erfolg sichtbar – Vermieter kündigt Räume

Nachdem deutsche und dänische AntifaschistInnen das geplante Treffen der Nazis Mitte April einer breiten Öffentlichkeit bekanntgemacht hatten, wurde die Sache auch dem Vermieter der Räumlichkeiten im dänischen Rudbol zu heiß. Er kündigte den mit den Nazis abgeschlossenen Vertrag mit der Begründung, er sei über den Zweck des Treffens getäuscht worden. An diesen ersten Erfolg muß nun angeknüpft werden. Die Aktionsplanung sieht wie folgt aus : Am Sonntag (16. Mai) findet eine Kundgebung im dänischen Krusa nahe der deutsch–dänischen Grenze statt. Dort erscheint nicht nur das NaziBlatt "Söruper Rundschau"; im benachbarten Kollund wohnt zudem einer der führenden Auschwitz–Lügner mit Namen Thies Christophersen.

Sollte uns allerdings vor diesem Termin der neue Veranstaltungsort der FaschistInnen bekannt sein, so verzichten wir auf die Kundgebung in Krusa und demonstrieren direkt am vorgesehen Nazi-Teffpunkt. Wir wünschen uns dort eine große und politisch breit getragene Demonstration, die den dänischen Staat bereits vor dem eigentlichen Beginn des Nazi-Treffens am Montagabend so unter Druck setzt, daß er diese Versammlung untersagt. Sollte er dies nicht tun, so werden wir mit einer zweiten Demonstration am Donnerstag (20. Mai) unserer Forderung entschieden Nachdruck verleihen.

Demonstration am 16. Mai 16.00 Uhr in Krusa

Es rufen Antifaschistische Initiativen aus deutschen und dänischen Regionen auf: Abenra, Angeln, Flensburg, Schleswig, Rendsburg, Ekkernförde, Kiel, Eutin, Heide, Kopenhagen.

Informationen über: Infoladen Theprax, c/o T-Stube, Stadtpark, 2370 Rendsburg, Fax 04331 / 25 887.

Antifa-Volxsport

Die Befreiung steht noch aus!

Wir haben heute, am 8.5.93 (dem "Tag der Befreiung") das Auto von Rudolf Kendzia, (B-EN7041) auf seinem Grundstueck in Berlin 47, Beifussweg 26a, mittels einem zuendverzoegerten Brandsatz flammbiert.
Kendzia ist Faschist mit Geschichte:
- Er trat 1959 in die "Deutsche Reichs Partei" ein.
- 1967 wurde er Berliner NPD Landesvorsitzender.
- Im April 1988 uebernimmt er die Herausgabe des Nazi-Blatts "FreieUmschau"
- 1989 wird er Landesgeschaeftsfuehrer der REP und fuer diese in den Berliner Senat gewaehlt.
- Nach seiner Zeit bei den REPs war er bis vor kurzem einer der drei gleichberechtigten Bundesvorsitzenden der Deutschen Liga.
- desweiteren ist Kendzia Autor in "Europa Vorn", "Nation und Europa" und regelmaiger Referent beim Fraktionsbergreifenden faschistischen Theoriezirkel "Hoffman von Fallersleben Bildungswerk e.V.".
- Zu schlechter Letzt ist er auch auf dem Immobilienmarkt taetig geworden. Sein Unternehmen nennt sich Kendzia & Partner-ebenfalls Sitz im Beifussweg 26a.

Ausserdem haben wir noch 4 Burschenschaftshaeuser mit Parolen verziert. Diese Burschenschaften sind besonderer Ausdruck von rassistischen und sexisistischen Maennerbuenden. Burschenschaften fungieren als Rekrutierungs- und Mobilisierungsfeld der Neuen Rechten. So ist z.B. die Zusammenarbeit von der Wiking-Jugend und dem Corps Cheruscia bekannt.
Folgende Burschenschaften wurden besucht:

- Corps Cheruscia im WSC	1/45	Ringstr. 89
- Burschenschaft Teutonia-Jena	1/41	Brentanostr. 52
- Burschenschaft Armenia	1/45	Holbeinstr. 22
- Landsmannschaft Thuringia im CC	1/33	Schwendenerstr. 10

Die Befreiung vom Faschismus gab es so nicht.
Gesellschaftliche Strukturen, die dem Faschismus 1933-45 in Deutschland ermoeglichten, bestehen immer noch in Formen von patriachalen, kapitalistischen und rassistischen Unterdrueckungs- und Ausbeutungsverhaeltnissen. Solange diese Strukturen existieren, kann es keine wirkliche Befreiung vom Faschismus geben. Denn Faschismus ist kein Randphaenomen oder 'Betriebsunfall' dieser gesellschaftlichen Strukturen, sondern entsteht aus dem gesellschaftl. Normalzustand alltaeglicher Unterdrueckungs- und Auabeutungsverhaeltnisse. Das Aktionsfeld der Faschisten ist die Umsetzung der Ausgrenzungsmechanismen, die ihnen das System anbietet: Antisemitismus, Rassismus, Sexismus, Militarismus und Auslese nach Verwertbarkeit fr die kapitalistische Produktion und nach "deutsch-voelkischem" Weltbild.
Hinter dem Faschismus steht das Patriarchat!
Kampf dem Faschismus auf allen Ebenen!
Bleiberecht fr Alle!

Autonome Antifagruppen.

BRANDANSCHLÄGE BEWEISEN ZUNEHMENDE KRIMINALITÄT DER ANTI-OLYMPIA-KAMPAGNEN

Die Senatsverwaltung für Inneres teilt mit:

Zu den Brandanschlägen auf die Kaufhäuser Hertie und KaDeWe in der Nacht vom 13. zu 14. April hat die Senatsverwaltung für Inneres durch Staatssekretär Eike Lancelle folgende Erklärung abgegeben:

"Die auf die Olympia-Sponsoren Hertie und KaDeWe verübten Brandanschläge, die nach Einschätzung der Sicherheitsbehörden mit größter Wahrscheinlichkeit vom militanten Teil der Anti-Olympia-Bewegung verübt worden sind, werden als Akte der Schwerstkriminalität auf das schärfste verurteilt. Daß bei diesen Anschlagen keine Menschen an Leib und Leben zu Schaden gekommen sind, ist reiner Zufall.

Die Anschläge zeigen, daß Teile der Anti-Olympia-Bewegung den Weg der Eskalation von Gewalt und Kriminalität beschreiten. Was mit Delikten wie Sachbeschädigung und Aufforderung zu Gewalttaten begonnen hat, setzt sich nunmehr in unmittelbar menschengefährdender Schwerstkriminalität fort. Damit zeigt sich, daß die von Teilen der Politik und bestimmten Presseorganen betriebene Verharmlosung der Anti-Olympia-Bewegung vorsätzlich oder fahrlässig dem weiteren Abgleiten in die Kriminalität Vorschub leistet.

EINDEUTIG KRIMINELL

Die Senatsverwaltung für Inneres teilt mit:

In den vergangenen vier Wochen wurden zahlreiche Straftaten begangen, die eindeutig auf das Konto der sogenannten Anti-Olympia-Bewegung gehen.

Insbesondere handelt es sich um folgende Delikte:
- Einschlagen von Schaufensterscheiben von Banken und anderen Geschäften,
- Zerstechen von Autoreifen und darüber hinausgehende Beschädigungen von Kraftfahrzeugen,
- Verkleben von Türschlössern und Schließanlagen,
- Farbschmierereien an Gebäuden und an Kraftfahrzeugen.

Wer Transparente mit Aufschriften, wie "Olympia-Bonzen angreifen" oder "Olympia-Bonzen in die Spree", aushängt, ruft öffentlich zur Gewalt gegen Menschen auf.

Diese Straftaten zeigen nach Auffassung des Innenstaatssekretärs Eike Lancelle, daß weite Teile der Anti-Olympia-Bewegung nicht daran interessiert sind, ihre Überzeugung durch politische Argumentation zu vertreten, sondern vielmehr versuchen, durch Straftaten Druck und Verunsicherung zu erzeugen.

Lancelle: "Jetzt geht die Saat auf, die durch den schändlichen Anti-Olympia-Film der Abgeordneten Demba (Bündnis '90/Grüne) gesät wurde.

JAZ e.V.
A.-Bebel-Str. 92
2500 Rostock

Rostock, den 04.05.93

Pressemitteilung

Am 04. Mai 93 um 17.30 Uhr ist das Jugend-Alternativzentrum (JAZ) von 60 bis 70 Faschisten angegriffen worden. Nach mehreren vom JAZ abgewehrten Versuchen der Faschos, in unser Haus einzudringen, gelang es ihnen dennoch, das direkt neben dem JAZ gelegene Frauenzentrum zu entglasen und unter Gas zu setzen. Nach ca. 15 Minuten traf Schweriner Bereitschaftspolizei ein, welche einige der Angreifer unweit des JAZ festnahm.
Nach unseren Erkenntnissen handelte es sich um eine groß angelegte, gut organisierte Aktion, an der sich verschiedene, bislang teilweise verfeindete, Faschocliquen aus mehreren Rostocker Stadtteilen beteiligten.
Beamte der seit dem Angriff vor dem JAZ massierten Einsatzpolizei liessen mit hämischen Grinsen verlauten, daß das JAZ morgen nicht mehr stehen wird.
Nach einem Gespräch mit dem Einsatzleiter und dem Innensenator von Rostock kam heraus, daß sich diese Äußerungen auf weitere von den Faschisten geplante Angriffe bezogen.
Unter den rund 50 teilweise schon im Vorfeld Festgenommenen befanden sich auch wieder mal 8 AntifaschistInnen, welche nach ca. 3 Stunden aus der GeSa entlassen worden sind.

letzte Info zur letzten Info:

Datum: 05.05.93

Die Stimmung ist gut.
Momentan befinden sich einige Hundertschaften (2-3) Bullen mehr als sonst in Rostock. Ca. eine davon hat sich in unmittelbarer Nähe bzw. im weiteren Umkreis des JAZ' postiert.
Am Abend wurde vom zuständigen Einsatzleiter verkündet, die Polizei würde sich ums JAZ postieren, da weitere Angriffe erwartet werden.
Er bot eine Sicherheitspartnerschaft an, mit der Bitte ihm bei polizeilichen Maßnahmen gegen Angreifer nicht in den Rücken zu fallen.
Sollten dennoch Angreifer durchdringen, hätten wir selbstverständlich Hausrecht.
Aus gut informierten Polizeikreisen verlautete, Angriffe seien für die ganze nächste Woche zu erwarten.
Der Innensenator teilte uns mit, daß die Angreifer sich in 3 Gruppen (jeweils ca.50) aus verschiedenen Stadtteilen im Zentrum treffen wollten.Eine Gruppe konnte nur bis zum JAZ vordringen. Da die Polizei Vorinformationen hatte, konnte sie im Vorfeld 40 Faschos festnehmen.

Presseerklärung zur Absage des Samaranch-Besuches in Berlin

Zum 80. Geburtstag von Willi Daume hatte sich der Präsident des IOC - Juan Antonio Samaranch - In Berlin angekündigt.
Das IOC ist eine Ansammlung von debilen Bonzen, die sich überall wo sie hinkommen fürstlich hofieren und bestechen lassen.
Samaranch hat in seiner Präsidentschaft das IOC zum kapitalistischen Konzern umgestaltet und die Olympischen Spiele völlig kommerzialisiert.
Die Vorstellung, das der Senat diesen Menschen hier empfängt und um die Vergabe um die Spiele 2000 bettelt, ist nur schwer zu ertragen. Insbesondere, weil Senat, Olympia GmbH und Samaranch einen unmöglichen Umgang mit den Spielen von 36 in Berlin haben, und das IOC damals den Boykott der Nazi-Spiele verhindert hat. Zitat Samaranch:" Die Deutschen haben 36 und 72 bewiesen, daß sie Olympische Spiele organisieren können."
Samaranchs Besuch wäre Grund genug für uns zu demonstrieren.
Geplant war eine Demonstration am 24. 5. Um17 Uhr vom Wittenbergplatz.
Offensichtlich liegt ihm nichts an Demonstrationen, die ihn als Person und das IOC angreifen. Mit seiner Absage des Besuches macht er deutlich, daß er uns verstanden hat.
Die Auflösung des IOC ist für uns die einzig richtige Forderung.
Falls er doch noch kommt, werden wir dem Franco-Verehrer und Altfaschisten Samaranch einen gebührenden Empfang bereiten.

autonome anti-olympia gruppe

Juan Antonio Samaranch

Zehn Tage, vor der Eröffnung der 30. Jahrestagung des IOC in Barcelona 1931, rief die neue linksgerichtete spanische Regierung die Republik aus. Unter den wenigen IOC-Mitgliedern, die sich unter diesen Umstanden nach Barcelona trauten wurde vereinbart, den Veranstaltungsort der Olympischen Spiele 1936 durch Briefwahl zu bestimmen. Als die Stimmen ausgezählt wurden, mußte Barcelona feststellen, daß Adolf Hitlers Berlin gewonnen hatte.
Eine im Gefolge des Februarwahlsieges der Volksfront im Juli geplante Gegenveranstaltung zum NSDAP-Fest wurde provokativ "Volksolympiade Barcelona" genannt.

Ein "Internationales Kommitee gegen den Mißbrauch der Olympischen Spiele" rief alle friedliebenden SportlerInnen zum Berlin-Boykott und zur Teilnahme an Gegenveranstaltungen auf. Barcelona wurde zum zentralen Sammelpunkt der antifaschistischen Kräfte des internationalen Sports erkoren. Im Juli 1936 versammelten sich in Barcelona fünftausend AthletInnen und zwanzigtausend ZuschauerInnen.
Die Volksolympiade fand ein schnelles Ende. Am Tag nach der Eröffnung begann der Militärputsch, der dann zum Spanischen Bürgerkrieg führte. Um Franco unter die Arme zu greifen sandte Hitler die deutsche "Legion Kondor". Die Volksolympiade löste sich auf, und viele AthletInnen und ZuschauerInnen schlossen sich den republikanischen Kräften an, die sich in der Katalanischen Hauptstadt sammelten, bzw gündeten die ersten internationalen Brigaden. Barcelona wurde zum Bollwerk des Widerstandes gegen General Franco und seine faschistischen Gefolgsleute.
Tausende der Franco-GegnerInnen starben, und weitere tausende wurden in die Gefängnisse geworfen. Den Katalanen jedoch, die mit erhobenem Arm den faschistischen *Movimiento* des Diktators grüßten, ging es fortan immer besser.

Fast vierzig Jahre lang war Juan Antonio Samaranch Parteigänger der am längsten bestehenden Diktatur Europas. Noch vor achtzehn Jahren war Spanien ein totalitärer Polizeistaat unter der Herrschaft General Francisco Francos. Viele SpanierInnen emmigrierten in dieser Zeit

oder wandten sich von der Politik ab; viele hofften, daß eines Tages wieder die "Demokratie" in ihr Land zurückkehren würde.
Nicht so Samaranch. Er zog das Blauhemd der Faschisten an und marschierte mit dem faschistischen Gruß durch die Straßen. Er war Parlamentarier, Stadtrat von Barcelona, Präsident des katalanischen Regionalrates und eine Zeitlang sogar Sportminister. Dies alles unter dem Diktator Franco. Samaranch bezeichnete sich einmal selbst als "hundertprozentigen Franco-Anhänger". Er machte seine Bücklinge und Kratzfüße vor dem Führer eines politischen Systems, das (sogar) die westlichen Demokratien ablehnten und ausschlossen.
Von den einundzwanzig Jahren seiner Karriere in der totalitären Politik Spaniens widmete er dem Sport nur vier Jahre als hauptberuflicher Funktionär. Während der übrigen Zeit war der Sport nichts weiter als ein Mittel, seinen Aufstieg in der Hierarchie des Diktators zu bewerkstelligen. Als Francos repressives Regime endete, gab es auch für Samaranch keine Zukunft in der Politik mehr. Als einzige Karrieremöglichkeit blieb ihm die Sportpolitik.
Selbst als er schon Vizepräsident des IOC geworden war, hob er noch immer den rechten Arm zum faschistischen Gruß, wenn er in Spanien an politischen Versammlungen teilnahm, obwohl er sich doch in der ganzen Welt als Bewahrer des olympischen Ideals darstellte. Heute, in den 90er Jahren steht Samaranch im Mittelpunkt der olympischen Bühne. Samaranch ist eine der wenigen, in Bezug auf seine faschistische Vergangenheit nahezu unkritisierten Erinnerungen an das Europa der Diktatoren, die auf der Weltbühne noch weiterwirken.

Samaranch schloß sich schon als Jugendlicher den Faschisten an. Er blieb der Bewegung treu, bis sie vierzig Jahre später, am Vorabend der ersten demokratischen Wahlen, aufgelöst wurde.
Die fasschistische Bewegung Spaniens, der *Movimiento*, beherrschte alle Lebensbereiche. Dies wurde auch im Sport deutlich: Sport als muskulöse Reklame für die Glaubwürdigkeit des diktatorischen Regimes.

Einer der wichtigsten Tage im Leben des Juan Antonio S. war der 17.Juli 1936. An diesem Tag feierte er seinen sechzehnten Geburtstag, und an diesem Tag griff General Franco die Volksfrontregierung an.
Samaranch entstammt einer reichen, in Barcelona ansässigen Familie aus der Textilbranche. Er hätte sich am liebsten sofort den Faschisten angeschlossen, aber das war nicht möglich. Katalonien blieb gegenüber der gewählten Regierung loyal, und Francos "nationalistische" Truppen standen hunderte von Kilometern entfernt im Süden des Landes.
Samaranch schloß sich deshalb der faschistischen
Auch sein Aufstieg im IOC ist rapid. Ungeachtet seiner politischen Laufbahn in Spanien wird er bereits 1974 zum IOC-Vizepräsident ernannt.

Unter Francos Regime war der Präsident des Nationalrates von Katalonien ein wichtiger Posten. Mit dem Sport hatte er allerdings nichts zu tun. Der sterbenskranke Franco ernennt 1973 den Admiral Carrero Blanco zum Premierminister. Blanco zählte zu den reaktionärsten und treuesten Gefolgsleuten Francos aus dem Bürgerkrieg. Einen Monat später bestimmte Blanco den in den Augen des Regimes geeignetsten Mann für die Aufgabe, das rebellische Katalonien unter Kontrolle zu halten. Dieser ist Juan Antonio Samaranch.
Samaranch machte aus seiner Gesinnung keinen Hehl. Bei seiner Amtseinführung erklärte er: ***"Ich erkläre unzweideutig meine Loyalität und Treue gegenüber dem Regime, meine Treue zu den Prinzipien des Movimiento, meinen Gehorsam gegenüber dem Prinzen von Spanien und meine absolute Loyalität gegenüber Franco."***
Fünf Tage vor Weihnachten 1973 ist es der ETA geglückt Carrero Blanco **bis fast in die Erdumlaufbahn zu befördern.**
Samaranch verlieh ihm postum die goldene Medaille des Regionalrats mit den Worten: ***"Er war einer der größten Spanier des Jahrhunderts... Er war die Verkörperung des guten Spaniers."***
Die geglückte Liquidation Blancos durch die ETA löste eine neue Terrorwelle des Spanischen Staates aus. Samaranchs Aufgabe war es, die Vergeltungsmaßnahmen in Katalonien zu leiten. "In den Jahren 1974/75 nahm die Repression in Form von Verhaftungen, Folterungen und Hinrichtungen ein Ausmaß an, wie es seit den späten vierziger Jahren nicht mehr vorgekommen war. Dazu gehörte auch der bereitwillige Einsatz von Feuerwaffen durch die Polizei und die Nationalgarde", schreibt ein Historiker.

Samaranch blieb dem Diktator bis zum bitteren Ende treu. 1975 verschlechterte sich Francos Gesundheitszustand kontinuierlich, aber Samaranch verließ das sinkende Staatsschiff nicht. Erst nach Francos Tod hörte Samaranch auf, das Blauhemd zu speziellen Anlässen zu tragen. Am 20. November nahm Samaranch im Blauhemd an der Jahresfeier in Barcelona zu Ehren des Gründers der Fallange teil. Dreißig Jahre nach der Niederlage der Nazis marschierte ein IOC-Vizepräsident mit seinen Kameraden durch die Straßen und grüßte mit jenem Gruß, der für das genaue Gegenteil des olympischen Ideals steht.
Noch in der selben Nacht erhielt Samaranch den gefürchteten Telefonanruf: Franco war tot. Samaranch eilte zum Hauptquartier des katalanischen Regionalrats und bestellte Soldaten zum Schutz des Gebäudes. Danach sandte er Beileidstelegramme an die Familie Francos und eine Loyalitätserklärung an Juan Carlos und sicherte der Regierung seine Unterstützung zu.
Samaranch hatte Glück. Es sollte keine Kriegsverbrecherprozesse geben. Samaranchs politische Karriere war freilich zu Ende. Seine Laufbahn als Verbündeter der Diktatur machte jede Perspektive im eigenen Land zunichte.
Samaranchs politisches Ende in Spanien kam am 23. April 1977: Hunderttausend Menschen demonstrierten vor dem Gebäude des katalanischen Regionalrats in Barcelona. Der Regionalpräsident versteckte sich hinter verschlossenen Türen. Die Menschen davor beschimpften ihn und brüllten: **"Samaranch, hau ab!"**

Das Dilemma für Spanien, wie auch für Samaranch bestand darin, daß man ihn zwar loswerden mußte, aber keine der beiden Seiten dabei das Gesicht verlieren wollte. Samaranch war noch immer Präsident des Regionalrats und die Spanische Übergangsregierung wollte bei der Einführung der "Demokratie" Konfrontationen vermeiden.
Samaranch ging als diplomatische Vertretung Spaniens nach Moskau. Der Überzeugte Franco-Anhänger, der vierzig Jahre lang die Verfolgung libertärer und kommunisticher Menschen in Spanien durch Gefangennahme, Folterungen und Hinrichtungen unterstützt hatte, vollzog eine, für ihn typische Kehrtwendung und schmeichelte sich überall ein. Die Ironie war perfekt. Sein ganzes Leben hatte Samaranch gegen die "Roten" gekämpft - und jetzt umwarb er sie, um das höchste Amt zu gewinnen, das der Sport zu vergeben hat. Die Stimmen, denen Samaranch bei der Wahl zum IOC-Präsidenten den Sieg verdankte, wurden u.a. in Moskau gewonnen.
Die Art und Weise, in der Samaranch den "Club", das IOC führt - die Abschottung nach außen, der Mangel an Demokratie, die Elite, die sich immer wieder aus sich selbst erneuert, die Zeremonien, das steife Protokoll und die Medaillen -, scheint nicht allzu verschieden vom *Movimiento*, dem Samaranchs Treue einst galt.

Jugendbewegung an. Seine Aktivitäten fielen der Polizei auf, die ihn auch schon mal zum Verhör bestellte.
Kurz vor seinem achtzehnten Geburtstag wurde Samaranch zur republikanischen Armee eingezogen. Doch weil er ideologisch auf Seiten Francos stand währte sein Aufenthalt in der Armee, die die Republik verteidigte nicht lange und er desertierte *(nichts gegens desertieren, aber...)*.
Nach dem Bürgerkrieg trat Samaranch in das Textilunternehmen seiner Familie ein. Er wurde Manager, und da er über die Ausbeutung gewerkschaftlich nicht organisierter Arbeiter beträchtliche Profite erwirtschaften konnte, hatte er genügend Zeit, um sich seinem eigentlichen Ziel zuzuwenden: durch manipulation des Sports seinen politischen Ehrgeiz zu stillen und ansonsten zu leben, wie es ein richtiger Yuppi nunmal tut.
Er baute das spanische "Rollhockey-Nationalteam" auf und finanzierte es aus eigener Tasche. (klingt lächerlich, doch dahinter steht Kalkül!)
Einen anderen Teil seiner Gewinne aus dem Textilunternehmen nutzte Samaranch dazu, die Weltmeisterschaft im Rollhockey zu finanzieren, die im Juni 1951 in Barcelona stattfand. Damit sollte sich nun eine sorgfältig berechnete Investition auszahlen. Spanien war von der Internationalen Völkergemeinschaft seit 1945 geächtet worden. Die meisten westlichen Regierungen weigerten sich, ein Regime anzuerkennen, das den Nazis Truppen zur verfügung gestellt hatte. Die Vereinten Nationen hatten Francos Spanien den Beitritt verwehrt. Samaranchs Initiative, ein internationales Sportereignis in Barcelona zu veranstalten, war der Beginn eines langen Prozesses der internationalen Anerkennung seines Landes.

Samaranch hatte Spanien die Weltmeisterschaft im Rollhockey ermöglicht. Damit war auch seine Bedeutung in der einzigen spanischen Partei, dem *Movimiento*, gewachsen, indem die faschistische Falange-Partei aufgegangen war. Ein Jahrzehnt zuvor war Samaranch der Jugendbewegung der Partei beigetreten, der Frente de Juventudes. Auf der Grundlage seines Erfolgs im Sport versuchte er nun, sein eigentliches Ziel zu verwirklichen: eine politische Karriere.
Am 22.Oktober 1951 schrieb Samaranch an den regionalen Parteivorsitzenden und bat darum, als Kandidat für die "Wahl" des Stadtrates von Barcelona aufgestellt zu werden. Jedoch störte die Geheimpolizei der Falange Samaranchs Ruf als Playboy: "Wir glauben nicht, daß er die Reife besitzt, ein öffentliches Amt zu bekleiden."
Als Vizepräsident des Kommitees, daß die zweiten Mittelmeer-Spiele organisierte und welche 1955 in Barcelona abgehalten wurden, gelang ihm der politische Durchbruch. Denn dies war ein weiteres Großereignis, durch das die internationale Öffentlichkeit von der fortgesetzten Unterdrückung in Spanien abgelenkt werden konnte. In einem Bericht der IOC-Publikation Revue ließ Samaranch ein dreistes Loblied auf diese Spiele ab, und vergaß zu berichten, daß einem Anrainerstaat des Mittelmeeres die Ehre einer Teilnahme verweigert worden war: Israel.
1954 versucht Samaranch erneut, sich für den Stadtrat von Barcelona "wählen" zu lassen. Er wurde nominiert. Jetzt war er an der Regierung der zweitgrößten Spanischen Stadt beteiligt, und damit endlich in der großen faschistischen Politik tätig. Als Stadtrat war er für einen wohlhabenden Vorortbezirk zuständig und auch die politische Verantwortung für den Sport in der Stadt wurde ihm übertragen. Um seine weitere Karriere nicht zu gefährden wurde er jetzt auch Mitglied der Partei, des *Movimiento*.
Nun richtete Samaranch den Blick auf die Landespolitik. Über Beziehungen erreichte er es, zum Regionalrat Kataloniens "gewählt" zu werden. Zugleich war er nun für den Sport in ganz Katalonien zuständig.
Weitere Persönlichkeiten setzten sich für ihn ein, so wurde er 1956 vom Regionalrat für einen Sitz im Nationalen Sportkommitee in Madrid nominiert.
In Francos Spanien wurde zwischen Sport und Politik nicht unterschieden. Der Sport war nichts anderes als ein weiterer Arm der Regierung in einem allgegenwärtigen totalitären Staat. Und er war ein Instrument, daß Samaranch mit großer Wirkung einzusetzen wußte.
Im Dezember 1966 wurde Samaranch von Franco zum Sportminister ernannt und hielt seinen Einzug ins IOC.
Samaranch konnte mit seinen politischen Erfolgen zufrieden sein. 1967 war er Parlamentsabgeordneter, Minister und ein enger Freund der Familie Franco. Und er war Multimillionär und ein Liebling der Medien. Er reiste durch Spanien und warb für sich selbst und den Sport. Den Jahreswechsel verbrachte er in Gesellschaft des Diktators auf einem Landhaus. Aber Samaranch hatte zu steil abgehoben.
1970 stürzte Samaranch. Er wurde als Sportminister entlassen. Sein Sturz war seinem unbändigen Ehrgeiz zuzuschreiben. Jedoch behielt er seine übrigen Posten in der Partei und in der spanischen Politik.

Olympia-Gegner: Bekennerschreiben

Berlin. Eine „Volxsportgruppe NOlympisches Feuer“ hat sich zu dem Anschlag auf Telekom-Fahrzeuge im Berliner Bezirk Wedding bekannt. In einem gestern im dpa-Büro eingegangenen Schreiben wenden sich die Autoren gegen die Beteiligung der Telekom an der Berlin 2000 Marketing GmbH. Weiter heißt es: „Volxsport statt Olympia“. Bei dem Anschlag in der Nacht zum Mittwoch waren zwei Fahrzeuge ausgebrannt und zwei weitere beschädigt worden. Die unbekannten Täter hatten nach Angaben der Polizei die Fahrzeuge mit Benzin übergossen und wuusch!!





Der folgende Text gibt ganz bestimmt NICHT unsere Meinung wieder. Vergewaltiger haben in unseren Zusammenhängen keinen Platz. In keiner der beiden Stellungnahmen wird dementiert, daß M. eine Frau vergewaltigt hat.

Die plumpen Gegenangriffe in der ersten finden wir eher peinlich. Da sie sich aufeinander beziehen und wir Johannas Brief nicht unter den Tisch fallen lassen wollten, dokumentieren wir beide: (d. Sin)

8. Mai 1993

Betr.: "MATTHIAS ABERLE - Raus aus allen linksradikalen Zusammenhängen!"

interim-Nr. 239

An die Autoren!

Haben wir bisher weitestgehend darauf verzichtet, auf Eure Anwürfe und Gerüchte zu reagieren, habt ihr nun zu einem Mittel der Auseinandersetzung gegriffen, das über die Maßen hinausgeht. Es ist überflüssig, auf alle Einzelpunkte Eures denunziatorischen Hetzpamphlets einzugehen, die Aufzeigung Eurer Argumentationskette allein genügt völlig:

Ihr präsentiert zunächst einen Katalog von Vorwürfen gegen Matthias, ohne zu benennen, wie ihr in Euren Recherchen zu diesen Informationen gekommen seid. Da es schwierig und in Eurem Fall auch unwahrscheinlich ist, daß ihr an BKA-Vernehmungsprotokolle, Unterlagen der Bundesanwaltschaft, Gerichtsakten und persönliche Daten auf legalem Wege gelangt seid, ist es naheliegender, daß unter Euch Menschen sind, die von Berufs wegen mit derartigen Dingen zu tun haben.

Weiterhin versäumt ihr, alle Eure Vorwürfe zu beweisen. Statt die Fakten zu nennen und diese zu belegen, schildert ihr seitenweise Eure höchst unmaßgebliche Sicht der Dinge und macht Euch zu den fleißigsten aller Gerüchteerzähler. Ihr seid das Sprachrohr von "PDS bis 'Szene'". Daß Eure sogenannten "Fakts" in Wirklichkeit Halbwahrheiten, dreiste Lügen und dümmliche Unterstellungen sind, wird Matthias selbst aufzeigen.

Desweiteren habt ihr weder vor der Veröffentlichung die Auseinandersetzung mit Matthias gesucht, noch habt ihr jetzt ein Interesse daran, denn Euer Urteil ist gefällt, bevor Matthias überhaupt zu Wort kommt: Er soll raus aus allen linksradikalen Zusammenhängen. Damit fallt ihr in Euren Rechtsvorstellungen noch hinter die der Nazi-Richter zurück. Bei denen hatte der Angeklagte wenigstens formal noch das Recht, sich zur Anklage zu äußern, bevor er verurteilt wurde.

Und zuletzt seid ihr noch zu feige, Euren Namen zu nennen und selbst für die Umsetzung Eures Urteils einzutreten. Die Vollstreckung des Urteils möchtet ihr lieber "Scharfrichtern" aus der "Szene" aufbürden.

Da drängen sich einem die Fragen auf: Wer hat einen "diffusen und unverantwortlichen Umgang", wer muß "raus aus allen linksradikalen Zusammenhängen"? Die Autoren fordern Stellungnahmen derjenigen, die "über längere Zeit" mit Matthias "etwas zusammengemacht haben oder noch machen" - als eine der mit Matthias in den vergangenen Jahren eng vertrauten Personen kann ich dem gerne nachkommen:

Ich nämlich halte nicht meinen "Umgang" mit Matthias für "diffus und unverantwortlich", sondern das über ihn verfaßte Schreiben, und meiner Meinung nach muß nicht er "raus aus der Szene", sondern raus müssen die Spitzel von PDS bis Verfassungsschutz, raus müssen die moralistischen "Szene"-Marktschreier und raus müssen die politischen Analphabeten - kurz die Autoren des Schreibens!

Matthias

"M.A. - raus..."
Antwort auf den anonymen Brief an mich

M.A. ist Individualist und somit anders als die anderen.
Er hat unleugbar menschliche/männliche Schwächen wie andere Männer der linksradikalen Szene auch.
In den mehr als zwei Jahren, die ich mit ihm zusammenlebe, haben wir eine gewaltlose, das Selbstbestimmungsrecht des jeweils anderen respektierende Beziehung gehabt.
Von den Frauen, mit denen wir bisher politisch zusammengearbeitet haben, hat keine ein Bedrohungsgefühl M.A. gegenüber erklärt.
Für mich sind der Selbstschutz und die Veredlung der Moral der "linksradikalen Zusammenhänge" nur ein Vorwand für Denunziation und Hetze. Ihr für die obengenannte Veröffentlichung Verantwortlichen hattet gar nicht vor, Gerüchte zu klären - Ihr tut genau das Gegenteil. Ihr mußtet selbst die Fragwürdigkeit Eurer Rechercheergebnisse eingestehen, konntet den Zeitpunkt des jetzigen Erscheinens nicht erklären, habt Euch beim Schwergewicht der eigentlichen Gründe für M.A.s Ausgrenzung widersprochen, bezeichnet Euch einerseits als "anschiebende Gruppe", gebt andererseits in politbürokratischer Anmaßung die Verurteilung bekannt.
Mit diesem Auftakt könnt Ihr Eure Diskussion über linke Moral vergessen - war sicher auch nicht ernst gemeint.
Die Stigmatisierung und Ausgrenzung aller Vergewaltiger befreit Euch nur scheinbar von der Auseinandersetzung mit ihnen, negiert aber die real vorhandene Gewaltätigkeit dieser Gesellschaft und ihrer menschlichen "Produkte".
Die wirklich konsequente Folge Eurer Position ist Sektierer-Innentum und Realitätsferne.
Im übrigen pfeife ich auf Eure "Solidarität", die Ihr in Eurer Alibi-Vorbenachrichtigung am Erscheinungstag (welch' ungeheurer "Zeitvorsprung" zur Beratung mit FreundInnen!) mir anonym bekundet. Solches Mitgefühl ist ja nun wirklich Hohn in meinen Ohren.
Ihr versteckt hinter dem Schleier der Konspiration Eure Unfähigkeit, rational und konstruktiv mit EUREM "Problem"M.A umzugehen. Stattdessen versucht Ihr, Menschen aus seinem Umgangskreis einzuschüchtern und M.A. zu isolieren.
Gut und Böse habt Ihr eindeutig zugeordnet. Ein In-Frage-Stellen oder Ablehnen Eures Richterspruchs duldet Ihr nicht.
Abhängig von der Entwicklung der Dinge wollt Ihr weitere Sanktionen folgen lassen. - **Ihr seid doch diejenigen, von denen Verantwortungslosigkeit und unkalkulierbare Bedrohung für alle Unkonformen ausgeht!**

Johanna

Hallo Johanna,
zunächst möchten wir Dir sagen, daß es uns leid tut, mit Dir auf diese Weise in Kontakt treten zu müssen. Es geht nicht anders für uns. Außer dieser Nachricht befindet sich noch ein längeres Schreiben im zweiten Umschlag, das wir Dir unbedingt überbringen wollten.
Bei dem Inhalt des Schreibens, das heute veröffentlicht wird, geht es um Deinen Freund/Mann Matthias Aberle.
Wir wissen nicht, wie Du auf alles, was Du darin lesen kannst, reagieren wirst, auf jeden Fall wollten wir Dir die Möglichkeit und ein wenig Zeitvorsprung geben, damit Du Dich mit Freund/innen treffen kannst und nicht über die interim oder direkt über Matthias Aberle alles erfährst.
Wir hoffen, daß Du eine Möglichkeit der Auseinandersetzung und Verarbeitung mit Dir nahen Menschen finden kannst.
Du kannst Dir sicher sein, daß wir - auch wenn es in Deinen Ohren wie Hohn klingen mag - in Gedanken solidarisch mit Dir sind.

Aufruf zu einem Anarchistisch Antisexistischen Netzwerk

Als AnarchistInnen wollen wir alle Formen von Herrschaft überwinden. Wir möchten dabei in unserer heutigen Praxis soviel wie möglich von unseren Idealen direkt verwirklichen. Deshalb wollen wir unser Zusammenleben und Zusammenarbeiten möglichst herrschaftsfrei gestalten. Dies gelingt uns jedoch nur in den allerseltesten Fällen, da wir alle in einer herrschaftsdominierten Umgebung aufgewachsen sind und der Prägung durch die bestehende Gesellschaft nicht entgehen konnten.

Eine dieser Prägungen ist die Betrachtung der Welt als eine männliche. Auch die Geschichte der anarchistischen Bewegung ist in erster Linie eine Geschichte von Männern, über Männer und für Männer. Die Leistungen von Frauen innerhalb der anarchistischen Bewegung sind bis auf die von Emma Goldman weitgehend unbekannt. Die Themenauswahl der anarchistischen Bewegung vergißt immer wieder die Reflexion auf die spezifische Unterdrückungssituation von Frauen und auf die Beteiligung auch anarchistischer Männer an der Errichtung und Aufrechterhaltung derselben. Frauen sind in der anarchistischen Bewegung unterreprässentiert.

Angeblich "frauenspezifische" Auseinandersetzungen (wie z.B. die Portnographiedebatte, Vergewaltigung, §218, Frauenforschung, etc.) werden kaum aufgegriffen, sondern "wohlwollend" der Frauenbewegung überlassen. Der Frauenbewegung wird ansonsten manchmal vorgehalten, daß sie sich logischerweise zum Anarchafeminismus hin entwikkeln müßte. Dies ist letztendlich nichts weiter als ein Vereinnahmungsversuch des Anarchismus gegenüber des Feminismus (und noch dazu einer bei dem die Männer beruhigt die Hände in den Schoß legen können).

Der eigene Sexismus ist neben dem eigenen Rassismus einer der größeren blinden Flecken innerhalb des Anarchismus. Dies ist u.a. auch darauf zurückzuführen, daß beide Auseinandersetzungen eine Bedrohung der liebgewonnenen Gewohnheiten und auch der individuellen Identitäten bedeuten. Beide Auseinandersetzungen drängen auch zur Erneuerung anarchistischer Theorie und Praxis bei der manch liebgewonnene Gewißheit über Bord gehen müßte (Z.B. die Vorstellung, daß die Befreiung der Frauen nur Sache der Frauen sein könnte, das zur Befreiung der Frauen nicht auch die Veränderung der Männer gehört). Ebenso gefährdet wäre das hierarchische Verständnis politischer Bewegungen, daß den Anarchismus als die angeblich umfassendste Theorie und Praxis setzt, obwohl in Wirklichkeit der Anarchismus nur den Titel verdient hat, die höchsten Ansprüche zu verbreiten. So sind all die Minderheiten, für die der Anarchismus eintreten will, in der Bewegung gar nicht vorhanden (ImmigrantInnen, Behinderte, Schwule, Lesben) bzw. unsichtbar. In dieser Beziehung ist der heutige Anarchismus ein Abbild der herrschenden Gesellschaft. Er scheint im Großen und Ganzen in Deutschland eine Bewegung männlicher, heterosexueller, nichtbehinderter Weißer zu sein.

Wir wollen einen Zusammenhang von Frauen und Männern herstellen, in dem die Auseinandersetzung mit dem Patriarchat, mit der Sozialisation von Menschen zu Männer und Frauen und mit der Herrschaft und Gewalt von Männern über und an Frauen der Schwerpunkt ist. Unserer Erfahrung nach gibt es immer wieder Versuche von Einzelnen oder kleinen Gruppen oben benannte Zusammenhänge zu thematisieren. Wenn sie nicht in den Anfängen stecken bleiben, so werden die gewonnenen Erfahrungen meist nicht weitergegeben. Um diesen Kreislauf zu durchbrechen wollen wir uns mit allen Interressierten zwecks Diskussion, Erfahrungsaustausch und später auch zu gemeinsamen öffentlich-politischen Aktivitäten verbinden.

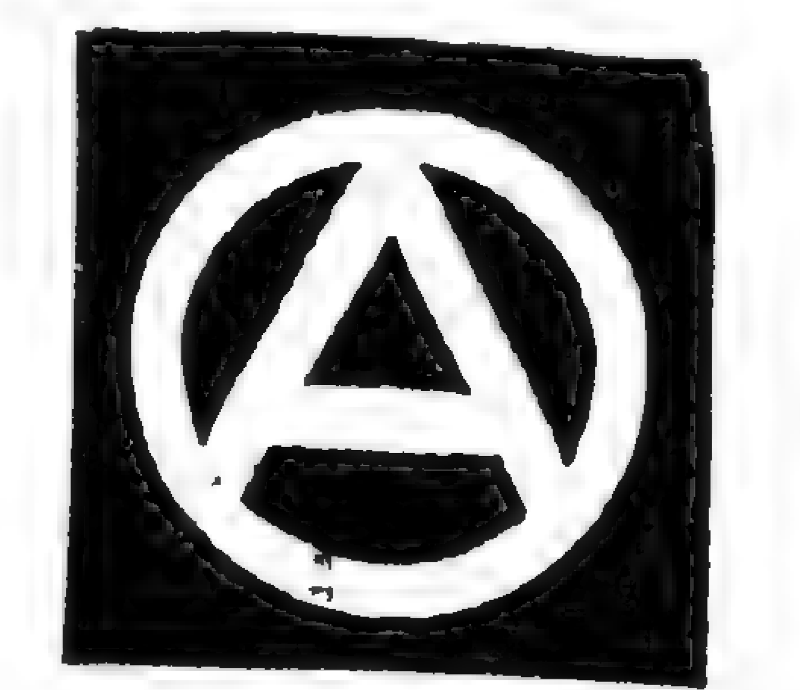
Wir stellen uns vor, regelmäßig bundesweite und regionale Treffen durchzuführen, einen Rundbrief herauszugeben, uns um antipatriarchale Publikationen zu bemühen, themenspezifische Seminare anzubieten, ReferentInnenlisten zu erstellen; kurz: persönliche Kontakte und organisatorische Strukturen zu schaffen, die uns an dem Punkt Thematisierung, Reduzierung und letztendlich Überwindung geschlechtspezifischer Herrschaftsformen weiterbringen. Wir wollen dabei auch explizit mit herrschaftskritischen Menschen zusammenarbeiten, die sich nicht als AnarchistInnen verstehen, wie z.B. Feministinnen, Autonome, Leute aus sozialen Bewegungen, u.a.. Wir sind uns der Problematik bewußt, die eine gemischtgeschlechtliche Arbeit am Thema Patriarchat/ Sexismus u.U. mit sich bringt und halten innerhalb des Netzwerkes für manche Themen eine nach Geschlechtern getrennte Arbeit für nötig. Insgesamt gehen wir jedoch davon aus, daß eine gemischtgeschlechtliche Auseinandersetzung und Zusammenarbeit sinnvoll und notwendig ist, um in der Entwicklung antipatriarchalen/antisexistischen Widerstandes einen Schritt weiter zu kommen. Deshalb wenden wir uns zugleich an Männer und Frauen.

Kontakte : Dezentral, Sandweg 131a 6000 FFM z. Hd. Rieke
oder: Diwa, Große Bleiche 42, 6500 Mainz , z.Hd Bodo

Da wir die libertären Tage nur als einen Auftakt betrachten, laden wir alle Interessierten zu einem weiteren Treffen ein.

Ort: Dezentral , 6000 FFm
Zeit: Sa. 17 Juli, 14 Uhr bis So. 18 Juli 15 Uhr

Leute, die an diesem Termin nicht kommen können oder wollen, können sich bei uns melden. Wir halten euch dann über die weitere Entwicklung auf dem laufenden.





Libertäre Tage 1993

Wir, 20 FrauenLesben aus Göttingen, fahren ab.
Nicht nur die Ereignisse vom Samstag, sondern auch die Erfahrungen, die wir seit Donnerstag gemacht haben, führten zu dieser Entscheidung. Das Problem ist nicht der Kongreß an sich; die nicht geführten Diskussionen der letzten Jahre (der Umgang miteinander, Eigenverantwortlichkeit, Sexismus, Hierarchien, Drogen, etc.) sind uns auf die Füße gefallen. Die "Wege zu einer anarchistischen Gesellschaft" können wir so nicht gemeinsam finden.

Diesen Text haben wir als Wandzeitung Samstagnacht aufgehängt. Doch eigentlich fing alles schon beim Durcharbeiten des Readers der LT 93 an. Positiv überrascht hat uns der erste Abschnitt über das Diskussionsverhalten, der eine konstruktive, gleichberechtigte, HERRschaftsfreie Diskussion erwarten ließ. Viele Texte im Reader aber erfüllten bereits diese Ansprüche nicht. Da die meisten AutorInnen einen sensiblen Umgang mit Sprache nicht für nötig gehalten hatten (z.B. fehlende weibliche Formen), gehen wir davon aus, daß sie sich bis jetzt nicht tiefgreifend damit auseinandergesetzt haben. Der gleiche Vorwurf geht an die OrganisatorInnen der LT 93, die die Texte kritiklos übernommen und diese ReferentInnen eingeladen haben.
Daß die VerantstalterInnen unüberlegt mit Sexismus und dem Problem von gemischten Veranstaltungen umgegangen sind, hat sich auch in der konkreten Umsetzung gezeigt. Es war nicht möglich, sich vor dem Kongreß für spezielle Frauenschlafplätze anzumelden. Der Frauenraum für tagsüber und die getrennten Frauen- bzw. Männerplena waren nicht selbstverständlich, sondern wurden erst nach krassen Formen sexistischen Verhaltens eingerichtet. Frauenschlafplätze gab es die ganzen Tage über nicht ausreichend. Während des Kongresses suchten immer mehr Frauen den einen Raum auf, in dem nur Frauen pennten, da in den gemischten Schlafräumen die übelsten sexistischen Provokationen und Anmachen liefen.
Auch im Angebot der Arbeitsgruppen wird die fehlende Sensibilisierung im Umgang mit Sexismus deutlich. Es gab keine einzige Arbeitsgruppe nur für Frauen. Über die Köpfe der Teilnehmerinnen hinweg setzten die OrganisatorInnen fest, daß auch die AG's, die sich mit Frauengeschichte und Feminismus beschäftigten, gemischt waren, weil "aus den Ankündigungen nichts Gegenteiliges zu vernehmen war". Aus der AG "Frauengeschichte als Widerstand gegen Herrschaft und Unterdrückung" konnten die Männer erst nach langer Auseinandersetzung 'hinausgebeten werden'. Einige Frauen gingen aus 'Solidarität' mit den armen Typen gleich mit.
In den einzelnen AG's wurde so gut wie kein Wert auf weibliches Sprachverhalten gelegt, feministische Sprachkritik oder generelle Auseinandersetzung mit dem Redeverhalten gab es nicht, statt dessen wurden lange Monologe über die 'wahren' Themen gehalten. Die Frauen, die auf Redeverhalten und Sprache aufmerksam machten, wurden damit abgespeist, daß diese Auseinandersetzungen bereits gelaufen seien, alles schon längst verinnerlicht sei, und deshalb jetzt nicht darüber diskutiert werden müsse. Insgesamt war es ein rücksichtsloses Diskussionsverhalten, das oft am Thema vorbeiging und durch eine starke Profilierungssucht der Typen, aber auch von Frauen, geprägt war.
Den Vorfällen am Samstag wurde allgemein mit Unverständnis begegnet. Einerseits wurde der Übergriff verharmlost, von anderen als DER Vorfall überhaupt dargestellt, wodurch sie die allgemeine sexistische Stimmung ignorieren konnten.
Samstagnachmittag war es zu einer sexistischen Anmache mit anschließendem Übergriff auf dem Unigelände gekommen. Die Frau wurde dabei von dem Typen angegriffen und getreten. Der Typ wurde daraufhin vom Campus geschmissen, er versuchte dann immer wieder, zurück auf den Campus zu gelangen, dabei tauchte er dreisterweise zweimal beim einberufenen Frauenplenum auf. Er wurde energisch von den Frauen vertrieben, dabei verletzte er erneut mehrere Frauen durch Fußtritte.
Beim Verjagen des einen Typen tauchten dann andere auf, die meinten uns Frauen mit sexistischen Sprüchen beglücken zu müssen. Sie wurden aufgefordert, sich zu verpissen. Dem kamen sie jedoch nicht nach, sondern fuhren im Gegenteil mit ihrem Jeep in die Gruppe der Frauen hinein, worauf sich die Frauen zur Wehr setzten. Daduch konnten die Typen endlich zum Abzug bewegt werden. Später tauchten sie mit ihrer Kampfhundegang wieder auf und drohten, uns alle fertig zu machen. Diese ganze Situation wurde von den OrganisatorInnen über Megadurchsagen völlig falsch dargestellt. Es wurde gesagt, daß es sich weder um Faschos noch um Bullen handeln würde, sondern nur um "normale Spießbürger", die mit den Frauen zusammengeraten seien. Später lag dann die Meinung in der Luft, die Frauen hätten diese Typen provoziert und völlig unverhältnismäßig gehandelt. Daran sieht frau mal wieder: eine kleine Beule im Auto ist viel wichtiger und macht viel mehr Wirbel als angegriffene Frauen. Einige Leute vom 'Sicherheitsdienst' redeten dann mit den Typen der Hundegang, um sie zu beruhigen, die Frauen wären halt gerade außer Kontolle gewesen.
Trotz dieser ganzen internen und externen Probleme wurde der Kongreß durchgezogen, als wäre nichts passiert. Abends gab es allerdings eine Störung der Party durch eine Gruppe FrauenLesben, die eine Erkärung zu den Vorfällen verlas und einige Zeit die Bühne besetzte. Obwohl den FrauenLesben vorgeworfen wurde, die Stimmung zerstört zu haben, konnten danach zum Glück alle anderen ungehindert weiter feiern. (Was eigentlich?)
Am nächsten Tag konnte "dann doch in fast konstruktiver Atmosphäre" (TAZ-Zitat) weitergearbeitet werden.
Auch unter den verschiedenen Frauen gab es leider sehr wenig Solidarität. Auf den Frauenplena gab es viel gegenseitige Anpisse; wenn frau anderen Frauen von den

Vorfällen erzählte, gab es oft Zweifel an deren Aussage. Einige Frauen warfen anderen Männerfeindlichkeit vor und zeigten die Bereitschaft, selbst mit so einem Wichser noch reden zu wollen, obwohl dieser gerade nochmal mehrere Frauen durch Fußtritte verletzt hatte. Einige Frauen stellten Schutzforderungen an die Typen des Kongresses, d.h. die Frauen sollten sich lieber nicht selbst vor sexistischen Anmachen und Übergriffen schützen, sondern durch die Typen davor beschützt werden.

Schutz und der dafür auf den LT abgestellte 'Sicherheitsdienst' (von TeilnehmerInnen getragen) stellten generell ein Problem dar, und dieses Problem wurde schlecht bzw. gar nicht gelöst.

Auf dem großen Eröffnungsplenum am Freitag wurde zum ersten Mal erwähnt, daß es so etwas wie einen "'Sicherheitsdienst'" gäbe. Über genaue Funktion und Aufgabe dieser Gruppe wurden die KongreßteilnehmerInnen aber nicht aufgeklärt. Frau/mann wußte erstmal nicht viel über diese Gruppe, einige erinnerte der Name 'Sicherheitsdienst' oder auch der später oft benutzte Begriff "die Leute von der Sicherheit" doch sehr an die hier HERRschenden Prinzipien von Recht und Ordnung. Später fiel dann auf dem Campus eine Gruppe von hauptsächlich Männern auf, die an allen Ecken ihre Walkie-Talkies herauszogen und gewichtig irgendwelche Nachrichten übermittelten. Die Gebärden dieser Gruppe waren teilweise sehr martialisch, der Männlichkeitswahn ließ grüßen. Sprüche wie "... müssen nur kurz die Obdachlosen und Penner rauswerfen" konnte mensch öfter hören. Schier unerträglich wurde das Verhalten dieser Gruppe dann in der Situation, wo Frauen Auseinandersetzungen schon geklärt hatten, dann aber der 'Sicherheitsdienst'auftauchte nach dem Motto: Geht, wir machen das hier klar.

Daß es auf einer Massenveranstaltung wie den LT eine Gruppe von Leuten gibt, die aufpassen und sich umschauen, um bei Auseinandersetzungen oder auch Angriffen von außen schneller eingreifen zu können, ist, wenn auch traurig, einzusehen. Es ist nicht korrekt, wenn diese Gruppe das 'Gewaltmonopol' für sich beansprucht und damit den TeilnehmerInnen des Kongresses die Verantwortlichkeit für bestimmte Situationen abspricht. Dies entspricht nicht dem libertären Prinzip, sondern stellt klar eine hierarchische Struktur dar. Bitter zu sehen, daß sich scheinbar niemand mit der Problematik dieser Aufgabe auseinandergesetzt hatte, sondern vorgefertigte Mechanismen der hier gängigen Sicherheitsdienste übernommen wurden.

Daß mann noch viel über die Unterdrückungsmechanismen im eigenen Kopf, übersteigerte Männlichkeit, Sexismus, Patriarchat nachdenken und auch an sich arbeiten muß, wurde frau an diesen Tagen klar vor Augen geführt. Daß eine 'Pseudopatriarchatsdiskussion' Frauen aber in einer Situation, wo diese über Rassismus reden wollen, aufgedrückt wird, zeigte wiederum, wie sehr Männern ihre eigenen 'Bedürfnisse' über alles gehen.

Auf der Podiumsdiskussion am Freitag hielt eine Vertreterin einer Frauengruppe einen Vortrag über unseren eigenen Rassismus, über unsere 'Scheinsolidarität' mit MigrantInnen. In ihrem etwas über eine halbe Stunde dauernden Vortrag, brachte sie unter anderem das Beispiel an, "alle profitieren hier vom Rassismus, wie alle Männer von Vergewaltigungen profitieren". Die im Anschluß an den Vortrag einsetzende Diskussion wurde dann von Männern umfunktionalisiert, um sich von dem Vorwurf des Profites von Vergewaltigung freizusprechen.

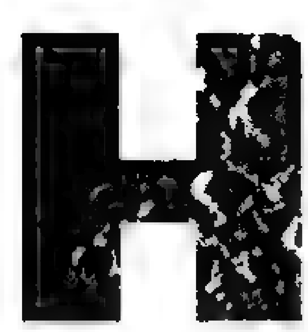
Als vor Jahren die Patriarchatsdiskussion von Frauen in die linke Szene eingebracht wurde, waren die meisten Männer nicht bereit, sich damit auseinanderzusetzen. Jetzt, Jahre später, wollen FrauenLesben über z.B. Rassismus reden, und der dafür vorgesehene 'Raum' wird von Männern genutzt, um sich von 'patriarchalischer Schuld reinzuwaschen'. Anstatt die von ihnen gewollte Auseinandersetzung müssen FrauenLesben sich das Aufheulen des verletzten Mannes anhören. Es reicht.

Dies alles fand vor einem Alltagshintergrund statt, der geprägt war durch Sexismus und Anmache durch Typen. Wenn frau sich einen Kaffee holen wollte, mußte sie teilweise ein Spalier von musternden Männerblicken durchlaufen; Männer nahmen sich körperlich ungeheuer viel Raum (sehr breitbeiniges Sitzen, eine eindeutige Potenzgebärde, Rasierklingen unter den Achseln, rücksichtsloses Irgendwohinpflanzen); überall wurde hingepißt; und es wurde ziemlich viel gesoffen. Ein "Büxbierstand für die Revolution" zeigt nicht nur, daß viele sich die Revolution scheinbar nur angebreitet vorstellen können, es zeigt auch, daß hier die einfachsten Umgehensweisen mit Umwelt noch nicht in den Köpfen drin sind.

Es nützt FrauenLesben auch nichts, und ist auch nicht gewollt, wenn Männer Forderungen von Frauen einfach übernehmen und damit wieder die ziemlich vereinfachte Opfer-Täter-Schiene reproduzieren. Genauso wie es einen positiven Rassismus gibt, gibt es auch einen positiven Sexismus.

Für uns FrauenLesben hat sich mal wieder gezeigt, daß Arbeit in gemischten Gruppen nur bedingt möglich ist. Frauen und Männer müssen sich getrennt voneinander mit Unterdrückungsmechanismen und Rollenstrukturen in ihren eigenen Köpfen auseinandersetzen. In einem gemeinsamen Vorgehen verstärken sich teilweise vorgeprägte Muster gegenseitig und

... Situationen wie oben beschrieben sind für FrauenLesben nicht mehr tragbar. +



inter der »humanitären Maßnahme« stecken imperialistische Strategien.

– Verschiedene **US-Ölkonzerne** hatten seit 1986 Probebohrungen in Somalia angestellt, nachdem ein großes Ölfeld gefunden worden war, das sich vom Jemen bis nach Somalia hinzieht. *Conoco* sind als einzige nach dem Sturz des Siad-Barre-Regimes 1991 in Somalia geblieben. Folgerichtig stellte auch der Chef der *Conoco*-Niederlassung in Mogadischu sein Firmenbüro den USA als Hauptquartier zur Planung der Invasion zur Verfügung. Einem hohen US-Offizier zufolge sei *»die Operation [ohne diese Hilfe] fehlgeschlagen«*.

– Weniger bekannt sind Pläne, aus Somalia eine der größten Giftmülldeponien der Welt zu machen. An diesen Geschäften ist **Italien**, die frühere Kolonialmacht in Somalia, führend beteiligt.

– **US-Staat und -Militär** sehen Somalia vor allem unter strategischen Gesichtspunkten. Ein Planer von einer US-Militärakademie: *»Als Land ist Somalia nicht viel wert, aber seine Geographie ist unbezahlbar«*. Wer Somalia kontrolliert, kontrolliert den Zugang zum Roten Meer.

Zur Geschichte ....

Die somalische Bevölkerung lebt traditionell als sogenannte Hirtennomaden, d.h. sie ziehen mit ihren Viehherden von Weidegebiet zu Weidegebiet. Sie sind in sogenannten *Clans* organisiert, d.h. Gruppen, die über ein komplexes Geflecht von Verwandtschaftsbeziehungen miteinander verbunden sind. Diese Beziehungen definieren die Regeln, nach denen traditionell Konflikte ausgetragen und gelöst werden. Tonangebend sind dabei jeweils bestimmte alte Männer. Ich sage »traditionell«, weil Somalia sich in den letzten Jahrzehnten stark verändert hat; trotzdem benutze ich die Gegenwartsform, weil Anfang der 90er Jahre immer noch 70 Prozent der Erwerbsbevölkerung von in Clans organisierter Viehzucht lebte. Bis 1991 wurden Lebensmittel aus Somalia exportiert. In den 80er Jahren hat es Versuche gegeben, eine auf den Weltmarkt-Export orientierte Landwirtschaft aufzuziehen, vor allem mit Bananen.

Nachdem zuerst das italienische, dann das britische Kolonialreich zusammengebrochen waren, schlossen sich bei der Unabhängigkeit 1960 die beiden Ex-Kolonien zum Staat Somalia zusammen. 1969 putschte sich ein Major namens Siad-Barre an die Macht. Er schaffte es 21 Jahre lang, zwischen den Interessen der Supermächte und der Clans zu lavieren. Zunächst führte er mit sowjetischen Geldern den wissenschaftlichen Sozialismus ein, lief dann nach 1974 zu den USA über, die ihn gegen das pro-sowjetisch gewordene Äthiopien weiter aufrüsteten. Das Land wurde mit verdeckten US- und Nato-Waffenlieferungen geradezu überschwemmt. Somalia wurde damals nach Israel und Ägypten zum drittgrößten Entwicklungshilfe-Empfänger der USA.



... von Entwicklungshilfe ...

Die Entwicklungshilfegelder sicherten dem Regime das Überleben: Mit ihrer Hilfe spielte Siad-Barre die Clans gegeneinander aus. Dabei setzte er die traditionellen Verhandlungsmechanismen weitgehend außer Kraft, ließ Dörfer bombardieren und vertrieb Teile der Bevölkerung aus den von ihnen bewohnten fruchtbaren Gebieten in die Wüste – wo sie von Lagern der »Hilfsorganisationen« aufgenommen wurden. Ein ehemaliger US-Entwicklungshelfer sagt, in den 80er Jahren wurde *»langsam klar, daß das Vorgehen der amerikanischen Militärberater und der somalischen Generäle in Mogadischu untrennbar mit der Ernährung der weinenden Kinder in den Flüchtlingslagern zusammenhing«*. Nahrungshilfe sei vor allem an die Armee gegangen. Die nomadische Bevölkerung wurde in Lager gesperrt, die *»wie Konzentrationslager«* waren und, weil sie das Weiterziehen aus Dürregebieten verhinderten, zu noch mehr Hunger führten.

Nach dem Ende der Ost-West-Konfrontation wurden 1990 die US-Gelder gesperrt. Die verschiedenen Oppositionsgruppen, die sich über die Jahre gebildet hatten und größtenteils Clan-Allianzen repräsentier(t)en, taten sich zusammen und vertrieben Siad-Barre im Januar 1991 aus Mogadischu nach Süden. Die wichtigste Oppositionsgruppe, der USC, zerfiel nach der Einnahme Mogadischus in zwei Fraktionen, die seitdem gegeneinander kämpfen: die Fraktion von General Aideed und die von Ali Mahdi. Beide kontrollierten bis zur US-Invasion jeweils einen Teil von Mogadischu.

Im Verlauf des Bürgerkrieges wurden mehrere Getreideernten vernichtet und noch mehr Menschen in die Wüste gejagt, wo sie völlig abhängig von internationalen Hilfsorganisationen wurden. Die UNO zog allerdings im Januar 1991 alles Personal aus Somalia ab, einschließlich *World Food Program*, *UN Development Program* und *Unicef*. Im März 1992 kam sie wieder und vermittelte einen – unwirksamen – Waffenstillstand zwischen Aideed und Ali Mahdi. Seit Januar 1992 fordert Boutros-Ghali einen Blauhelm-Einsatz, aus dem allerdings zunächst nichts wurde. Als im Oktober 1992 erste UNO-Vermittlungen zwischen den kämpfenden Fraktionen Erfolg hatten, wurde der UNO-Statthalter für Somalia, Ahnoun, abberufen und durch einen Freund von Boutros-Ghali ersetzt.

Angeblich wird seit 1992 immer mehr Nahrung nach Somalia geschickt, aber sie »dringt nicht zu den Hungernden durch«, weil sie angeblich von den Bürgerkriegsarmeen ge-



Krieg, Hunger und Menschlichkeit: Die Bundeswehr in Somalia
Fortsetzung von Seite 3

klaut wird. Nun ist es absolut nichts Neues, daß »Hilfslieferungen« die jeweiligen Machthaber subventionieren (wie z.B. in Jugoslawien), und in Somalia scheinen auch nicht mehr Lebensmittel außer Kontrolle der Lieferanten gelangt zu sein als in anderen »Empfängerländern«. Aber vor der US-Intervention wurde ein Skandal draus gemacht, der vor allem die »Humanisten« wie Pawlow'sche Hunde eine UNO-Intervention fordern ließ.



... und anderen Interventionen

Die USA hatten bis Mitte November 1992 im Weltsicherheitsrat Boutros-Ghalis Interventionspläne blockiert. Am 21.11. beschlossen sie, selbst zu intervenieren; das ganze nannte sich *»UNITAF«*, aber Frankreich, Kanada und Belgien stellten nur einen Teil der 38 000 Soldaten. Von den Somalis wurde keiner mehr gefragt, obwohl sich in Interviews sowohl Aideed als auch Ali Mahdi prinzipiell *für* eine UNO-Intervention ausgesprochen hatten. Die USA geben sich keine Mühe, irgendwen in Somalia zu Schurken à la Saddam Hussein aufzubauen, sondern stellen als zentrales Problem dar, daß in Somalia *»jeder Anschein von Regierung zusammengebrochen ist«*.

Die Bürgerkriegsparteien werden auf eine Ebene mit den bewaffneten Gangs in den USA gestellt: das seien alles *»pistolenfuchtelnde Banditen«*, vor allem die Jugendlichen: *»verrückte Hunde«* und *»kaputte Junkies«*. Das *Wall Street Journal* freut sich am 7.12.: *»Die amerikanischen Sicherheitskräfte müssen den jugendlichen Gangstern nicht wie den Crips und Bloods in South-Central Los Angeles ihre verfassungsmäßigen Rechte vorlesen.«*

Am 8.12. landeten die Marines im Blitzlichtgewitter der Weltpresse am Strand von Mogadischu. Gleich am ersten Tag wurden in Mogadischu flächendeckende Razzien durchgeführt, und das ganze erinnert tatsächlich an Bulleneinsätze wie in L.A. Aber im Gegensatz zu ihren Verlautbarungen – daß sie so schnell wie möglich allen Somalis die Waffen abnehmen, eine Regierung installieren und das Land der UNO überlassen wollen, und daß das ganze höchstens ein paar Wochen dauern solle – erobern sich die USA vor allem »befriedete Zonen« rund um Mogadischu und die wenigen Straßen und Flugplätze im Süden Somalias. Sie unternehmen ein paar Hubschrauber-Vernichtungsangriffe auf »Waffenlager« verschiedener Fraktionen, durchkämmen mehrmals Stadtviertel oder machen Wochenmärkte platt, aber diese Angriffe scheinen nicht auf die Kontrolle des ganzen Landes abzuzielen. Waren die US-Soldaten zu Anfang von der Bevölkerung eher abwartend begrüßt worden, schlägt ihnen nach kurzer Zeit zunehmender Haß entgegen – wie beim Angriff auf die US-Botschaft –, der sich auch gegen Journalisten und Entwicklungshelfer richtet. Nach einem Bericht aus den USA gibt es auch Unmut unter den US-Soldaten, die dachten, sie wären auf einer humanitären Mission, und nun von Heckenschützen beschossen werden.

Rekolonisierung ...

Die Bürgerkriegsparteien treffen sich regelmäßig unter UNO-Vermittlung in Addis Abeba zu »Friedensgesprächen«. Am 27. März haben sie ein Abkommen unterzeichnet. Die eigentlichen Machthaber – die USA, Frankreich, Italien – ignorieren diese Verhandlungen. Die USA und das internationale Kapital, bei dem Somalia mit 1,9 Mrd. US-Dollar verschuldet ist – sehen im Augenblick keine Kraft, die das Land *in den Griff* kriegen könnte, d.h. die Bevölkerung nicht nur aus ihrer traditionellen Selbstversorgung heraustreiben, sondern auch in die Bananenplantagen hinein. Die alten Sozialstrukturen sind zwar kaputt: Bevölkerungen sind aus den Regionen, die sie bewohnten, vertrieben worden, haben ihr Vieh verloren, sind zu Lagerinsassen unter dem Kommando des Internationalen Roten Kreuzes und ähnlicher Vereine geworden. Oder sie sind Teil eines schnell wachsenden städtischen Proletariats, gerade junge Leute, die sich hier, wie überall auf der Welt, ein besseres Leben versprechen. Der privilegierte Zugang zu Nahrungsmitteln läuft in Somalia über Waffen, bzw. über die Möglichkeit, sich in die Bündnisse der verschiedenen Parteien, Fraktionen, Clans und Unterclans einzuführen. Die Clans haben ihre alte Funktion – die Ordnung einer Hirtennomaden-Gesellschaft aufrechtzuerhalten – weitgehend eingebüßt. Jetzt sind sie Träger dieses Kampfs um Nahrungsmittel, um ein kleines Stückchen Macht geworden. Aber sie dürften sich aus Sicht des internationalen Kapitals kaum zu Trägern einer produktiven Neuordnung Somalias eignen. Der Westen findet im Augenblick noch nicht mal ein verläßliches Statthalter-Regime, das die Ruhe mit Terror nach innen erzwingen könnte. So bleibt die langfristige »internationale« Militarisierung Somalias die einzige Lösung – besonders, wenn die Ölfunde in den nächsten Jahren erschlossen und ausgebeutet werden.

Somalia könnte das Modell für eine wachsende Zahl von Gebieten auf der Erde sein, die in den nächsten Jahren direkt unter die Kontrolle des internationalen Kapitals in Form von irgendwie über die UNO organisierten oder abgestimmten Truppenkontingenten kommen. Diese »Rekolonisierung« bedeutet gleichzeitig, daß die politische Vermittlungs-*Form* im Klassenkampf immer mehr auf die »Weltinnenpolitik« übergeht.

... mit Beteiligung der Bundeswehr

Anfang Mai soll nun die US-Aktion offiziell zuende gehen und durch eine Blauhelmtruppe ersetzt werden. Obwohl sie einen defensiveren Charakter haben soll als die Marines, soll ausgerechnet sie Zentralsomalia »befrieden«, wohin die Marines noch gar nicht vorgestoßen waren. Bei dieser Blauhelm-Truppe will auch die BRD mitmischen. Die BRD hat zwar wahrscheinlich an Somalia kein direktes Interesse (jedenfalls nicht mehr als 1977 auf dem Flughafen von Mogadischu), aber die Aktion hat aus Sicht der Politiker nur gute Seiten: Sie dient der militärischen UNO-Kontrolle über Trikont-Regionen, die nicht mehr in der Lage sind, sich »selbst zu regieren«, sie unterstreicht die Ansprüche des deutschen Kapitals, bei jeder Neuen Weltordnung mitzuentscheiden, und: sie zeigt, daß der deutsche Staat zur Zeit intensiv über Krieg als ein Mittel nachdenkt, die innere Klassensituation in der BRD in den Griff zu kriegen.

P.S. Ansonsten vertrete ich schon lange die Theorie, daß Boutros-Ghali in Wirklichkeit ein vom Westen konstruierter Android ist. Eigentlich sollte er ein Andreotti-Double werden, ist aber daneben gegangen, deswegen haben sie ihn zum ägyptischen UNO-Präsidenten gemacht. Oben ist ein Schlitz, wo man 5 Mark einschmeißen kann, dann bittet er öffentlich um deutsche Truppen für irgendeinen Krieg.

Kurzbericht von der Kundgebung "Blockieren wir die Abschiebewelle" am Flughafen Schönefeld am 28.4.93

Gekommen waren an dem sonnigen Nachmittag circa 300 Leute, was betrachtet mensch, daß vom Flughafen Schönefeld tagtäglich Massendeportationen stattfinden, viel zu wenig sind, jedoch insgeheim unsere schlimmsten Erwartungen übertraf.
Nachdem einige Reden gehalten wurden, die Kundgebung offiziell beendet erklärt wurde, mit dem Hinweis, daß das Flughafengebäude eine öffentliche Einrichtung sei, erfreute es doch, daß die Leute sich spontan entschlossen, noch einen Blick in den Tatort (das Flughafengebäude) zu werfen.
Problem war, daß die Bullen die Türen versperrten und auch auf drängen keine/n durchließ; im Gegenteil, versuchte mit Prügel die Leute wegzuschicken, die jedoch weiterhin ins Gebäude (wo`s drin nur so von Bullen wimmelte) wollten. Eine halbe Stunde entstand somit eine Art Blockade, welche jedoch keine Auswirkungen hatte, da es zu der Zeit keine Flugverkehr gab (da hätte die Vorbereitung besser recherchieren sollen, wann da Flieger kommen und gehen). Anzumerken wäre hier, daß es doch einige Unentschlossenheit gab, was denn zu der Zeit dort noch zu machen sei.
Mensch entschloß sich schließlich noch eine Spontandemo zu dem Tor zu machen, durch welches die Flüchtlinge mit BGS-Bussen zu den Flugzeugen gebracht werden. Diese kleine Demo brachte noch etwas Stimmung unter die Protestierenden und konnte noch dazu genutzt werden ebenfalls an dem Tor und auf noch mehr Uniformen farbige Grüße zu hinterlassen.

Es gilt nun, an diesem Ansatzpunkt weiter zu machen. Der Roma-National-Congress, mit Sitz in Hamburg, gab auf einer Pressekonferenz am 5. Mai in Berlin bekannt, daß zum 16. Mai auf dem Gelände des ehemaligen Konzentrationslöagers in Neuengamme bei Hamburg eine Fluchtburg bfür Roma errichtet werden soll. Begleitet werden soll diese langfristig angelegte Aktion in einer langsamen, zeitlichen Eskalation u.a. durch Blockaden an der deutsch-polnischen und der deutsch-tschechischen Grenze.
Im folgenden noch die Redebeiträge der Vorbereitungsgruppe und von Beate Klarsfeld:

Redebeitrag auf der Kundgebung am Flughafen Schönefeld der Vorbereitungsgruppe (Wortlaut):

Am ersten November letzten Jahres trat das sogenannte "Rückführungsabkommen" zwischen der deutschen und der rumänischen Regierung in Kraft. Innenminister Seiters hatte ausgehandelt, daß Menschen tatsächlicher oder vermutlicher rumänischer Staatsbürgerschaft von Deutschland nach Rumänien abgeschoben und dort aufgenommen werden. Das Abkommen sieht vor, neben amtlichen Dokumenten, jetzt auch sogenannte verläßliche Zeugenaussagen als Beweis für die Staatsangehörigkeit gelten zu lassen.
Es kam zu einem Kuhhandel nach dem Motto: ihr nehmt diese lästigen Leute und wir blechen dafür. Das nannten sie dann: "Rückkehrförderungs- und Reintegrationsprogramm Rumänien". 30 Millionen DM hat sich die deutsche Regierung das kosten lassen. Um wenigstens den Schein zu wahren, mußte die rumänische Regierung versichern, daß eine Verfolgung der Abzuschiebenden - und dies sind überwiegend Roma - in Rumänien nicht stattfände. Das, obwohl Menschenrechtsorganisationen nachweisen, daß seit 1990 über 20 Pogrome gegen Roma stattfanden. Daß die zugesicherte Garantie von Menschenrechten und eine demokratische Verfassung als Grundlage für das Rückführungsabkommen absolut keinen Wert besitzen, belegt schon ein Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom 8.11.91, in dem diese Garantien als - Zitat - "Lapidare Äußerungen" bezeichnet werden.

Seit Inkrafttreten von diesem "Rückkehrförderungsprogramm" sind schon über zehntausend Menschen nach Rumänien deportiert worden. Die meisten Abschiebungen laufen über die Flughäfen München und Schönefeld: Allein von Schönefeld werden über 100 Menschen pro Tag nach Rumänien deportiert.
Neben diesen Massendeportationen finden auch immer noch Abschiebungen einzelner Menschen zum Beispiel in die Türkei statt.
Die meisten derjenigen, die von hier nach Rumänien abgeschoben werden, sind direkt an der deutschen Grenze als sogenannte illegale Grenzgänger und Grenzgängerinnen gefangengenommen worden.
Hierzu trägt die an der deutsch-polnischen Grenze lebende deutsche Bevölkerung mit wachsender Begeisterung bei. In einigen Orten gibt es regelrechte Bürgerwehren, die es sich zum Ziel gesetzt haben, als eine Art "völkische Hilfspolizei" zu fungieren. Von staatlicher Seite wird dies gefördert und sogar legalisiert. So ist schon mit der Ausbildung weiterer 1.500 Hilfsgrenzschützer begonnen worden. Sie sollen mit modernstem Gerät ausgerüstet werden und - in enger Zusammenarbeit mit der polnischen Grenzpolizei - wesentlich zur "Abdichtung" der Grenze beitragen.
Da es an der Grenze meist weder Anwalts- noch DolmetscherInnenhilfe gibt, ist es den eingefangenen Flüchtlingen selten möglich, Asyl zu beantragen. So berichten Flüchtlinge, daß sie sehr wohl einen Asylantrag hatten stellen wollen, aber mit der barschen Auskunft "Asyl gibts hier nicht" abgefertigt worden seien. Andere sagten, daß sie in der Annahme, daß es sich bei dem vorliegenden Dokument um einen Asylantrag handele, eine Einverständniserklärung zur Rückführung unterzeichnet hätten.
Kein Wunder also, daß unter den Abgeschobenen kaum abgelehnte Asylbewerber und Asylbewerberinnen sind.

In Sammeltransporten werden sie direkt von den Grenzposten hierher nach Schönefeld gebracht. Hier werden sie in Baracken gesperrt, unter massiver BGS-Bewachung schließlich in die Flugzeuge der staatlichen rumänischen Linie "Jaro-International" gesetzt und nach Bukarest deportiert. Dort angekommen, werden viele von ihnen tagelangen Verhören unterzogen, da sie im Zuge sogenannter polizeilicher Befragung in der BRD staatsfeindliche Aussagen gemacht haben könnten. Außerdem erwartet sie häufig brutalste gesellschaftliche und staatliche Verfolgung.

Das geschilderte Verfahren steht modellhaft für die Verwirklichung der Festung Deutschland!
Wir begreifen dieses skandalöse Vorgehen als Pilotprojekt. Weitere Rückführungsabkommen mit anderen Ländern, zum Beispiel mit Vietnam und der Tschechischen Republik sind geplant. Bis jetzt sind die Abkommen noch nicht entgültig unter Dach und Fach, da es von Seiten dieser Länder die Einschätzung gibt, das Deutschland sein vielzitiertes Asylproblem auf ihre Kosten lösen will. So vertritt z.B. die tschechische Regierung den Standpunkt, erst dann einem Abkommen zuzustimmen, wenn sie selber entsprechende Verträge mit Polen und Ungarn geschlossen hat. Dies illustriert sehr anschaulich die Verfahrensweise, nach der sich zukünftig die "Festung Europa" konstituieren wird.
Um die reichen westlichen Länder wird ein gestaffelter Ring von "Pufferstaaten" entstehen, damit auch ja kein Mensch aus einem anderen Land mehr nach Deutschland vordringen kann.
Deutschland hat die Vorreiterrolle, und zwingt den umliegenden, ärmeren Ländern seine Asylpolitik auf. Durch die Änderung des sogenannten Asylparagraphen Artikel 16 und seiner immer knallharteren Anwendung soll es Flüchtlingen unmöglich werden, überhaupt eine Asylantragsstelle in Deutschland zu erreichen.

Die Angriffe gegen Flüchtlingsheime gehen unvermindert weiter und das paßt dem Staat sehr gut in den Kram; lenkt es doch von so vielen dringenden Problemen ab. Den Opfern dieser faschistischen und rassistischen Angriffe wird ein Großteil der Verantwortung für das unerträglich feindliche Klima in diesem Land zugeschrieben. Dieser Logik folgend nehmen die Abschiebungen so stark zu, daß es tatsächlich Pläne gibt, ehemalige Kasernen zu Abschiebeknästen umzufunktionieren. Ziel ist es, Flüchtlinge innerhalb von sechs Wochen wieder abzuschieben. Dafür werden jetzt Sammellager eingerichtet, in denen dies möglichst reibungslos schnell und ohne öffentliches Aufsehen geschehen kann.



Es wird höchste Zeit, daß diesem unmenschlichen Umgang mit Menschen aus anderen Ländern ein Riegel vorgeschoben wird!

Wir fordern:

Schluß mit den Abschiebungen

Keine Einrichtung von Sammellagern

Bleiberecht für Roma und alle anderen Flüchtlinge

Redebeitrag von Beate Klarsfeld (Ehrenmitglied der "Söhne und Töchter der deportierten Juden aus Frankreich")(Wortlaut):

Liebe Freunde,
am 24. September 92 unterzeichneten Bundesinnenminister Seiters und sein rumänischer Amtskollege Victor Babiuc eine Vereinbarung über die Rückübernahme deutscher und rumänischer Staatsbürger, die dann am 1. November in Kraft trat. Selbstverständlich ist die Rücknahme deutscher Staatsbürger nur symbolisch zu verstehen, denn es geht natürlich nur darum, sich der zu diesem Zeitpunkt damals in Deutschland befindlichen 60.000 Rumänen zu entledigen, unter ihnen 43.000 Roma aus Osteuropa.
Die deutsche Regierung hat auch eine finanzielle Hilfe von 30 Millionen D-Mark vorgesehen, für die Herstellung von Ausbildungszentren, zum Beispiel in Arad, Tamas und Sibiu.
Wir fragen uns allerdings: werden die Roma von dieser finanziellen Hilfe profitieren können?
Wollte man sie wirklich in Rumänien wieder integrieren, warum dann diese heimlichen Abschiebungen nach Einbruch der Dunkelheit. Der deutschen Regierung ist auch bekannt, daß die Roma nach ihrer Ankunft am Flughafen in Bukarest tagelangen Verhören unterzogen werden, sie werden verfolgt oder ins Gefängnis geschickt. Wenn auch die Kohlregierung Rumänien als sicheres Land erklärt hat, es ist nicht ein sicheres Land für die Roma und deswegen müssen wir die Abschiebungen verhindern.

Da der deutsch-rumänische Vertrag erlaubt, nach Rumänien auch ohne Ausweispapiere abgeschoben zu werden, werden unter ihnen auch Roma aus Ex-Jugoslawien abgeschoben. Es ist sehr fraglich, ob die rumänische Polizei sie in Rumänien behalten wird oder in die Kriegsgebiete nach Ex-Jugoslawien abschiebt.

Für Innenminister Seiters ist dieser Vertrag, wie er bekannt gab, ein großer Erfolg in seinen Bemühungen, abgelehnte Asylbewerber rasch in ihr Herkunftsland abzuschieben. Seit Anfang des Jahres haben die Roma aber garnicht mehr die Möglichkeit, einen Asylantrag zu stellen, denn sie werden sofort ohne Überprüfung ihrer Situation hier nach Berlin-Schönefeld gebracht und sofort abgeschoben.
Rudolf Seiters sieht auch in dieser Vereinbarung eine Signalwirkung auf die übrigen Länder der Europäischen Gemeinschaft. Es ist eher beschämend, daß die Deutschen hier mit einem "Beispiel" vorangehen müssen.

Die deutsche Regierung protestiert auch gegen die Anwendung des Wortes "Deportation" im Zusammenhang mit den Roma. Die Deutschen haben aber hier eine langjährige Erfahrung, das Kind nicht beim Namen zu nennen. Als im Jahre 1942 die Deportationen der Juden aus Frankreich nach Auschwitz begannen, forderte der Militärsbefehlshaber in Frankreich in einem Telegramm, "das Wort "Deportation" nicht zu benutzen, weil dieses noch aus der zaristischen Zeit mit dem Abschub nach Sibirien unmittelbar verbunden ist". Der Militärsbefehlshaber schlug vielmehr vor, "Umsiedlung der Juden", denn dieser Version kommt zugute, daß die Transporte geschlossene Familien enthalten können.
Die Geschichte wiederholt sich heute für die Roma, allerdings unter weniger dramatischen Bedingungen.
Jedoch die beiden Völker, die unter dem Nazi-Regime verfolgt, ermordet und in Auschwitz-Birkenau vergast wurden, sind das jüdische Volk und das Volk der Zigeuner.
Die jüdische Gemeinde in der BRD wird von der Regierung mit Glacéhandschuhen angefasst, sie haben von den Deutschen Wiedergutmachung erhalten und haben heute ein eigenes Land.
Die Zigeuner allerdings werden brutal von den Deutschen des Landes verwiesen; man versucht, sie sich vom Halse zu halten. Finanzielle Entschädigungen haben nur wenige erhalten und völlig unzureichend. Und auch heute haben sie kein Gebiet, sie werden von einem Land Europas in das andere abgeschoben, obwohl sie die ältesten Europäer sind. Es muss daher für sie sofort ein Status geschaffen werden, der ihnen die Möglichkeit gibt, in Europa frei zu reisen, mit einem europäischen Pass.

Und weil meine Freunde von der Organisation der "Söhne und Töchter der deportierten Juden aus Frankreich" - hier neben mir steht Jacques Toross, der drei Brüder und eine Schwester in Auschwitz verloren hat, ein anderer Bruder wurde in Frankreich ermordet -; wir konnten nicht vergessen, daß die Roma auch wie die Juden in Frankreich für die "Endlösung" vorgesehen waren. Und darum haben wir uns am 19. Oktober mit ihnen in Rostock solidarisiert. Wir waren eine Gruppe von 46 Juden, nicht nur von unserer Organisation, sondern auch eine jüdische zionistische Studentengruppe, die in Rostock - Symbol fremdenfeindlicher Ausschreitungen - sich mit den Roma und Sinti solidarisch erklären wollte.



Und wir hatten auch die Absicht eine Mahntafel anzubringen. Und zwar war der Text: "In dieser Stadt gingen Menschen im August 1992 erneut mit rassistischen Gewalttaten und Brandstiftung gegen unschuldige Familien, Kinder, Frauen und Männer vor. Wir erinnern an die Millionen Kinder, Frauen und Männer, die weil als Juden, Sinti oder Roma geboren, dem nationalsozialistischen Völkermord zum Opfer fielen. In einer einzigen Nacht unvergeßlichen Grauens wurden am 2. August 1944 die 3.000 noch lebenden Menschen im Zigeunerlager von Auschwitz-Birkenau durch Gas ermordet. Diese Erfahrung und historische Verpflichtung für das deutsche Volk müssen wachgehalten werden um zu verhindern, daß sich Gewalt und Menschenverachtung jemals wiederholen."
Allerdings war der Bürgermeister Kielimann weder mit dem Platz der Mahntafel, das heißt am Rathaus Rostock einverstanden, auch nicht mit dem Text, das heißt Parallele zwischen Mord an den Zigeunern der Nazis und dann Ausschreitungen in Rostock und auch nicht mit dem Zeitpunkt, der von uns vorgesehen war, das heißt vor Inkrafttreten des deutsch-rumänischen Vertrages.

Und die Rostocker Polizei, die tatenlos zusah, als Neo-Nazis und Skins "Asylantenheime" anzündeten, waren schnell zur Stelle, als wir vor dem Rostocker Rathaus unsere Spruchbänder ausrollten, "Juden solidarisch mit den Roma", "Gestern vergast - morgen ausgewiesen", "Nein zum deutsch-rumänischen Vertrag". drei unserer Freunde wurden festgenommen, als sie aus dem Fraktionszimmer der CDU ein Spruchband hängten "Keine Ausweisung der Roma aus Deutschland".



Der schlechte Ruf der Rostocker Polizei im Umgang mit Antifaschisten war bis zu uns nach Frankreich vorgedrungen und deswegen versuchten wir sofort, unsere Freunde aus den Händen der Polizei zu befreien. Es kam zu einem kleinen Handgemenge, es wurde unsererseits etwas Tränengas gesprüht. Kein Polizist wurde verletzt, drei unserer Freunde jedoch wurden 10 Tage ins Gefängnis gesteckt. Wir konnten sie nur freipressen, weil in Paris jeden Tag vor der deutschen Botschaft Demonstrationen stattfanden und die Scheiben einiger deutscher Einrichtungen in Paris in die Brüche gingen.
Die drei jungen Leute wurden dann freigelassen mit der Auflage an die französische Justiz, die Sache weiterzuverfolgen. Wir erklärten sofort,

daß wir es verhindern werden, daß die französische Justiz die schmutzige Arbeit der Deutschen übernimmt, wie die Vichy-Regierung während der deutschen Besatzung Frankreichs.

Unsere Aktion in Rostock und die eingeschlagenen Fensterscheiben in Paris gaben uns die Ehre in der parteiischen und übelwollenden Presse als Gewalttäter hingestellt zu werden.
Die Gewalt ist jedoch nicht auf unserer Seite, sie ist auf Seiten der deutschen Regierung, die die Kinder und Enkelkinder der vor 50 Jahren in Nazideutschland ermordeten Zigeuner heute hier von Schönefeld ausweist.

Liebe Freunde, zeigt Zivilcourage und verteidigt das Asylrecht für all die , die Anspruch darauf haben. Die Roma gehören hierzu, wie auch viele andere Gruppen.

Wie oft hört man als Entschuldigung, um die Vorurteile gegen die Roma zu begründen, "sie sind andersartig, sie sind schmutzig".
Ich frage mich allerdings, welches Volk hat vor 50 Jahren mehr Schmutz über ganz Europa ausgeschüttet als das deutsche Volk?
Kein Volk hat es nach dem Kriege abgelehnt, uns die Hand zu reichen, nicht einmal das Jüdische. Jeder, zumindest im Westen, wußte, daß man uns unter die Arme greifen mußte, damit wir zur Demokratie zurückfinden und sie respektieren lernen. Wären wir heute ohne Hilfe der anderen Länder ein wiedervereintes Deutschland?

Die Roma werden in Rumänien verfolgt. Es ist unsere Pflicht als Deutsche heute, ihnen die Hand zu reichen und ihnen zu helfen und deswegen sind wir hier.
Deutschland muß sich großzügig und menschlich zeigen, unsere Vergangenheit verlangt es von uns.
Wir haben die materiellen Möglichkeiten, es fehlt uns nur die Seele. Wir, die wir heute hier versammelt sind, besonders die Jüngeren unter Euch, müssen diesem Land wieder eine Seele geben.

Wir werden uns wahrscheinlich noch auf unbegrenzte Zeit in der Opposition befinden, unser Kampf wird nicht leicht sein. Wir werden Schläge einstecken müssen, wir sollten ihnen aber furchtlos entgegenblicken.
Ein brutales und kleinliches Deutschland lehnen wir ab. Unsere Aufgabe ist es, einem Deutschland den Weg zu weisen, daß die Menschenrechte respektiert und die Roma nicht nach Rumänien deportiert.
Und wenn ihr die Möglichkeit habt, in Neuengamme den Roma zu helfen, die dort die Fluchtburg suchen. Bitte tut es. Danke.

Junge Welt 6.5.'93

MANNHEIM

Gerichtshof lehnte Asylanspruch ab

AP/JW. Rumänische Roma haben in der Bundesrepublik nach einem Urteil des baden-württembergischen Verwaltungsgerichtshofs keinen generellen Anspruch auf Asyl, denn sie müssen in ihrem Heimatland nicht mit ethnisch begründeter staatlicher Verfolgung rechnen. Die Richter hoben in dem am Mittwoch in Mannheim veröffentlichten Urteil eine Entscheidung des Stuttgarter Verwaltungsgerichts auf.

Es müsse zwar davon ausgegangen werden, daß es in Rumänien Ausschreitungen gegen Roma gegeben habe. Diese Übergriffe hätten allerdings Ausnahmecharakter.

Moderne Form ethnischer Säuberung

Roma planen Besetzungen und Blockaden zum Schutz vor Abschiebungen

Roma aus dem gesamten Bundesgebiet, darunter Roma-Flüchtlinge aus den Kriegsgebieten im ehemaligen Jugoslavien, wollen ab Mitte Mai durch eine Reihe von Aktionen auf Menschenrechtsverletzungen in Deutschland aufmerksam machen und sich vor drohenden Abschiebungen in Krisengebiete schützen.

Geplant sind die Errichtung eines Flüchtlingslager für Roma, die Verfolgte im Sinne der Genfer Konvention sind, am Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers Neuengamme bei Hamburg, sowie Blockaden an der deutsch-polnischen und deutsch-tschechischen Grenze, wo Roma-Flüchtlinge abgewiesen und deportiert werden. Der Vorsitzende des Roma National Congress, Rudko Kawcynski, will außerdem in einen unbefristeten Hungerstreik treten, bis sich die Bundesregierung zu einem Forderungskatalog der Roma äußert.

Presserklärung des RNC:

Täglich erreichen den RNC Meldungen über neue Übergriffe und Greueltaten an Roma in den ehemals kommunistischen Staaten Osteuropas. Vergewaltigungen von Romafrauen und Greueltaten gegen Romafamilien in den südosteuropäischen Staaten sind Ausdruck eines pervertierten "Demokratieverständnisses" dem die Roma in Südosteuropa schutzlos ausgeliefert sind.

Die deutschen Behörden bezeichnen diese Pogrome gegen Roma unter anderem als verständliche Reaktionen der Bevölkerung auf die Andersartigkeit der Roma und verweigern ihnen den Schutz als Flüchtlinge. An der deutsch-polnischen Grenze werden regelrechte Romajäger sowohl der polnischen Streitkräfte als auch des Bundesgrenzschutzes eingesetzt, um den halbverhungerten Frauen und Kindern den Zutritt in die Freiheit unmöglich zu machen. Bei dem Versuch, in den Westen zu gelangen, kommen immer wieder Flüchtlinge, insbesondere Frauen und Kinder ums Leben.

Allein seit Januar 1992 sind dem RNC dreißig Fälle von vermißten Personen gemeldet worden. Immer wieder werden Leichen von Ertrunkenen an die Ufer von Oder und Neiße gespült. Mit deutschen Geldern werden die polnischen "Grenzschützer" aufgerüstet, um die deutsche Grenze gegen Romaflüchtlinge, überwiegend Frauen und Kinder zu "verteidigen".

Polen wird allmählich zum "Wachposten" deutscher Interessen aufgerüstet. Auf deutscher Seite werden die Flüchtlinge mit modernster Technik gejagt und wie Vieh werden Roma von den "Grenzschützern" gefangen, verladen und gesammelt um in Maschinen gepfercht deportiert zu werden. Zurückverfrachtet werden sie nicht selten Opfer von aufgebrachten Nationalisten. Romaflüchtlinge, denen die Flucht in den Westen gelingt, sollen nun nach dem Willen der Bundesregierung deportiert werden.
Damit diese Deportationen reibungslos durchgeführt werden, sind den Regimen der "Aufnahmestaaten" Deutsche D-Mark Millionen in Aussicht gestellt worden. Makedonien

wurden bereits insgesamt 30 Millionen Mark gezahlt um als "Müllhalde" für deportierte Zigeuner zu dienen. Scheinheilig wurden ein paar schmucke "Häuschen" am Rande des Roma-Ghettos von Skopje - Shutka - für die "Heimkehrer" errichtet. Am Rande eines der furchtbarsten Roma-Ghettos Europas, in dem 40.000 Roma wie Tiere zum Teil in Pappkartons "leben" müssen. In dem die Kindersterblichkeit über 50% beträgt. In dem es keine Kanalisation, kein fließendes Wasser und keine medizinische Versorgung gibt.

Ebenso Rumänien, mit dem ein Vertrag besteht, demzufolge sich Rumänien bereiterklärt, alle Roma mit ungeklärter Staatsbürgerschaft, die Deutschland loswerden will, sogar ohne Paß aufzunehmen. Ähnliche Abkommen sollen auch mit allen anderen südosteuropäischen Staaten ausgehandelt werden. Diese Politik wird als "Romahilfe" etikettiert, um die rassistische Zigeunerpolitik der Deutschen Regierung zu kaschieren. An dem Elend unserer Menschen verdienen mittlerweile ganze Staaten.

Seit der Wiedervereinigung hat sich die Situation der Roma und Cinti in der BRD dramatisch verschlechtert. Wieder wird in Deutschland mit den alten Vorurteilen, Hatz auf Minderheiten, besonders auf Roma, gemacht. Es vergeht kein Tag, an dem nicht in deutschen Zeitungen Hetze aus Halbwahrheiten und Lügen gegen Roma verbreitet werden. Den Roma wird die Schuld an der "Fremdenfeindlichkeit" in diesem Land gegeben - so als ob die Opfer an ihrer Verfolgung selbst Schuld seien.

Das diese Politik ganz und gar nicht zufällig ist, beweist zum Beispiel die Tatsache, daß Deutschland als einziges europäisches Land nicht bereit war, eine UN-Resolution zum Schutze der Roma zu unterzeichnen. Im März letzten Jahres verabschiedete der Menschenrechtsausschuß der Vereinten Nationen in Genf die Resolution 62 mit dem Titel "Schutz der Roma". Die Regierung Deutschlands weigerte sich, dieser Vereinbarung beizutreten. Auch alle andere internationalen Vereinbarungen zur Verbesserung der Lage der Roma werden von den Deutschen Regierungen nicht umgesetzt. Stattdessen belohnt die Deutsche Regierung Staaten, die systematisch Menschenrechtsverletzungen an Roma betreiben, durch D-Mark Millionen.

Um nicht den rassistischen Charakter dieser "Verträge" offensichtlich werden zu lassen, bemüht sich die Bundesregierung, die Zielgruppe dieser Vereinbarung nicht offiziell zu benennen. Obwohl jedem Beteiligten klar ist, daß es sich bei den Verträgen um die Übernahme und Deportation von "Zigeunern" handelt. Dieses Vorgehen empfindet der RNC als eine moderne Form der "ethnischen Säuberung" und aktiven Unterstützung von Verfolgung der Roma.

Die Lage der Roma in Europa und insbesondere der Romaflüchtlinge ist mit anderen Minderheiten und Flüchtlingen nicht vergleichbar. Die Roma besitzen weder einen eigenen Staat, noch werden sie als Angehörige der Staaten in denen sie leben, angesehen ...

Die Situation der Roma im wiedervereinigten Deutschland ist durch Deportationsabkommen,Ausweisungen, Zeitungshetze, Nichtanerkennung als Volk und Diffamierungen durch Politiker in einem dumpfen "Zigeuner raus"-Aktionismus geprägt.

Nach Ausschwitz und einer halben Million ermordeter Roma kann es keine Normalität zwischen Deutschen und Roma geben. Das Vorgehen der Deutschen Regierung wird vor diesem Hintergrund zu einer Vergangenheitsbewältigung durch fortgesetztes Unrecht.

Der RNC sieht im Vorgehen der Bundesregierung Deutschlands eine eklatante Verletzung der Menschenrechte.

Am 16. Mai 1940 begannen die Nazis mit den ersten Deportationen der Roma nach Polen in das Generalgouvernement. 53 Jahre danach sollen nach dem Willen der Deutschen Politiker Verträge mit Polen und anderen osteuropäischen Staaten angewendet werden, um Roma in den Osten zu "verbringen". Der vorerst letzte Vertrag wird voraussichtlich heute, (5.Mai 1993) mit Polen geschlossen. Für 100 Millionen D-Mark wird Polen "bereit-bezahlt", das Romaproblem im Sinne der Deutschen zu lösen.

Die Bundesrepublik Deutschland hat eine historische Chance, der Welt zu beweisen, daß dieses neue Deutschland im Bezug auf die Einhaltung von Menschenrechten eine Vorbildrolle einnehmen kann. Der Umgang mit den Roma ist zum Prüfstein für dieses Land geworden.
Um auf dieses Vorgehen der Bundesregierung aufmerksam zu machen und Romaflüchtlinge zu schützen, hat der RNC zu Bundes- und Europaweiten Aktionen aufgerufen. Darüber hinaus wird der RNC selbst eine Reihe von Maßnahmen ergreifen, um Romaflüchtlinge zu schützen.

Am 16. Mai 1993 wird der RNC zusammen mit den in Deutschland arbeitenden Romaverbänden das ehemalige KZ Neuengamme besetzen um dort ein Flüchtlingslager für Roma zu errichten, die von den Deportationsabkommen der Deutschen Regierung betroffen sein werden. Dieses Flüchtlingslager wird auf dem Gelände des ehemalige KZ Neuengamme bei Hamburg eingerichtet soll den Roma als Fluchtburg dienen.

Heute ist der Bundesregierung ein Postulatum mit sieben Forderungen übersandt worden in der Hoffnung, sie möge Ihre Romapolitik neu überdenken. Um darauf hinzuweisen, daß es sich bei den Forderungen um existenzielle Dinge handelt, wird der Präsident des RNC, Rudko Kawcynski parallel zur Eröffnung des Flüchtlingslagers in ein unbefristetes Fasten und Beten treten in der Hoffnung, die Bundesregierung möge sich ihrer besonderen Verantwortung für die Überlebenden Roma des NS-Holocaust erinnern. Das Fasten und Beten wird bis zur Anwort der Bundesregierung auf das Postulatum fortgesetzt.

Bei Inkrafttreten des Polenvertages wird der RNC zusammen mit polnischen Romaverbänden mit Blockaden der polnischen Grenze antworten.

Roma National Congress

5.Mai 1993

Kontakt für Leute, die am Sonntag nach Neuengamme fahren wollen:

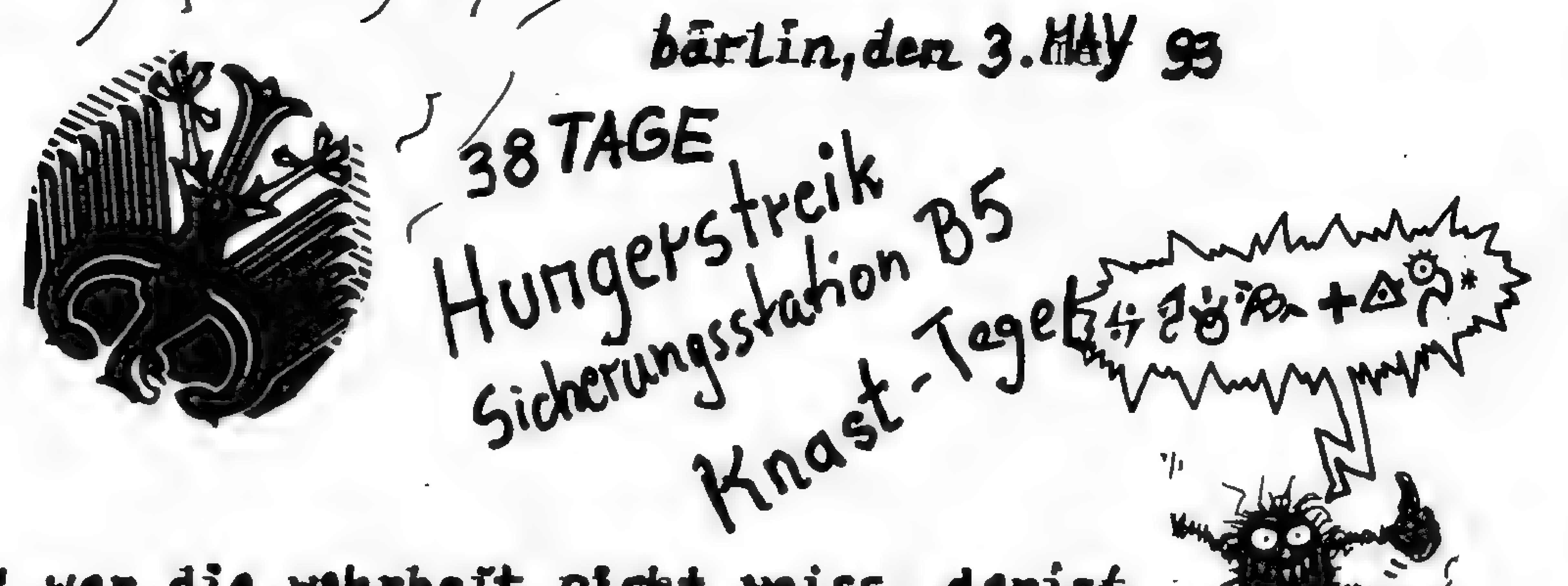
ANTIRASSISTISCHES TELEFON: 785 72 81

RNC Hamburg: 040-319 42 49

Tätlichkeiten um Genkartoffeln

Gegen den Widerstand von Demonstranten ist auf dem Klostergut Wetze in Niedersachsen ein Freilandversuch mit gentechnisch veränderten Speisekartoffeln gestartet worden. Rund 100 Mitarbeiter Einbecker Kleinwanzlebener Saatzucht und des Berliner Instituts für Genbiologische Forschung setzten am Sonnabend auf dem Gelände die gentechnisch veränderten Knollen. Dabei soll es nach Angaben der Versuchsgegner „Vereintes Aktionskomitee – Anti-Gentechnik" vom Sonntag „zu brutalen Übergriffen und massiven Handgreiflichkeiten" gegen die Demonstranten gekommen sein. Die Polizei konnte dazu keine Angaben machen. dpa

dieter wurm
seidelstraße 39
justizknast
1000 bärlin 27



an
INRERIM
c/o Buchladen
gneisenaustraße 2
1000 bärlin 62

KNAST-Power



" wer die wahrheit nicht weiss, der ist bloß ein dummkopf.
aber wer sie weiss und sie eine lüge nennt oder verschweigt, der ist ein verbrecher !"

unser allseitz beliebter despot,könig von justitias gnaden,landespapa des tegeler knastes, kurz könig klaus genannt , betreibt hier seinen privattrakt;demgegenüber ja die bürgerlichen parteien den trakt in moabit seid jahren abgeschaft und dies als besonderen humanismus ala humanen rechtsstaat der öffendlichkeit verkauft haben .
wir als insassen dieses traktes und damit opjekte des staatlichen handelns haben uns ab dem 25.märz 93 entschlossen einen hungerstreik anzufangen um zu erreichen , das die bürgerlichen medien sich um die miesen umstände um uns herum und mit uns kümmern werden .

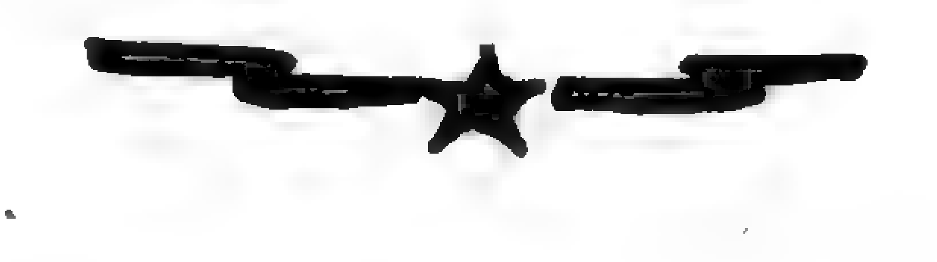
unser könig klaus verdreht das eigene gesetz , um uns fertig zu machen,denn wir gefährden sein system des zerbrechens , des gefügig machens,der unterwerfung und der sozialhygiene;konkret sicherheit und ortnung ,selbstzweck des strafvollzuges indem wir randale gemacht haben,ausbrechen wollten und ausgebrochen sind .

diese in sich sehr menschliche art und weise gefährdet derart das knastsystem,das der knastleiter uns auf seine sogenannte sicherungs - station packte und derweil zur sonderbehandlung schritt :
isolationshaft,schickanen,psychoterror und menschen unwürdige unterbringung sind mittel des versuches , uns zu konformisieren.
sträflingsklamotten,einzelfreistunde ,isolation und ständige schnüffeleien und überwachung sollen dazu führen , das ein nun williger knastzombi seinen behördlichen weg von " resozialisierung" zu "resozialisierung" von knastzeit zu knastzeit geht un damit dem justizapperrat eine ständige daseinsberechtigung gibt .

wir wollen da nicht mitmachen weil wir denken , das flucht und freiheitsdrang aus derartigem system eine allzumenschliche regung ist,als das diese unterdrückt werden kann ,genausowenig wie agressionen,die eine natürliche reaktion auf das knastsystem sind .

Da die justiz nach dem gesetz der notwendigkeit lebt und nicht nach der wahrheit konnten wir hier nur im stillen den hungerstreik beginnen und uns dann an die presse wenden . diese hat aber nicht reagiert und wir sind der meinung,das wir erst verhungern müssen , damit diese den repressiven konsens durchbrechen und berichten , wenn wir im arsch oder tot sind .
wir wollen euch um solidarität bitten und aufordern,auf das wir
könig klaus lange-lehngut
anstaltsleiter der JVA-tegel
seidelstraße 39
1000 berlin 27
4383-93371 telefon - telfonisch per postkarte bitten , B 5-sicherungs - station aufzulösen und die leute rauszulassen.





Dergleichen freud sich natürlich die senatsverwaltung für Justiz ,

Mr. Marhofer
Abt.5
Senatsverwaltung für justiz
Salzburger straße 21-25
1000 bärlin 62
tel. 7838052

wenn man/frau ihn per postkarte oder telefonisch bittet , die sicherungsstation aufzulösen und sich mit dem schicksal der dort eingesperrten zu beschäftigen , waß er bis heute dank der solidarität zu könig klaus krampfhaft vermieden hat !

die bürgerliche presse ist nur an leichen interessiert und das einzige , waß uns hier helfen kann , ist massiver druck von draußen und solidarität.
in diesem sinne würden wir uns freuen , wenn massig post an uns kommt und vergeßt das rückproto nicht , damit wir euch schreiben können !

EINE EINHEIT EIN KAMPF

dieter wurm
günther pfalzgraf
klaus - dieter jahn
sonderstation B5
justizknast-tegel
seidelstraße 39
1000 berlin 27

– Venceremos –

Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär

Oranienstraße 25, 1000 Berlin 36, Telefonnummer: 615 005 30
Spendenkonto: 199 567, BLZ: 500 901 00, bei Ökobank e.G

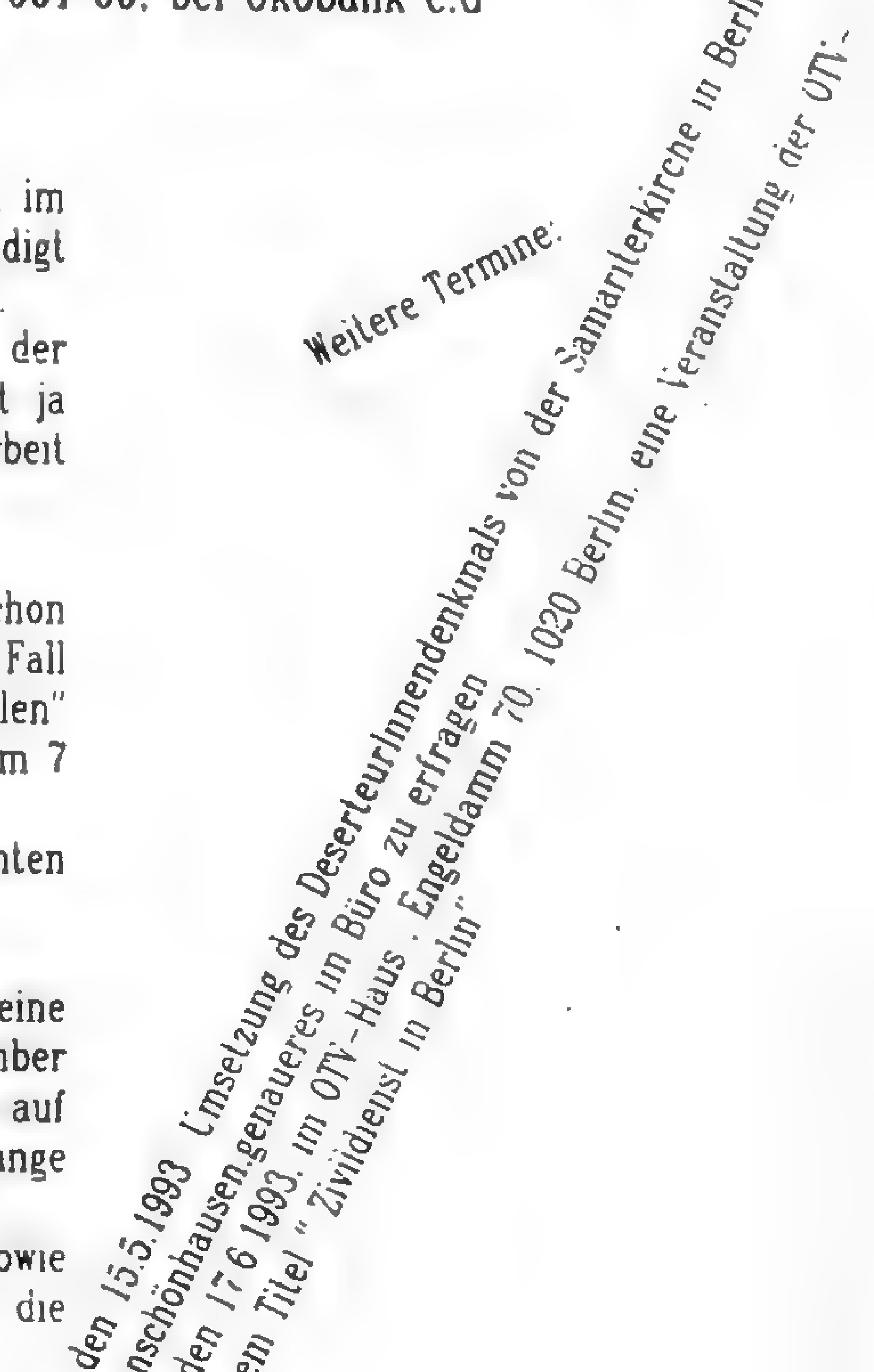
An alle Bundeswehrgegner und Gegner der Kreiswehrersatzämter!

Am 14. Mai 1993 findet um 19 Uhr in der TU im Hauptgebäude, Straße des 17. Juni Nummer 135, im Raum H 3010 (3.Stock) um 19 Uhr eine Infoveranstaltung zur Musterungsverweigerung statt. Erkundigt Euch aber noch einmal Anfang Mai, ob der Raum so bleibt (Es wird aber sicher an der TU-Berlin sein).
Auf der Veranstaltung geht es vor allem darum, Tips zu geben, wie man die Verwaltung der Kreiswehrersatzämter mit ihren eigenen Mitteln schlägt. Der Zweck der Musterungsverweigerung ist ja letzten Endes die Maximierung des Arbeitsaufwandes der Kreiswehrersatzämter, damit deren Arbeit gebremst und möglichst uneffektiv wird.

Auf der Veranstaltung werden Fälle aus Berlin vorgestellt, wo Leute es seit über einem Jahr schon geschafft haben ihrer Musterung sogar entschuldigt! fernzubleiben. Des weiteren ist mindestens ein Fall bekannt, in dem sich der zu Musternde innerhalb eines Monates beim Kreiswehrersatzamt "vorstellen" kann, wann er will. Das dürfte ja vor allem für Leute interessant sein, die keine große Lust haben, um 7 Uhr zur Musterung zu kommen.
Zukünftiges Ziel wird es sein, die Strategie der Kreiswehrersatzämter und ihrer möglichst bekannten SachbearbeiterInnen herauszufinden.

Für Leute, die jetzt knapp vor dem 25. Lebensjahr stehen bzw. noch unter 28 Jahren sind, hier noch eine sehr wichtige Information: Das Verteidigungsministerium hat sich durch eine Verfügung vom 17. Dezember 1992 die Möglichkeit offen gelassen, die Altersgrenze für die Einberufung rückwirkend von 25 Jahren auf 28 Jahre zu erhöhen. Das heißt auch, daß Leute, die Zurückstellungsanträge gestellt haben, noch lange nicht sicher sind. Wer weitere Informationen haben will, sollte zur Veranstaltung am 14. Mai kommen.
Unterstützung von Eurer Seite in Form von Informationen, Vorbereitung und Teilnahme bei Aktionen sowie mögliche Spenden sind immer erwünscht und notwendig!!!! Und bitte weitersagen an alle Leute, die betroffen sein könnten.

Mit Gruß aus dem Kampagnenbüro



Links und Rechts - und überhaupt !

Es gibt zwei Arten politisch zu sein: die erste ist, daß man selbst das Maul aufreißt, die zweite, daß andere es tun und von einem reden: um nicht von etwas anderem reden zu müssen. In diesem zweiten Sinne sind alle Skinheads sehr politisch. Wenn es sie nicht gäbe, sie müßten erfunden werden; denn jede Gesellschaft, die ein Problem mit sich selbst hat, braucht ein Monster, auf das sie es abladen kann. Und weil auch Politik von Bildern und Symbolen lebt, eignet sich der Skinhead gut: er sieht anders aus. Sein bewußter Verstoß gegen die ästhetische Norm erlaubt es heute, ihn zum negativen Mythos zu stilisieren. Glatzköpfig, springergestiefelt, innen und außen brutal: vom Himmel gefallenes Gegenbild menschlicher Zivilisation. Das Wort auszusprechen, weckt alle nötigen Assoziationen. Günter Grass wird mit diesem Effekt gerechnet haben, als er neulich die Christdemokraten zu "Skinheads mit Krawatte und ordentlicher Frisur" adelte. Aber Günter Grass ist nicht der Erfinder. Er hat nur die Stimmung getroffen, die andere vor ihm erzeugt haben. Karikaturisten und Journalisten, Liedermacher, Schriftsteller und SPD-Vorsitzende, sie alle haben im letzten Jahr den Skinhead als Thema und als Mittel der Politik entdeckt: politische Karriere einer Jugendkultur. Wer die Faschisten meint, redet deshalb heute von Skinheads. Und wer von Skinheads redet, kann ziemlich sicher sein, daß die Zuhörer Faschisten darunter verstehen. Daß unter den rechten Arschlöchern von Rostock und Mölln auch "boneheads" sind, hat niemand bestritten. Mittlerweile können sie aber ihre Haare tragen wie sie wollen: für die Öffentlichkeit sind sie allemal "Skinheads". Sie *müssen* es sein. Medien, bürgerliche Öffentlichkeit und antifaschistische Bewegung reichen sich wenigstens in dieser einen Hinsicht die Hand: solche Selbstverhetzung kennt keine politischen und subkulturellen Grenzen.

Dies alles wäre nun ganz unbedeutend, vielleicht bloß eine zufällige kollektive Wahrnehmungsstörung, hinge es nicht so offensichtlich mit der Art und Weise zusammen, wie überhaupt derzeit mit dem sogenannten Faschismus umgegangen wird. Diese Gesellschaft hat das Problem, daß sie aus ihrer eigenen Mitte Menschen hervorgebracht hat, die mit den proklamierten Grundwerten nichts mehr zu tun haben wollen und für ihr sonderbares "Deutschland" zynische Verbrechen begehen. Die Ursachen dafür mögen vielfältig sein. Jedenfalls sind sie so, daß die Generation der Eltern nicht wagt, sich mit ihnen auseinanderzusetzen. Zu schwierig und zu schmerzhaft wäre der Blick in die dunklen Hohlräume unter der glatten Oberfläche der eigenen humanistischen Identität. Zu gefährlich wäre etwa auch die Einsicht, daß der demokratische und sozialistische Antifaschismus beiderseits der Elbe viele nur noch in pädagogischer Gestalt erreicht hat, als eine Sammlung von Tabus und Denkzwängen, als etwas, das mit der Freiheit, sein eigenes Leben zu leben, nichts mehr zu tun hatte. Offenbar haben es ja die beiden deutschen Gesellschaften tatsächlich dahin gebracht, daß ausgerechnet das Ausstrecken des rechten Armes ein wirksames Symbol jugendlichen Protestes geworden ist. Die ultrarechten Ideologen ernten dann bloß noch, was in der Mitte der Gesellschaft gesät worden ist.
Aber welche Gesellschaft würde eine Selbstreflexion dieser Art ertragen wollen? Und was dann damit anfangen? Lieber beschwört man ein ums andere Mal die furchtbare Vergangenheit, bedroht sich selbst und andere wortreich mit der Wiederholung der Geschichte, entledigt sich schließlich der kollektiven Verantwortung, indem man dem Problem einen Namen und ein Gesicht am äußersten Rand der Zivilisation gibt. Auch darin begegnen sich bürgerliche Öffentlichkeit und antifaschistische Bewegung auf das Peinlichste.

Indessen will sich bei uns Skinheads das gute Gefühl, gebraucht zu werden, doch nicht so recht einstellen. Allzu aufdringlich waren in der letzten Zeit die zärtlichen Annäherungsversuche jugendlicher Antifa-Helden unterschiedlichster Nationalität, allzu ärgerlich die anmaßenden Gesinnungsverhöre auf der Straße, allzu unhöflich schließlich die unendlichen Blicke von MitbürgerInnen mit ordentlicher Frisur. Vielen Skinheads, die sich selbst als antirassistisch verstehen, hängen diese Folgen der Medienhetze und der monströsen politischen Thematisierung ihrer Kultur mittlerweile so zum Halse heraus, daß sie mit Politik am liebsten überhaupt nichts mehr zu tun haben wollen. Nicht, daß es nichts zu sagen gäbe. Es gibt nur in der derzeitigen politischen Landschaft keinen Ort mehr, von dem aus wir sprechen könnten: er müßte erst neu erfunden werden.
Mit den Faschisten wollen wir sowieso nichts gemein haben. Die bürgerliche Parteipolitik ist auch nicht unsere, sonst wären wir eine Mode und keine Subkultur. Und die Antifaschisten in Deutschland (zu denen ich mich rechne, solange es erträglich ist) kennen wir gut genug, um zu wissen, daß sie gerade dabei sind, vor der Geschichte zu versagen. Sie haben in ihrer Ideologie, in ihrer Sprache und in den Formen ihres Handelns den Spieß ihrer Gegner bloß umgedreht. Statt den Spieß zu zerbrechen. Es kann deshalb niemanden verwundern, wenn sie genauso wie ihre Gegner systematische Schwierigkeiten haben, mit Andersartigkeit umzugehen; auch für sie gehört blinde Ausgrenzung zum politischen Kampf wie das Salz zur Suppe.
Vorläufig nur träumen kann man von einer anderen Weise, politisch zu sein. Mit dem Denken gelegentlich ganz von vorn anfangen, die Verschiedenheit der Menschen gegen die rechten und linken Einheitsmenschenbilder zur Geltung bringen, den Rechts-Links-Schematismus zersprengen, weil er eine Erfindung ist und kein Naturgesetz. Das würde es bedeuten, die Freiheit des Einzelnen zur Bedingung der Freiheit aller zu *machen* - aber wer will das schon.



DONNERSTAG 13.5.

19.30 Der Chef der Olympia GmbH, Nawrocki, hält einen Diavortrag zu Olympia, und "wird zu den Argumenten der Olympia-Kritiker Stellung nehmen und zur offenen Diskussion mit seinen Hörern bereit sein". Ort: Urania, U-Bhf. Wittenbergpl. od. Nollendorfpl. Argumente mitbringen!!

21.00 Video-Film: Lady Dragon. Frauenkampfsport-Film. NUR FÜR FRAUEN/LESBEN!!! Ort: CLASH, Uferstr. 13, 1/65, U-Bhf. Pankstr. od. Nauener Pl.

FREITAG 14.5.

19.00 "Heute noch RevolutionärIn sein?" Diskussion über die Initiativen zur Freiheit der Gefangenen aus RAF und Widerstand und über eine eigenständige revolutionäre Praxis. Ort: Blauer Salon im Mehringhof, Gneisenaustr. 2a

21.00 Video-Reihe "Frauen im Widerstand": "Komplizinnen" Ort: Videokino Anschlag, Kreutzigerstr. 18, Hof, F'hain

21.00 EX, Gneisenaustr. 2a, 1/61
Film: "AK KRAAK- Die Neunte"

An alle Bundeswehrgegner und Gegner der Kreiswehrersatzämter! s.S.32

Am 14. Mai 1993 findet um 19 Uhr in der TU im Hauptgebäude, Straße des 17. Juni Nummer 135, im Raum H 3010 (3.Stock) um 19 Uhr eine Infoveranstaltung zur Musterungsverweigerung statt. Erkundigt Euch aber noch einmal Anfang Mai, ob der Raum so bleibt (Es wird aber sicher an der TU-Berlin sein).

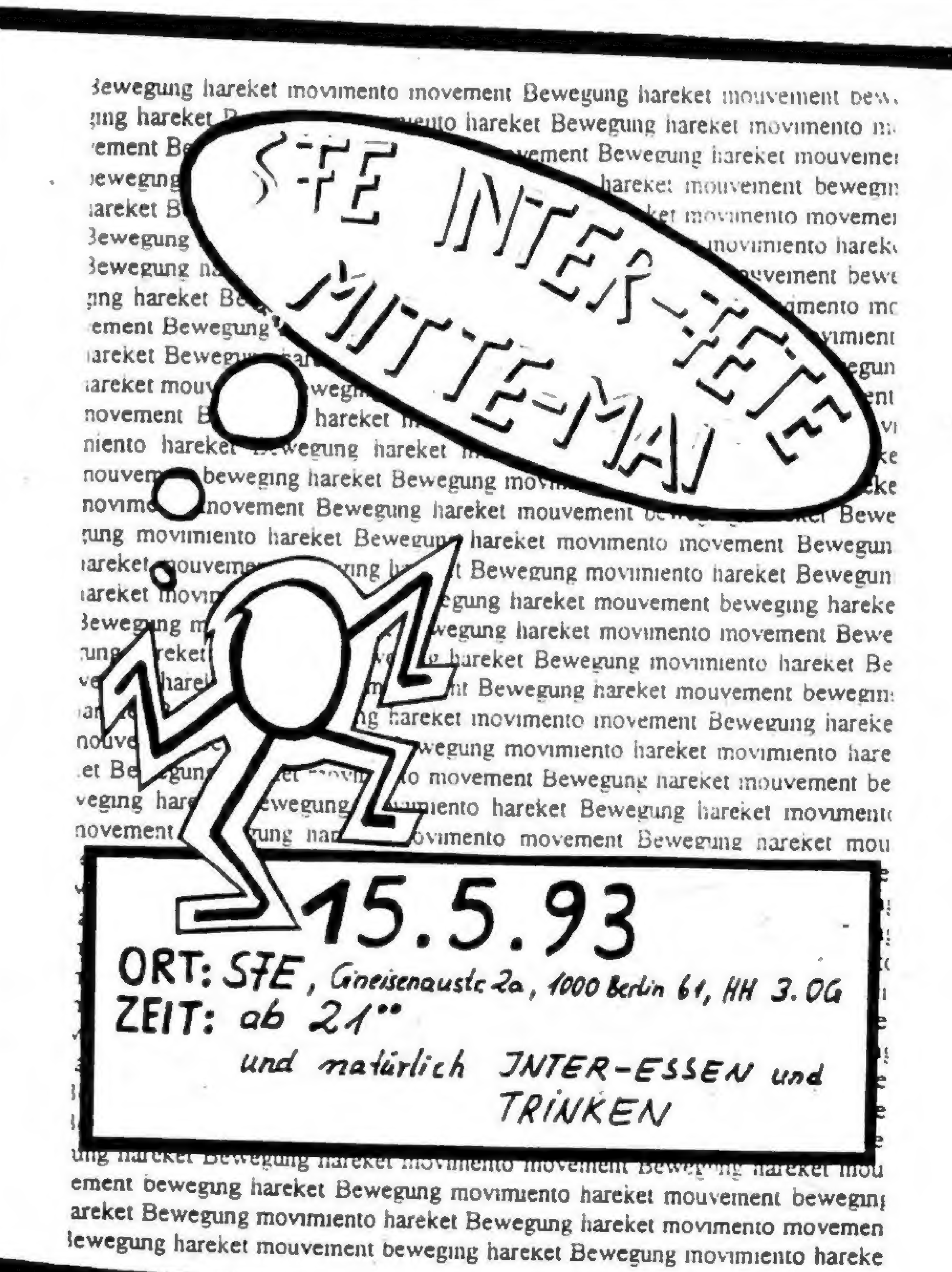
SAMSTAG 15.5.

Antifa-Aktionstage Magdeburg:

9.00-13.00 Straßenfest: "Eine Welt für alle" im Neubaugebiet Olvenstedt. Die Veranstaltung muß gegen faschistische Provokationen geschützt werden, Hilfe ist erwünscht!

Nachmittags/abends Konzert der Magdeburger Nazi-Band "Elbsturm" im "Big Äppel", Gerhardt-Hauptmann-Str. 17, MD. In der Nähe befinden sich von Antifas bewohnte Häuser, die geschützt werden müßten. Besser aber wäre es, das Konzert zu be- oder zu verhindern. Hilfe erwünscht!. Nähere Infos Mo-Fr 10-16 unter 0391/33102 oder /33593.

21.00 Video-Reihe "Frauen im Widerstand": "Thelma & Louise". Ort: Videokino Anschlag, Kreutzigerstr. 18, Hof, F'hain



SONNTAG 16.5.

16.00 Kruså, Dänemark: Demo gegen internationales Nazi-Treffen. Infos: Infoladen Theprax, c/o T-Stube/Stadtpark, Postfach 506, 2370 Rendsburg, fax 04331/25887. (s. letzte Interim)

17.00 "Faschismus fängt da an, wo einer im Schlachthof steht und sagt: es sind ja nur Tiere." T.W. Adorno. Infoveranstaltung von radikalen TierrechtlerInnen. Anschließend Diskussion. Ort: Antifa-Café Wedding in der Putte, Osloer Str. 12, 1. HH, 2. Etage

21.00 Video-Reihe "Frauen im Widerstand": "Interview mit vier Frauen aus RAF und 2.-Juni-Zusammenhängen, aufgenommen am 16.5.92 in der Lübecker JVA" Ort: Videokino Anschlag, s. 9.5.

MONTAG 17.5.

Olympische Spiele
Gastvortrag von IOC-Mitgliedern
14.00 - 16.00Uhr im Hörsaal 2 FU-Rostlaube
Habelschwerdter Allee 45, 1/33
mit IOC-Mitglied und ehemaliger Olympiasieger und Weltmeister im Fechten Dr.Thomas Bach und Dr.Nawrocki von der Olympia GmbH !!!!!!
Infos: Institut für Sportwissenschaft

DIENSTAG 18.5.

Video-Film:B **Prostitution - Der Weg zum N.I.C.**
(N.I.C.= Newly Industrialized Country)
(34min, F, Thailand 1989)
Sextourismus aus der Sicht thailaändischer Frauen von Thailänderinnen gefilmt. Stellt den Zusammenhang von Prostitution und Industrialisierung her und zeigt die verschiedenen Aspekte der Prostitution.
Im Clash, Uferstr. 13, 1/65, U-Bhf Pankstr. oder Nauener Platz. Um 21.00 und 23.00 Uhr

DIENSTAG 18.5.

20.00 Lesben-VV zur CSD-Demo
Versammlungsraum, Mehringhof
"Grenzenlos gegen Ausgrenzung -Open all borders"
internationale Lesben- und SchwulenDemo gegen Rassismus, Sexismus, Faschismus und Antisemitismus



MITTWOCH 19.5.

Filme im Clash:

21 Uhr "Bananas"

CLASH
Uferstr. 13 / Wedding
Berlin 65
Tel: 462 78 46

Zu Hitlers 104. wurde beschlossen,
seit 5:45 Uhr wird zurückgeschossen!

TAG Somalia

Nie wieder deutsche Soldaten in aller Welt!

Aktionsdemo gegen die Kampfeinsätze der Bundeswehr

Treffpunkt: Breitscheidplatz (U-Bahnhof Zoologischer Garten)
Zeit: Um 19.00 Uhr am Tag des Abflugs der ersten Kampfeinheiten.

Koordinierung: Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär; Oranienstr. 25; 1-36; Tel: 6150053
Unterstützt vom Neuen Forum

DONNERSTAG 20.5.

Video-Film: **Tochter des Meisters,** Frauenkampfsport-Film. **Nur für Frauen/Lesben!!!**
Im Clash, Uferstr. 13, 1/65,
U-Bhf Pankstr. oder Nauener Platz.
Um 21.00 Uhr

GESUCHT ! GEFUNDEN ??

HAR BEI DER MAIFESTSPIELE NEN OHRRING (fishbone) & HALSSCHMUCK (kreta-axt & bergkristall) "VERLOREN", entweder am helmi oder auf mauerstreifen, köpi.

Ich glaub trotzdem dann bitte aber trotz, dann bitte wär erfinden, hambuler-fals infoladen 20 hinter-im innhnsrallee schönhsrallee legen

Zwar nich dran, trotzdem geil.

waren talisman und dir bringen se pech oda n bier

Materialien für einen neuen Antiimperialismus Nr. 5

Neuerscheinung

STRATEGIEN DER UNTERWERFUNG - STRATEGIEN DER BEFREIUNG

Strategien der Unterwerfung
Strategien der Befreiung

Der Materialien - Redaktion geht es in diesem Buch nicht um einen neuerlichen, inflationären Versuch, den Rassismus als solchen zu erklären oder als Konstante in der menschlichen Geschichte festzumachen, sondern um einen Bezug des Rassismus bzw. des Antirassismusdiskurses auf die derzeitigen politischen und sozialen Verhältnisse, die nicht mehr versteinert daliegen, die ganz anders ins Tanzen geraten sind als erahnt. Von daher gilt es, den Antirassismus auf das Terrain der Analyse der Gesellschaftsverhältnisse der 90er Jahre zurückzuführen, um eine Praxis zu entwickeln, die sämtliche Momente der erneuerten weltweiten imperialistischen Dimensionen mit einbezieht.

Der Band enthält zudem eine Auseinandersetzung mit den Thesen der sog. triple Opression und ein Interview mit dem Migrationssoziologen Moullier-Boutang über den Zusammenhang von Arbeitsmärkten, Entwicklung und Migration.

Inhaltsverzeichnis:

Materialien für einen neuen Antiimperialismus Nr. 5

Strategien der Unterwerfung-Strategien der Befreiung

Thesen zur Rassimusdebatte

96 Seiten, 10.--DM
ISBN 3-924737-17-7
März 1993

NAZIS Buh

Ich hase

Nazis!

Fred und

Nele

gehgen Nazis!